



9. Sitzung

Mittwoch, 22. Juni 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung**

571

Gabi Dobusch SPD

591

Aktuelle Stunde

571

Fraktion der CDU:

**Sprung über die Elbe in Gefahr
– SPD-Senat vernachlässigt
Hamburgs Süden!**

(Fortführung am 23.06.2011)

Fraktion DIE LINKE:

**Netze in die öffentliche Hand!
Große Zustimmung zur Rekom-
munalisierung**

Dora Heyenn DIE LINKE 571
Dr. Monika Schaal SPD 572
Dr. Walter Scheuerl CDU 573
Jens Kerstan GAL 574, 578
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 575
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 576
Thomas Völsch SPD 577

Fraktion der GAL:

**Energiewende in Hamburg
– Politik muss den Kurs be-
stimmen**

(Fortführung am 23.06.2011)

Fraktion der SPD:

**100 Tage SPD-Senat: Guter
Start für gutes Regieren!**

Dr. Andreas Dressel SPD 579
Dietrich Wersich CDU 580, 588
Jens Kerstan GAL 582, 589
Katja Suding FDP 583
Dora Heyenn DIE LINKE 584
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister 586
Anna-Elisabeth von Treuenfels
FDP 589
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 590

Fraktion der FDP:

**ThyssenKrupp und Abu Dhabi
MAR – Was hat Senator Horch
versprochen?**

(Fortführung am 23.06.2011)

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

**Wahl von 15 Deputierten der
Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt**

– Drs 20/264 –

592

		Roland Heintze CDU	611
und		Zwischenbemerkung von Philipp-Sebastian Kühn SPD	611
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Farid Müller GAL	612
		Martina Kaesbach FDP	613
		Kersten Artus DIE LINKE	613
		Jana Schiedek, Senatorin	614
Wahl von elf Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung			
– Drs 20/673 (Neufassung) –	593	Beschluss	615
und			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Interfraktioneller Antrag:	
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde		Ausbau der Schnellbahnlinie 4 (S 4) nach Ahrensburg/Bad Oldesloe: Bund in die Verantwortung nehmen, Vorentwurfsplanung in Auftrag geben	
– Drs 20/738 –	593	– Drs 20/739 –	615
sowie			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Ole Thorben Buschhüter SPD	616
		Karl-Heinz Warnholz CDU	617
		Dr. Till Steffen GAL	617
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	618
		Heike Sudmann DIE LINKE	618
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung			
– Drs 20/834 –	593	Beschluss	619
Ergebnisse	593		
Senatsantrag:		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012		Bau des Autobahndeckels auf der A 7 im Bereich Othmarschen	
– Drs 20/700 –	593	– Drs 20/349 –	619
		mit	
Dr. Peter Tschentscher, Senator	593, 608	Antrag der CDU-Fraktion:	
Dietrich Wersich CDU	595	Verlängerung des Altonaer A7-Deckels zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße	
Dora Heyenn DIE LINKE	596	– Drs 20/724 –	619
Roland Heintze CDU	597	dazu	
Jan Quast SPD	600		
Anja Hajduk GAL	602, 609	Antrag der FDP-Fraktion:	
Katja Suding FDP	604	Verlängerung des Altonaer A7-Deckels zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	606, 609	– Drs 20/847 –	619
Thomas Völsch SPD	607		
im Vorwege überwiesen	609		
Antrag der SPD-Fraktion:		Hans-Detlef Roock CDU	619
Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts		Martina Koeppen SPD	620
– Drs 20/744 –	609	Olaf Duge GAL	620
Philipp-Sebastian Kühn SPD	610	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	621
		Heike Sudmann DIE LINKE	621

Gabi Dobusch SPD	622	Bezirklicher Ordnungsdienst (BOD) in Hamburg	
		– Drs 20/434 –	632
Beschlüsse und Kenntnisnahme	622	Christiane Schneider DIE LINKE	632, 637
		Arno Münster SPD	634, 638
Antrag der GAL-Fraktion:		Heike Sudmann DIE LINKE	634
		Dennis Gladiator CDU	635
Umwelthauptstadt 2011: Energie- wende nutzen – Energie- Campus für Hamburg!		Antje Möller GAL	636, 638
– Drs 20/740 –	622	Carl-Edgar Jarchow FDP	637
dazu		Beschlüsse und Kenntnisnahme	639
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Umwelthauptstadt 2011: EnergieCampus – Spitzenforschung und gewerblich-technische Aus- und Weiterbildung für die Zukunft stärken		Umwelthauptstadt 2011: Sicherung von Klimaschutzmaßnahmen	
– Drs 20/849 –	622	– Drs 20/619 –	639
Olaf Duge GAL	622, 627	Birgit Stöver CDU	639
Daniel Gritz SPD	623	Dr. Monika Schaal SPD	639
Birgit Stöver CDU	624	Jens Kerstan GAL	640
Dr. Kurt Duwe FDP	626	Dr. Kurt Duwe FDP	641
Dora Heyenn DIE LINKE	626	Dora Heyenn DIE LINKE	641
		Beschluss	642
Beschlüsse	627		
Antrag der FDP-Fraktion:			
Endlich Klarheit über Hamburger Behördenstandorte!			
– Drs 20/747 –	628		
Dr. Kurt Duwe FDP	628		
Thomas Völsch SPD	628		
Jörg Hamann CDU	629		
Dirk Kienscherf SPD	629		
Olaf Duge GAL	630		
Heike Sudmann DIE LINKE	630		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	632		
Beschlüsse	632		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
Gesetzliche Grundlage für die Bezirklichen Ordnungsdienste schaffen			
– Drs 20/732 –	632		
mit			
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:			

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung aus der Drucksache 20/834 sowie den Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 20/842. Die Drucksachen haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurden als Tagesordnungspunkte 5a und 48 nachträglich in unsere Tagesordnung aufgenommen. Darüber hinaus teile ich Ihnen mit, dass die CDU-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 30 ihren Antrag aus der Drucksache 20/620 zurückgenommen hat und der hierzu gestellte Zusatzantrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/773 ebenfalls zurückgenommen wurde.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Netze in die öffentliche Hand! Große Zustimmung zur Rekommunalisierung

von der SPD-Fraktion

100 Tage SPD-Senat: Guter Start für gutes Regieren!

von der CDU-Fraktion

Sprung über die Elbe in Gefahr – SPD-Senat vernachlässigt Hamburgs Süden!

von der GAL-Fraktion

Energiewende in Hamburg – Politik muss den Kurs bestimmen

und von der FDP-Fraktion

ThyssenKrupp und Abu Dhabi MAR – Was hat Senator Horch versprochen?

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, Sie haben es. Es wäre schön, wenn die übrigen Mitglieder des Hauses Frau Heyenn zuhören könnten.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Trotz Diffamierungen und gezielter falscher Behauptungen hat die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" die nötigen Unterschriften zusammenbekommen.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Wir gratulieren der Kampagnenleitung und danken allen Sammlerinnen und Sammlern, die diesen unermüdlichen, selbstlosen Einsatz gefahren haben.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

DIE LINKE hat von Anfang an unterstützt, dass die Netze für Strom, Gas und Fernwärme uneingeschränkt rekommunalisiert werden. Mit einer fünfstelligen Zahl von Unterschriften hat DIE LINKE ihren Beitrag geleistet.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Was das Thema Rückkauf der Netze anbetrifft, herrscht in Hamburg verkehrte Welt. Während sich anderswo die gestalterische Mehrheit in den Parlamenten für eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge einsetzt, verhandelt der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz mit den Energiekonzernen, redet aber nicht mit der Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ".

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das stimmt ja gar nicht!)

Betriebsräte sprechen sich für private Konstruktionen und gegen den öffentlichen Besitz der Netze aus

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das sollte Ihnen auch zu denken geben!)

und die Gewerkschaft ver.di findet keine einheitliche Position zu städtischen Versorgungsbetrieben. Die Frage, wie in den nächsten 20 Jahren die Verfügung über die Netze gestaltet werden soll, wird in ganz Hamburg leidenschaftlich debattiert. Nur die SPD-Fraktion hat es noch nicht einmal auf ihrer Tagesordnung gehabt.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Da sind Sie aber schlecht informiert!)

– Das steht so in der Zeitung, fragen Sie Herrn Schäfer.

Stattdessen verheddern die Sozialdemokraten sich in Prozentzahlen. Olaf Scholz plädiert für 25,1 Prozent und nennt es von Fall zu Fall entweder strategische Mehrheit oder qualifizierte Minderheitenbeteiligung. Daran glaubt nicht einmal der ehemalige Bürgermeister Ortwin Runde. Er sagt, mit 25,1 Prozent könne die Stadt nicht viel anfangen, und weist auf Asklepios; Recht hat er.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Bedingung für einen Einfluss wäre nämlich die Zustimmung von Vattenfall und E.ON Hanse. Was von der Verlässlichkeit dieser Vertragspartner zu halten ist, zeigt, dass die Endschaftsregelung, also die Offenlegung über Ausmaß und aktuellen Zustand der Netze, vor Gericht eingeklagt werden muss. Ortwin Runde favorisiert eine garantierte Mehrheit, die er bei 50,1 Prozent ausmacht. Er glaubt, darüber bestimmenden Einfluss über die

(Dora Heyenn)

Netze zu erhalten; da irrt er. Auch mit einem städtischen Anteil von 71 Prozent bei der HEW hat das nicht geklappt.

Es gibt einen weiteren Sozialdemokraten, der sich immer einmal wieder zu Wort meldet:

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt!)

Henning Voscherau. Er hat auf den letzten Metern das Volksbegehren unterschrieben mit dem Hinweis, dass die SPD in der Vergangenheit Fehler gemacht habe und er eigentlich immer schon dafür gewesen sei, dass die Energienetze in die öffentliche Hand gehören. Und was sagt die mit absoluter Mehrheit ausgestattete SPD-Fraktion dazu? Nichts. Dafür äußert sich der Fraktionsvorsitzende, Herr Dressel. Er sagt, die Befürworter wollten die Rücklagen der Stadtentwässerung verfrühstücken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erkundigen Sie sich mal bei Herrn Kerstan!)

Er sagt weiter, die Rücklagen seien von den Gebührenzahlern für Investitionen und Modernisierungen der Sietnetze vorgesehen. Herr Dressel, falls es Ihnen noch nicht bewusst ist: HAMBURG WASSER ist nicht privatisiert worden, das konnte noch verhindert werden. Das bedeutet aber, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger die Gebührenzahler sind. Genau die haben sich am Volksbegehren "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" beteiligt und es mit einer satten Mehrheit ausgestattet.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL – Dirk Kienscherf SPD: Aber Sie können das Geld dafür verwenden!)

Das bedeutet, die Gebührenzahler befürworten eine Übernahme der Netze durch HAMBURG WASSER. Herr Dressel, Ihr Argument ist vorgeschoben. Auch das Argument, die Arbeitsplätze seien gefährdet, stimmt nicht und das wissen Sie.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Warum sind dann die Betriebsräte dagegen?)

Bei "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" heißt es ausdrücklich, ich zitiere:

"Die bei Vattenfall und E.ON Hanse Beschäftigten sind bei der Rekommunalisierung zu den gültigen Tarifbedingungen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze zu übernehmen."

Das dritte Argument, die 100-prozentige Übernahme sei nicht bezahlbar, weil der Betrag sich auf 2 Milliarden Euro belaufe, ist auch falsch. Mit Ihren Schätzungen treiben Sie den Preis in die Höhe. Zeitwert oder Ertragswert, das ist die Streitfrage. Damit der Zeitwert nicht ermittelt werden kann, geben die Energiekonzerne bewusst keine Auskunft.

Wie absurd es ist, die Ablösung auf einen Ertragswert zu gründen, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen, das unser Bundestagsabgeordneter

Jan van Aken gerne heranzieht. Wenn Sie einen gebrauchten Mercedes für 10 000 Euro kaufen können, zahlen Sie als Taxiunternehmer doch nicht freiwillig 20 000 Euro, weil der Ertragswert höher ist. Wir fordern Bürgermeister Olaf Scholz auf, das Volksbegehren ernst zu nehmen, sich mit der Initiative an einen Tisch zu setzen und seinen Widerstand gegen die Rekommunalisierung der Netze endgültig aufzugeben.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt niemanden in der Stadt, der noch irgendeinen Zweifel daran hätte, dass das Volksbegehren ein Erfolg wird.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Doch die Unterschriften werden morgen erst abgegeben und dann wird der Erfolg verkündet. Innerhalb eines Monats nach der Eintragsfrist stellt der Senat dann fest, ob das Volksbegehren die notwendige Zahl der Unterschriften hat. Auch daran kann man keinen Zweifel mehr hegen. Danach kann dann die Bürgerschaft das Anliegen des Begehrens erörtern. Dann befinden wir uns in der Situation, dass sich zwei Positionen gegenüberstehen, einerseits die Position des Volksbegehrens, das eine komplette Übernahme der Netze vorsieht, um die Energieversorgung der Stadt sozialverträglich, klimafreundlich und bezahlbar zu gestalten und andererseits die Position der SPD. Auch wir als SPD wollen eine Energieversorgung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, sicher und klimafreundlich gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Übereinstimmung besteht hinsichtlich der Arbeitnehmerschaft. Beide Seiten wollen die sozialen Standards und die Arbeitsplätze der Belegschaft erhalten. Hinsichtlich der Zielsetzung besteht offenbar weitgehend Übereinstimmung zwischen Initiative und der SPD, nicht aber über den Weg dorthin. Der Bürgermeister will das Ziel mit einer mindestens 25,1-prozentigen Beteiligung an den Netzen über eine städtische Netzgesellschaft erreichen und das Erreichen der Zielsetzung und weiterer Bedingungen durch einen zusätzlichen Konsortialvertrag mit den Netzbetreibern festzulegen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das hilft auch ganz viel!)

Ob das geht, ist zwischen der SPD, dem Bürgermeister und der Initiative strittig. Die nächsten Monate werden im Sinne eines Faktenchecks zeigen, was die Vor- und Nachteile, Voraussetzungen und Bedingungen einer Umsetzung der verschiedenen

(Dr. Monika Schaal)

Modelle sind. Dazu brauchen alle Beteiligten noch eine Menge Informationen und Input zur Bewertung der Netze, deren Kaufpreise sowie deren Betriebskosten und auch ihrer Erträge und nicht zuletzt der Finanzierungsmöglichkeiten des jeweiligen Modells. Es geht nämlich nicht um Kleingeld. Das sieht auch die Initiative so, wenn ich das richtig verstanden habe.

Die Bürgerschaft hatte den Senat bereits vor Start des Volksbegehrens aufgefordert, ein Konzept für den Erwerb eines 25,1-prozentigen Anteils an den Netzen zu erarbeiten. Dabei soll das Geschäft haushaltsneutral sein. Wir als SPD-Fraktion wollen aber auf keinen Fall, dass dabei eine Lösung herauskommt, die dazu führt, dass ein späterer möglicher Volksentscheid ins Leere läuft. Wir nehmen die Volksgesetzgebung ernst, denn wir haben auch dafür gesorgt, dass sie bindend ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen. Die SPD-Fraktion hat in ihrem Ersuchen an den Senat deutlich gemacht, dass Partner eines künftigen Gemeinschaftsunternehmens das städtische Ziel unterstützen müssen, eine Energiewende herbeizuführen und den Klimaschutz zu verbessern. Eine Energiewende wird zurzeit in Berlin parlamentarisch vorbereitet und voraussichtlich Anfang Juli beschlossen werden. Große Energiekonzerne drohen jetzt damit, Klage dagegen zu erheben. Für mich kommt kein Partner für eine Hamburger Netzgesellschaft infrage, der eine durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Energiewende nicht akzeptiert und den Atomausstieg samt Abschaltung der Altmeiler wie Brunsbüttel

(Beifall bei Anja Hajduk GAL)

und dem Pannereaktor Krümmel vor deutschen Gerichten oder etwa vor dem internationalen Schiedsgericht der Weltbank aushebelt und zu Fall bringt.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Eine Energiewende würde nämlich so verhindert werden. Wir haben uns hier wiederholt für die Umkehr in der Energiepolitik eingesetzt und dabei muss es bleiben. Seite an Seite mit denen, die die Energiewende verhindern, das kann es nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Dr. Scheuerl.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Experte für Volksentscheide!)

Dr. Walter Scheuerl CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Heyenn, Sie haben etwas getan, was im Volksmund gemeinhin so betrachtet wird, als dass es Unglück bringt. Sie haben nämlich einen Glückwunsch ausgesprochen noch vor dem glückbringenden Ereignis.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie sind aber gläubisch!)

Wo stehen wir? Wir wissen aus Kreisen der Sammler, das Volksbegehren "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ", gemeinhin auch "UHUN" genannt, hat am Dienstag rund brutto, ich betone brutto, 70 000 Unterschriften beisammen gehabt. Es werden heute sicherlich noch welche dazukommen. Das heißt, die Initiative landet brutto bei vielleicht 80 000 Unterschriften.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da spricht der Experte!)

Gesammelt wurde bei Touristen und Nicht-Hamburgern. Der Landesabstimmungsleiter wird die Unterschriften in den Bezirksstellen prüfen lassen und wir werden in einigen Wochen wissen, ob knapp 65 000 Unterschriften wirksam sind oder ob die Zahl darunter liegt.

Entscheidend ist, dass es trotz parteilicher Unterstützung durch DIE LINKE, durch die Grünen, durch "Campact" und andere nur gelungen ist, ich betone nur, etwa 65 000 Hamburger zu einer Unterschrift zu bewegen, und das mit der irreführenden Überschrift: "Für eine Energiewende in Hamburg".

(Heike Sudmann DIE LINKE: Tut Ihnen das leid, Herr Scheuerl?)

Es ist praktisch völlig ausgeschlossen, dass bei einem Volksentscheid das Quorum auch nur ansatzweise erreicht wird, denn wir wissen aus allen früheren Volksentscheiden,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wovon reden Sie eigentlich?)

dass die Quote von einem Volksbegehren hin zum Volksentscheid noch einmal um 50 bis 60 Prozent gesteigert wird. Das heißt, bei einer sachlichen Information landet der Volksentscheid über dieses Volksbegehren am Ende, wenn er denn nächstes Jahr durchgeführt wird, irgendwo bei 150 000, 160 000 Unterschriften und geht damit ins Leere.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Je mehr Sie reden, desto mehr unterschreiben!)

Ich möchte aber an der Stelle, und das ist viel wichtiger, noch eines betonen. Ich habe Ihnen etwas mitgebracht, ein Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Denn wir müssen uns fragen,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das ist nicht das Thema!)

ob das Haushaltsrecht des Parlaments, das eines unserer vornehmsten und verantwortungsvollsten

(Dr. Walter Scheuerl)

Rechte ist, ausgehebelt werden kann durch eine Volksinitiative, die draußen herumläuft und den Leuten sagt, dass sie unterschreiben sollen, wenn sie für die Energiewende sind, obwohl es tatsächlich heißen müsste: Sind Sie dafür, dass Hamburger Steuerzahler 2,5 Milliarden Euro ausgeben,

(Dora Heyenn **DIE LINKE**: Es werden ja immer mehr!)

um Kupferleitungen und Rohrleitungen zu kaufen?

(Beifall bei der CDU)

Das Hamburgische Verfassungsgericht hat zu Artikel 50, der das Finanztabu normiert, schon 2005 den Volksentscheid "VoIXUNI" für unwirksam erklärt mit einer sehr deutlichen und ausdrücklichen Begründung und auch in der Verhandlung am letzten Montag noch einmal angedeutet, dass es diese Linie durchaus weiter verfolgt. Das Verfassungsgericht sagt zu der Frage, wann ein Volksentscheid in Haushaltsangelegenheiten eingreift, dass dies nicht schon dann der Fall ist, wenn nur Kosten ausgelöst werden, denn kleinere Kosten sind in jedem Fall mit jeder Umsetzung verbunden.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Scheuerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

Dr. Walter Scheuerl (fortfahrend): – Nein, an dieser Stelle nicht.

Haushaltsangelegenheiten sind betroffen und damit ist ein Volksinitiativbegehren unwirksam und verfassungswidrig, wenn wesentlich in die Haushaltsangelegenheiten und wesentlich in das Gleichgewicht des Haushalts eingegriffen wird. Damals ging es, ich betone einmal, nur um 850 Millionen Euro des Haushalts 2003, die berührt worden wären, und schon bei 850 Millionen Euro hat das Verfassungsgericht 2005 ganz klar gesagt: 9,9 Prozent des Haushalts sind berührt und das ist klar verfassungswidrig und verstößt gegen Artikel 50.

Das heißt, wenn wir mit 2 oder 2,5 Milliarden Euro oder einem noch höheren Kaufpreis operieren, ist auch ganz klar, dass dieses Volksbegehren verfassungswidrig wegen Verstoßes gegen Artikel 50 und somit unwirksam ist. Man kann an der Stelle auch nicht argumentieren, es gäbe die Einnahmegarantie aus dem Energiewirtschaftsgesetz – damit würde Herr Kerstan möglicherweise noch kommen, das sagt er sonst immer gerne –, denn das Energiewirtschaftsgesetz setzt die Regulierungsperioden bis 2018 fest. Alles, was darüber hinausgeht, ist im Moment Spekulation. Ob danach und in welcher Höhe Gewinne garantiert werden, die auch der Steuerzahler aus seinen Gebühren garantiert, ist reine Spekulation. Das Volksbegehren ist nett

und es hat eine kleine Unterstützung gehabt von 5 Prozent der Wahlberechtigten. Es ist nett, um vielleicht den Senat zu ärgern und Streit in der SPD zu provozieren, Voscherau gegen Scholz, oder bei den Gewerkschaften Mitgliederwerbung ver.di gegen IG Metall. Das sind alles nette Dinge, aber es ist gut für die Hamburger und Hamburg, dass es verfassungswidrig und unwirksam ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat jetzt Herr Kerstan das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! Als vor etwa zehn Jahren die Politik entschieden hatte, die HEW zu verkaufen, wurden folgende Gründe genannt: mehr Wettbewerb, sinkende Preise, bessere Versorgung und alle würden davon profitieren. Zehn Jahre später sind wir in diesem Hause alle einig, dass der Verkauf der HEW ein schwerer Fehler war und alle diese schönen Bilder nicht eingetreten sind. Nun melden sich die Akteure von damals zu Wort. Altbürgermeister Voscherau, der diesen Verkauf vorbereitet hat, sagte, er war schon damals dagegen, das Netz mit zu verkaufen, er konnte sich bloß damals gegen seinen Finanzsenator und seinen Umweltsenator nicht durchsetzen. Altbürgermeister Runde, der damals gegen den Willen von Herrn Voscherau, wenn ich dem glauben kann, diesen Verkauf durchgesetzt hatte, erst als Finanzsenator, dann als Bürgermeister, sagt heute, man bräuchte mindestens 50,1 Prozent, wenn man wirklich substanzialen Einfluss auf die Netze haben wolle.

Das sind wichtige Hinweise, Herr Bürgermeister, denn zehn Jahre später nach diesem schweren Fehler, den wir als Grüne damals leider Gottes für die erste Tranche mitgetragen haben, sind Sie gerade dabei, den gleichen Fehler zum zweiten Mal zu machen, sehenden Auges und wider besseres Wissen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass in Ihrer eigenen Partei der Widerstand dagegen wächst und Sie auch die Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage nicht mehr hinter sich haben. Das Volksbegehren "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" hat in den letzten Wochen Zehntausende von Unterschriften gesammelt und ich bin mir sicher, dass morgen eine beeindruckende Zahl von Unterschriften zustande kommen wird. Dann, Herr Bürgermeister, müssen Sie sich damit auseinandersetzen, wenn es zum ersten Mal in Ihrer kurzen Regierungszeit Widerstand gibt, Widerstand, den Sie aus Ihrer Partei nicht gewöhnt sind, nämlich denjenigen zu hinterfragen, der ihr diesen großen Wahlsieg beschert hat, auch wenn er in der Sache auf dem Holzweg ist. Aber Sie müssen einfach zur

(Jens Kerstan)

Kenntnis nehmen, dass trotz der absoluten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein großer Teil der Bevölkerung in dieser wichtigen Zukunftsfrage nicht Ihrer Meinung ist. Jetzt müssen Sie sich entscheiden, wie Sie mit der direkten Demokratie umgehen.

Ich möchte Sie einfach an Ihre Worte vom SPD-Parteitag am 17. Dezember erinnern, als Sie eine Rede als Spitzenkandidat gehalten haben. Sie haben damals gesagt, Sie seien ein Anhänger von Volksentscheiden. Die Politik würde durch sie besser, schon deshalb, weil sie Parteien und Politiker vor Übermut bewahre. Wer sich über den erkennbaren Willen der Bürgerinnen und Bürger hinwegsetze, müsse damit rechnen, dass er stolpere. Recht haben Sie, Herr Bürgermeister. Mehr als Zehntausende von Unterschriften geben den Willen von vielen Bürgern in dieser Stadt recht deutlich an. Jetzt müssen Sie beweisen, ob Sie diese Worte einfach nur fahrlässig dahingesprochen haben oder sie ernst meinen. Sie müssen jetzt Ihren sturen und falschen Kurs ändern, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL)

Letztlich geht es um eine entscheidende Frage. Man hörte vor wenigen Wochen von Ihrem Senatssprecher Herrn Holstein Beunruhigendes. Es kam die Ansage, für den Bürgermeister sei es völlig unerheblich, ob das Bürgerbegehren erfolgreich sein werde oder nicht, er würde weiter mit den Atomkonzernen verhandeln.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist ja ein Skandal!)

Herr Bürgermeister, was für eine Aussage ist das für einen Spitzenkandidaten, der bei der Wahl mit dem Versprechen angetreten ist, diese Stadt gut regieren zu wollen und nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger?

(Dirk Kienscherf SPD: Das müssen Sie gerade sagen, Herr Kerstan! – Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Kerstan, Sie haben mit denen auch verhandelt!)

Ist Ihnen eigentlich bewusst, was Sie mit einer solchen Aussage auch für die anerkannte Politik und die Akzeptanz von Demokratie in dieser Stadt anrichten, Herr Bürgermeister? Haben Sie sich das überlegt? Noch haben Sie Zeit, diesen falschen Kurs zu korrigieren. Ich kann nur an Sie appellieren, nicht nur mit den Atomkonzernen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu reden, mit der Initiative, die eindeutig sagt, dass sie nicht Ihrer Meinung ist, Herr Bürgermeister.

(Glocke – Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kienscherf?

Jens Kerstan (fortfahrend): – Nein, ich möchte jetzt keine Frage zulassen.

Zum anderen: Welches Politikverständnis äußert sich darin, dass Sie sagen, dies habe keine Auswirkungen auf die Politik der SPD? In der Verfassung steht, die Bürgerschaft muss sich mit einem Volksbegehren auseinandersetzen. Da kommen Sie ins Spiel, Herr Dressel. Wir beide gemeinsam, SPD und GAL, haben immer dafür gekämpft, dass Volksentscheide verbindlich sein müssen. Sie können sich jetzt nicht hinter dem falschen Kurs Ihres Bürgermeisters verstecken. Wir erwarten von Ihnen persönlich und von Ihrer Fraktion, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser entscheidenden Frage das letzte Wort haben werden, Herr Dressel.

(Andy Grote SPD: Dass Sie immer so sicher sind, was die Bürger wollen! Das ist auch schon mal schiefgegangen! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Kerstan, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jens Kerstan (fortfahrend): Der letzte Satz: Herr Bürgermeister, ändern Sie diesen falschen Kurs für Hamburg, für die Energiewende und für die Demokratie in dieser Stadt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Dr. Kluth.

(Dirk Kienscherf SPD: Die Schulreform haben Sie vorangetrieben, vorangetrieben, vorangetrieben und hier werfen Sie uns das vor!)

Sie haben das Wort, Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* – Ich wollte Herrn Kienscherf noch Gelegenheit geben, seine Ausführungen zu Ende zu bringen.

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Kienscherf kann sich gerne melden.

Dr. Thomas-Sönke Kluth (fortfahrend): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich heute die Homepage der Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" anschaut, dann sieht man drei Argumente, mit denen für die Rekommunalisierung geworben wird: Hamburg braucht eine konzernunabhängige Energieversorgung,

(Beifall bei der LINKEN und bei Jens Kerstan GAL)

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Hamburg braucht eine Energiewende und Hamburg braucht sichere Arbeitsplätze.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL*)

Außerdem finden Sie auf der Homepage der Initiative seit Kurzem auch Henning Voscherau. Mir ist dabei spontan eingefallen: Alter schützt vor Torheit nicht. Eigentlich, Herr Dressel, erwarte ich jetzt Beifall von Ihrer Fraktion.

Die FDP kann sich mit jedem dieser Ziele, das wird Sie vielleicht überraschen, also konzernunabhängige Energieversorgung, Energiewende und sichere Arbeitsplätze, anfreunden.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Nur können Sie kein einziges dieser Ziele durch Rekommunalisierung der Netze erreichen. Wer sich mit der Netzproblematik beschäftigt hat und dies trotzdem behauptet, redet wider besseres Wissen.

(Beifall bei der FDP)

Oder mit anderen Worten: Der täuscht die Hamburger und Hamburgerinnen. Wer außerdem zu den beträchtlichen finanziellen Risiken einer Rekommunalisierung schweigt, handelt auch noch politisch verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kerstan, Frau Heyenn, Sie, Ihre Fraktionen und die Volksinitiative werben mit dem Argument, dass die Stadt durch eine Rekommunalisierung der Netze die Kontrolle über die Energiepolitik erhält. Das ist schlicht unzutreffend, denn auch für einen städtischen Netzbetreiber gilt Paragraf 20 Energiewirtschaftsgesetz. Danach sind die Betreiber von Energieversorgungsnetzen verpflichtet, jedem Stromanbieter diskriminierungsfrei den Netzzugang zu gewähren, kontrolliert von der Netzagentur und der EU-Kommission. Frau Heyenn, dann sagen Sie den Bürgern bitte auch ganz offen, dass Sie 2 Millionen Euro Steuergelder in die Hand nehmen und die Netze verstaatlichen wollen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das ist völlig falsch!)

Wir sind dann aber am Ende des Tages dennoch verpflichtet, Strom aus französischen oder tschechischen Atomkraftwerken über diese Netze zu schicken. Eine Energiewende sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Schenken Sie den Bürgern auch reinen Wein über die Folgekosten ein, denn die Entschädigungszahlungen an die derzeitigen Netzbetreiber sind nur ein Aspekt. Was aber geschieht, wenn die Stadt die Netze übernommen hat? Wer trägt dann die Kosten für den Ausbau und die Modernisierung der Netze, für intelligente Netze und Elektromobilität?

Es liegt doch auf der Hand, dass sich unter den Bedingungen der Energiewende sowohl die technischen Anforderungen an die Netzarchitektur als auch der Regulierungsrahmen erheblich verändern werden. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen, dass auf einen zukünftigen Netzbetreiber daher Investitionen in einer dreistelligen Millionenhöhe zukommen werden.

Wer als Netzbetreiber dieses Geld nicht in die Hand nimmt – man könnte sagen, man lässt alles so, wie es ist –, der geht ebenfalls ein ganz erhebliches wirtschaftliches Risiko ein, denn durch die seit 2009 geltende Anreizregulierung sind die Preise für die Durchleitung von Energie und damit auch die zu erzielenden Erlöse gedeckelt. Wer also Netze ineffizient betreibt, wird Geld verlieren und Verluste einfahren. Daher ist es auch ein rot-rot-grünes Märchen, dass der Betrieb von Netzen eine risikolose Gelddruckmaschine ist. Wer so argumentiert, stellt ungedeckte Wechsel auf die Zukunft aus, weil er gar nicht weiß, wie sich die technischen Anforderungen an den Netzbetrieb oder der Regulierungsrahmen in den nächsten zehn oder 20 Jahren ändern werden. Das nennt man unter Juristen Wechselreiterei und die ist strafbar.

(Beifall bei der FDP)

Was ist eigentlich mit den Beschäftigten der jetzigen Netzbetreiber? Ist Rekommunalisierung ein Betriebsübergang im Sinne des Paragraphen 613a BGB? Werden das dann Mitarbeiter der Stadt und, wenn ja, zu welchen Bedingungen? Fragen über Fragen, aber keine Antworten. Wer rekommunalisiert, geht somit sehenden Auges das Risiko ein, Verluste zu vergesellschaften. Wir wollen für die Stadt keine solchen Investitions- und Verlustrisiken, und zwar ganz gleich, ob die Netze von der Stadt selbst oder einem städtischen Unternehmen betrieben werden. Daher gilt: Hände weg von einer Rekommunalisierung der Netze. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mindestens drei Argumente, die eben vorgebracht worden sind, können so nicht stehenbleiben.

Erstens ist es, Herr Scheuerl, doch ein bisschen schäbig, wenn Sie diesen Ausdruck gestatten, wenn Sie jetzt mit dem Hinweis anfangen, dass wir erst morgen das Ergebnis wüssten. Die Zwischenergebnisse sind beeindruckend und Sie reden diese schlecht. Schauen Sie sich morgen das Ergebnis an und dann würde ich sagen – nichts anderes ist ausgedrückt worden –, dass sich ein Großteil der Hamburger Bevölkerung für diesen Weg aus-

(Dr. Joachim Bischoff)

spricht, immer in Rechnung gestellt, wer sich überhaupt bei solchen Prozessen engagiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist richtig – da kommen wir auch nicht drum herum, Herr Kluth –, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg mit der Privatisierungspolitik, auch das ist als Argument vorgebracht worden, ganz schlechte Erfahrungen gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern gibt es – und das nicht nur in Hamburg – eine große Bereitschaft der Bevölkerung, die Rekommunalisierung auf den Weg zu bringen und zu prüfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb lassen Sie uns das einmal ganz gelassen angehen.

Als zweiten Punkt bringen Sie das Argument, dann wäre das Haushaltsrecht des Parlaments verletzt. Auch da ist viel zu weit gesprungen, das ist völlig offen. Es ist bislang immer betont worden, wenn wir diesen Schritt machten, dann müsse das ohne Beschneidung des Haushaltsrechts des Parlaments geschehen. Und wenn das Begehren erfolgreich sein sollte, dann werden wir die nächsten Schritte diskutieren können.

Herr Kluth, damit das nicht so im Raum stehen bleibt: Wir müssen erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesnetzagentur und das Kartellamt einen Leitfaden herausgegeben haben, wie denn bei der Rekommunalisierung zu verfahren sei. Das haben sie deshalb gemacht, weil in Tausenden Fällen die Konzessionen für die Netze auslaufen und ein Neuregelungsbedarf besteht. Und auch die Bundesnetzagentur und das Kartellamt nehmen zur Kenntnis, dass es nicht nur in Hamburg, sondern auch an anderer Stelle die Grundüberlegung gibt, das in öffentliche Hand zurückzuholen, also zu rekommunalisieren. Sie würden keinen solchen Leitfaden herausgeben und entsprechende Vorschläge machen, wie das zu handhaben ist, wenn das alles abseitig wäre.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Das ist ein ganz anderer Aspekt!*)

Schauen Sie sich auch an, was da drin steht.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Thema verfehlt!*)

Das hätte in Hamburg schon längst bewegt werden können. Die Grundvoraussetzung für die Fortführung ist, dass die entsprechenden jetzigen Nutzer dieser Eigentumsrechte die Bedingungen offen auf den Tisch packen. Wenn wir das richtig deuten, ist es so, dass sich die Energiekonzerne völlig dagegen stellen und eine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung über Alternativen nicht möglich machen.

Drittens kommen Sie immer mit dem Schreckgespenst dieser 2 Milliarden Euro. Es gibt bekanntlich eine Machbarkeitsstudie, es gibt Hinweise, wie das im einzelnen Fall zu machen ist, und es ist auch modellhaft in Hamburg durchgerechnet worden. Insofern sind diese 2 Milliarden Euro und was Sie alles anführen, meines Erachtens Vorurteile und keine Argumente in der Sache.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD: Zahlen nennen Sie aber auch nicht!*)

Was glauben Sie eigentlich, wenn das ein so hoch risikobehaftetes Geschäft ist, warum die großen Konzerne sich dann unbedingt diesen Rieseneinfluss sichern wollen?

(Beifall bei der LINKEN)

Und dann kommen Sie noch mit dem Argument, dass diese kapitalstark wären und den Ausbau und die Modernisierung der Netze betreiben könnten. Das ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Bislang haben die bisherigen Nutzer der Netze nicht alles ausgeschöpft, um ein modernes Netzsystem zu entwickeln. Dass wir da noch vor ganz anderen Herausforderungen stehen, wird doch hier oder in der Initiative keiner bestreiten. Also lassen Sie uns das Ergebnis nüchtern betrachten und dann die nächsten Schritte mit dem Parlament und der Initiative zusammen gehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun der Abgeordnete Völsch.

Thomas Völsch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Erstens: Wir können davon ausgehen, dass das Volksbegehren erfolgreich ist, jedenfalls nach allen Nachrichten, die wir hören.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Das können wir wohl!*)

Dann können wir aber auch davon ausgehen, dass unsere Verfassung gilt, und diese Verfassung sieht eine Befassung in unserem Parlament und in den zuständigen Ausschüssen vor, und die wird auch stattfinden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Da sollten wir uns auch nichts vergeben, weil es unsere Aufgabe als Parlament ist, auf diese Art von Gesetzgebung zu reagieren und diese Gespräche dann zu führen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Das müssen wir tun! – Anja Hajduk GAL: Wir haben uns sogar schon damit befasst!*)

(Thomas Völsch)

Zweitens: Wenn wir die Netze kaufen wollen, egal wie viele, dann müssen wir die Frage beantworten, wo wir das Geld hernehmen. Es ist dabei erst einmal relativ gleichgültig, ob es sich am Ende um eine halbe Milliarde, um eine Milliarde oder um zwei Milliarden Euro handelt.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Wir müssen die Frage beantworten, woher dieses Geld kommt. Ich habe bei Herrn Kerstan heute die Aussage vermisst, man könne es über die Rücklagen von HAMBURG WASSER finanzieren, aber diesmal hat Frau Heyenn das Argument angeführt. Das, davon bin ich fest überzeugt, wird nicht funktionieren. Es wird Gebührenzahler geben, die dagegen klagen werden, dass wir diese Gelder dafür zweckentfremden.

(Beifall bei der SPD)

Der Untersuchungsausschussbericht zur HSH Nordbank quillt über von Geschäften, die todsicher waren und bei denen hundertprozentige Renditen herauskommen sollten. Wir wissen alle, was am Ende dabei herausgekommen ist, und ich möchte nicht, dass sich so etwas in dieser Stadt wiederholt.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Wenn es denn im nächsten oder übernächsten Jahr zu einem Volksentscheid kommt und dieser erfolgreich ist, dann gilt auch unsere Verfassung. Dann ist dieser Volksentscheid gültig, vorher nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Wie war das mit der Schulreform noch mal?)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Völsch, das war sehr interessant, was Sie gerade gesagt haben. Wenn Sie sagen, ob das jetzt 500 Millionen Euro, 1 Milliarde Euro oder 1,5 Milliarden Euro koste, sei doch irrelevant,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Genau!)

dann sagen Sie eigentlich auch, dass es irrelevant sei, ob man 25, 50 oder 75 Prozent kauft. Da haben Sie wirklich eine wahre Aussage am Wickel. Wenn es möglich ist, die 25,1 Prozent bei einer garantierten Rendite des Regulierers zu finanzieren, dann können Sie mit der gleichen garantierten Rendite auch 50, 75 oder 100 Prozent kaufen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie haben es immer noch nicht verstanden! Wo soll das Geld denn herkommen?)

Es ist schon einmal ganz interessant, dass Sie das vielleicht verstanden haben, aber der entscheidende Punkt ist doch wieder, dass Sie ein öffentliches Unternehmen HAMBURG WASSER haben. Ob Sie da auf die Rücklagen der Stadtentwässerung zurückgreifen oder es anders machen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das sind die Rücklagen der Gebührenzahler!)

jeder kann Ihnen vorrechnen, dass mit dieser Regulierung, die wir haben, Zinsen und Tilgung daraus finanzierbar sind. Die Frage ist, ob Sie den politischen Willen haben, und daran mangelt es Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD. Das ist das Problem.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das haben die Gebührenzahler eingezahlt!)

Wir erleben wieder einmal, dass die SPD das Finanzargument nach vorne schiebt, um ein Projekt zu verhindern.

(Zurufe von der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan (fortfahrend): Die SPD schiebt wieder das Finanzierungsargument nach vorne.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, dass Sie unruhig werden, weil das ein wichtiger Punkt ist. Sie schieben die Finanzierung nach vorne, um ein Projekt zu verhindern, dass Sie aus anderen Gründen nicht wollen.

(Beifall bei der GAL)

So viel zu Wahrheit, Klarheit, Offenheit, Transparenz und Vertrauen, denn alle wissen doch, dass für diesen Bürgermeister ein anderes Argument das entscheidende ist: der Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die diesen Verkauf nicht wollen, weil die Betriebsräte der IG Metall sagen, ihre Mitwirkungsrechte seien ihnen wichtiger als die Energiepolitik in dieser Stadt.

(Beifall bei *Katharina Fegebank GAL*)

Mit denen wollen Sie keinen Ärger und das ist der wahre Grund. Man kann die Position haben, wenn Betriebsräte bei Vattenfall und E.ON dagegen sind, dann braucht es in Hamburg keine Energie-wende zu geben. Offenkundig ist das die der SPD, aber dann sagen Sie das auch und schieben Sie nicht die Finanzierung vor.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist doch billig, Herr Kerstan! Hilfflos!)

Das ist keine offene und ehrliche Argumentation.

(Beifall bei der GAL)

(Jens Kerstan)

Aber letztendlich haben Sie am meisten bei der Selbstverständlichkeit geklatscht. Unsere Verfassung sieht vor, dass, wenn ein Volksbegehren erfolgreich ist, das Parlament sich damit beschäftigen muss. Die entscheidende Frage ist aber, mit welchem Ziel und welchem Willen Sie das machen. Sind Sie wirklich bereit, sich auf Argumente einzulassen, oder folgen Sie dem Kurs Ihres Bürgermeisters, der sagt, er habe sich einmal festgelegt und dabei bleibe es, egal was passiert? Sie von der SPD müssen dem folgen, aber die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt haben in dem Volksentscheid sehr deutlich gesagt, dass sie nicht bereit sind, Ihnen auf diesem Kurs zu folgen. Und die Frage ist einfach, ob Sie bereit sind, sich zu bewegen.

Frau Dr. Schaal, mich hat gefreut, dass Sie einen Punkt genannt haben, der wichtig ist und der vielleicht auch dafür spricht, dass die SPD gerade dabei ist umzudenken. Sie haben gesagt, für Sie könne niemand Partner der Stadt sein, der die Stadt vor Gerichten verklagt, um das, was die Bevölkerung nun unstreitbar will, nämlich den Atomausstieg, vor Gericht zu verhindern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat sie so nicht gesagt! Zuhören hilft!)

Da muss man eines feststellen: Bei Vattenfall braucht man da auf gar keine neue Klage zu warten. Vattenfall hat diese Stadt für die Anwendung europäischen Umweltrechts vor der Weltbank auf Schadenersatz von 1,5 Milliarden Euro verklagt. Und das ist der Partner, an den Sie sich ohne Not für 20 Jahre ketten wollen?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zuhören hilft! – Dirk Kienscherf SPD: Das hat sie so doch gar nicht gesagt!)

Das ist kein gutes Regieren, das wäre ein verhängnisvoller Kurs für Hamburg und ich hoffe, dass das Volksbegehren dafür sorgen wird, dass Sie jetzt anfangen umzudenken.

(Beifall bei der GAL)

Ich rede jetzt immer zu der Fraktion, dabei weiß jeder in diesem Saal, dass es eigentlich nur auf den Bürgermeister ankommt, weil er diesen Kurs festgelegt hat. Ich weiß von vielen Mitgliedern Ihrer Fraktion, dass sie das falsch finden.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie wissen das alles ganz genau! – Zurufe von der SPD – Glocke)

Sie müssen dem hier nicht widersprechen, aber ich würde es sehr begrüßen, dass derjenige, der diese falsche und verhängnisvolle Entscheidung getroffen hat, in diesem Parlament auch einmal dazu das Wort ergreift. Es wäre einmal Zeit dazu, Herr Bürgermeister. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zum zweiten Thema, angemeldet von der SPD-Fraktion:

100 Tage SPD-Senat: Guter Start für gutes Regieren!

Das Wort dazu wünscht Herr Dr. Dressel. – Sie haben es.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr als 100 Tage neuer Senat sind vorbei, natürlich ist es für eine Zwischenbilanz zu früh, aber man kann doch sehen, ob der Senat gut aus den Startblöcken herausgekommen ist. Wir sind der Meinung, dass das der Fall ist, und die Hamburgerinnen und Hamburger sind es auch, das zeigen die Umfragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen jetzt Schritt für Schritt und Punkt für Punkt das um, was wir den Hamburgerinnen und Hamburgern vor der Wahl versprochen haben. Das ist auch das, was die Menschen sehr zu schätzen wissen, und es geht jetzt darum, dieses entsprechend umzusetzen. Da werden einige sagen, es sei doch eigentlich selbstverständlich, dass Wahlversprechen eingehalten werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist es!)

– Sie waren selten in der Lage, das beweisen zu müssen, Frau Heyenn,

(Beifall bei der SPD)

aber wenn man sich einmal umguckt, dann ist es leider nicht selbstverständlich in Deutschland und in Hamburg, dass Wahlversprechen auch eingehalten werden. Da braucht man nur einmal auf 2008 zurückzuschauen. Was da zwischen Schwarz und Grün zusammengezimmert wurde, war mit dem, was vorher den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wurde, nicht unbedingt identisch. Deshalb ist es auch ein Wert für die Demokratie, dass man das umsetzt, was man vorher den Menschen versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Eine andere Frage lautet: Wo bleiben denn eigentlich die Visionen? Das ist ganz langweilig, dass man Wahlversprechen umsetzt. Da muss man erst einmal schauen, was man sich im Arbeits- und Regierungsprogramm vorgenommen hat. In der Tat setzen wir nicht auf neue teure Leuchtturmprojekte aus Beton und auch das haben wir uns mit den Hamburgerinnen und Hamburgern sehr gut gemeinsam überlegt. Wir setzen auf wirkliche Leuchtturmprojekte für die Menschen und ich nenne einmal eines,

(Dr. Andreas Dressel)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wissenschaft!)

das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit für die Stadt. Dass wir Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands entwickeln wollen, ist eine wirkliche Vision und ein ambitioniertes Projekt, das wir mit den Menschen umsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Den ersten Schritt machen wir morgen, indem wir das Gebührenerhöhungspaket zurücknehmen, Herr Wersich, das Sie vor einem Jahr den Hamburger Eltern beschert haben. Das ist der erste Schritt zur Umsetzung dieses Versprechens.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Thema ist der Übergang von Schule in Beruf. Da sagt man auch erst einmal, das sei doch alles kleinteilige Politik. Das ist in Wahrheit etwas ganz Zentrales für den Zusammenhalt in einer solchen Stadt und es ist auch ein wirklich entscheidender Punkt gegen soziale Spaltungstendenzen, dafür zu sorgen, dass beim Übergang von Schule in den Beruf in dieser Stadt keiner verloren geht. Es ist wirklich aller Ehren wert, das zu einem Kernprojekt dieses Senats zu machen, und auch deswegen muss das in den Vordergrund gerückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt viele Meilensteine aufzählen, etwa den Haushalt; darüber werden wir gleich noch diskutieren. Da ist die wichtigste Botschaft, dass wir nicht das machen, was Sie 2008 zu Beginn Ihrer Regierungszeit gemacht haben: Es gab sprudelnde Steuereinnahmen und schon war "Wünsch dir was" angesagt. Genau diesen Fehler werden wir nicht machen. Darüber werden wir nachher noch sprechen wie auch über den Wohnungsbau, den "Vertrag für Hamburg", ein zentrales Projekt, das auf den Weg gekommen ist. Das könnten wir in der Tat beliebig fortführen.

Zwei Punkte möchte ich noch ansprechen. Zum einen, Herr Wersich, haben Sie hier im März bei der Regierungserklärung gesagt, wir bräuchten überhaupt keine Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz.

(Dietrich Wersich CDU: Das habe ich nie gesagt!)

– Dann können Sie es gleich noch einmal richtigstellen.

(Dietrich Wersich CDU: So viele haltlose Behauptungen kann man gar nicht richtigstellen!)

Jedenfalls hat es sich gerade in den letzten Wochen im Zusammenhang mit EHEC absolut bestätigt, dass es richtig ist, dass es eine eigene Behör-

de für Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg gibt. Das hat sich bewährt.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Die gab's doch vorher auch schon!)

Herr Wersich, Sie können es gleich noch einmal richtigstellen. Schauen Sie einfach einmal nach, was Sie im März gesagt haben, und leisten Sie Abbitte. Das wäre auch ein Punkt der Ehrlichkeit, denn Ihre Fraktion war mit dem Krisenmanagement der zuständigen Senatorin im Ausschuss sehr zufrieden, und es wäre dann auch angemessen, dieses hier noch einmal anzusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt noch, die Hochschulfinanzierung. Das ist in der Tat ein Thema, das wir im Moment diskutieren. Es ist auch in Zeiten knapper Kassen richtig, dass diese Diskussion geführt wird, aber man muss doch noch einmal kurz die Fakten nennen. Im Bereich der Hochschulen gibt es in der Tat jetzt und auch in den nächsten Jahren mehr Geld, nicht viel, aber immerhin mehr Geld.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist falsch!)

Wir lösen den Investitionsstau in dem Bereich auf, den Sie uns hinterlassen haben. Darüber hinaus werden die Studiengebühren abgeschafft und sie werden voll kompensiert. Das sind die Fakten, die Sie und auch die Hochschulpräsidenten einmal zur Kenntnis nehmen sollten.

(Beifall bei der SPD – Dora Heyenn DIE LINKE: Das sind alles Versprechungen!)

Ein letzter Satz: Sowohl bei der Hochschulfinanzierung als auch in anderen Bereichen setzen wir Punkt für Punkt das um, was wir den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Wersich das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Lieber Herr Dressel, ein Wort zu Ihrer direkten Ansprache an mich. Der Unterschied zu vorher ist nicht, dass es keine Gesundheitsbehörde gab, im Gegenteil. Alle, die dort in Hamburg gehandelt haben inklusive des Pressesprechers, gab es vorher schon. Ihren Worten entnehme ich, dass Sie einfach Herrn Scheele nicht zugetraut hätten, vor der Presse diese Rolle zu spielen, die Frau Prüfer-Storcks gespielt hat,

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist so eine peinliche Replik!)

aber alle anderen inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, die diese gute Arbeit gemacht haben, hat es vorher schon gegeben.

(Dietrich Wersich)

Sie haben recht, Herr Dressel, es ist nicht alles schlecht, was die SPD gemacht hat. Die SPD lernt; vieles von dem, was Sie gestern an uns noch kritisiert haben, ist offenbar doch besser und wird plötzlich bestätigt und fortgeführt. Ein Stichwort nur: die neue Software für den Sozial- und Jugendbereich.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt arbeiten Sie sich wieder an Ihrer alten Behörde ab!)

Vor der Wahl hieß es noch, die neue Elbphilharmonie sei ein Skandal, und nach der Wahl wird es doch gemacht.

Positiv ist auch das Ziel, allen Jugendlichen einen Schulabschluss und eine Ausbildung zu ermöglichen. Sie haben die Unterstützung der CDU, wenn Sie diesen Kurs fortsetzen. Wir haben in den vergangenen neun Jahren den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss halbiert und parteiübergreifend und mit Gewerkschaften und Wirtschaft ein Konzept für die Berufsorientierung in der Schule in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und mit den Berufsschulen erarbeitet. Dieses Konzept haben wir hier im Februar beschlossen und es ist gut. Es ist ausdrücklich gut, wenn die SPD dieses Konzept umsetzt und fortführt.

(Beifall bei der CDU)

Aber in den 100 Tagen ist natürlich auch vieles passiert, das für die Zukunft der Stadt nicht gut ist, und das ging gleich mit dem Start der SPD-Alleinregierung los. Die Überraschung war, dass der Senat nicht verkleinert wurde, obwohl man alleine regiert und keinen Koalitionspartner berücksichtigen muss,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hatten wir doch alles schon!)

sondern es wurde sogar noch ein Senator draufgepackt und heute soll noch ein Staatsrat dazukommen. Das sind Mehrkosten von 3 Millionen Euro für die Legislaturperiode und was lehrt uns das? Der Senat spart bei anderen, nur nicht bei sich selbst. Vorbilder sehen anders aus.

(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing FDP)

Dann komme ich zum Stichwort Haushaltspolitik. Zwar wird viel vom Sparen geredet, in Wahrheit sind aber bereits jetzt die Ausgaben um 200 Millionen Euro für die Wahlversprechen gesteigert worden, ohne dass es bis heute eine solide Gegenfinanzierung gibt. Es wird das große Ziel der Schuldenbremse ab 2020 proklamiert, um in Wahrheit noch neun Jahre weiter Schulden machen zu können.

(Dirk Kienscherf SPD: Auf Ihre Vorschläge sind wir gespannt!)

Gleichzeitig wird die Hamburger Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung, die nach Überwin-

nung der Krise im Jahr 2013 erreichbar wäre, von der SPD gekippt.

(Dirk Kienscherf SPD: Die wollten Sie doch selbst schon kippen!)

Gerade in der Haushaltspolitik gibt es viele Widersprüche, auf die sicherlich Herr Heintze nachher in der Debatte auch eingehen wird. Sie versprechen Konsolidierung, aber keine Sparbeschlüsse. Diese Wunderformel kommt mir doch komisch vor und wir sehen im Haushalt, dass es stattdessen ideenlose globale Minderausgaben für die Fachbehörden gibt, weil sich der Senat vor lauter Fehlervermeidungsstrategie nicht zu sagen traut, wofür weniger Geld da ist, und nicht diese Beschlüsse fasst. Eine mutlose Politik, die hauptsächlich Fehler vermeiden will, wird erst recht viele Fehler produzieren und das ist nicht gut für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und bei Robert Bläsing und Anna-Elisabeth von Treuenfels, beide FDP)

Herr Bürgermeister, Sie haben in der stimmungsmäßig etwas selbstzufriedenen 100-Tage-Pressekonferenz die Proteste der Wissenschaft als Umverteilungsdiskussion zwischen gesellschaftlichen Gruppen abgewertet. Ich finde, das zeugt nicht nur von einem mangelnden Bewusstsein für die Schlüsselrolle von Forschung, Entwicklung und Lehre für Hamburgs Zukunft,

(Andy Grote SPD: Was haben Sie denn getan? – Dirk Kienscherf SPD: Da hätten Sie einmal die Finanzmittel bereitstellen sollen!)

sondern Sie versuchen damit auch, sich vor Ihrer politischen Verantwortung für die Senatsentscheidungen zu drücken. Süffisant haben Sie in der Landespressekonferenz die Haushaltslage als großes Geschenk für die Demokratie bezeichnet, denn jetzt müsse es gesellschaftliche Diskussionen geben, wer mehr und wer weniger bekommen sollte. Wir fragen uns, wo diese gesellschaftliche Diskussion stattgefunden hat, bevor Sie ganz persönlich im Alleingang vor der Wahl versprochen haben, 20 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um zukünftig das Mittagessen in den Kitas zu verschenken? Wo war diese gesellschaftliche Diskussion, als Sie entschieden haben, dass 40 Millionen Euro da sind, um die sozial ausgestatteten Hamburger Studiengebühren abzuschaffen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sozial ausgestattet? Das ist wohl ein Witz!)

ohne dass davon die Qualität von Forschung und Lehre und damit auch die Ausbildung der Studenten auch nur mit 1 Cent profitieren?

(Glocke)

Ich komme zum Schluss: Hier, Herr Bürgermeister, galt Ihr Machtwort, weil Sie an die Macht wollten,

(Dietrich Wersich)

(Dirk Kienscherf SPD: Das war unser Wahlprogramm!)

und ich kann den Senat nur auffordern, sich in Zukunft deutlich mehr anzustrengen, um den hohen Erwartungen gerecht zu werden, die Sie in der Stadt geschürt haben, und sich mehr anzustrengen für Hamburgs Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion nutzt die heutige Bürgerschaftssitzung, um noch einmal die ersten 100 Tage zu feiern. Das sei Ihnen gegönnt. Sie machen es gerade noch rechtzeitig, bevor es zu spät ist, denn wenn man sich das anschaut, sind die ersten Risse schon ersichtlich und auch die Geschlossenheit fängt schon an zu bröckeln.

(Thomas Völsch SPD: Freuen Sie sich man nicht zu früh!)

Insofern kann ich diesen Wunsch, noch einmal unbeschwert zu feiern, ganz gut verstehen, und das sei Ihnen auch gegönnt.

Bei den Energienetzen haben wir eben schon darüber gesprochen. Altbürgermeister sind dagegen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber wir leben im Hier und Jetzt!)

der Widerstand in der Partei steigt und SPD-Kreisverbände sammeln gegen den erbitterten Widerstand des Bürgermeisters für ein Volksbegehren, das er nicht möchte. Das finde ich einerseits ganz positiv, denn es zeigt, dass es in der SPD noch Kräfte gibt, die sich den Bürgern verpflichtet fühlen und nicht den Atomkonzernen. Das ist ein guter Punkt.

(Zurufe von der SPD)

Zum anderen steht Ihnen natürlich die Stunde der Wahrheit im Herbst bevor, wenn es um den Haushalt geht

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist jetzt gleich!)

und bei der Konkretisierung des Haushalts natürlich auch die verschiedenen Wahrheiten auf den Tisch kommen, über die Sie nicht so gerne reden.

(Karin Timmermann SPD: Das merkt man bei Ihnen besonders!)

Das sieht man dann natürlich im Bereich Wissenschaft. Aus dem Versprechen im Wahlkampf, Sie wollten Wissenschaft und Forschung stärken, ist nach 100 Tagen SPD-Senat die größte Einsparung für die nächsten vier Jahre bis 2015 geworden, die dieser Bereich jemals erlebt hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Meinen Sie Ihre Einsparung?)

Das wäre in der Tat eine sehr fatale Weichenstellung, die Sie dort in einem zentralen Zukunftsbereich dieser Stadt vornehmen. Und wenn Herr Dressel eben sagte, die paar Universitätsprofessoren sollten sich nicht so anstellen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das habe ich nicht gesagt! Zuhören hilft!)

dann zeigt das doch eines: Die Selbstgefälligkeit der SPD ist schon etwas beunruhigend. Sie haben anscheinend vollkommen vergessen oder gar nicht zur Kenntnis genommen, dass zwischen 10 000 und 15 000 Studenten gegen Ihre Pläne demonstriert haben, und das in den ersten 100 Tagen. Das muss man als ein neuer Senat erst einmal hinkommen, dass 15 000 Menschen auf die Straße gehen, um gegen Ihre falsche Weichenstellung zu protestieren.

(Dirk Kienscherf SPD: Wie viele haben Sie denn abgewählt?)

Dass Sie das so abtun, zeigt nur eines: Sie sind da auf dem falschen Dampfer. Selbstgefälligkeit wird Sie aus dieser Krise nicht herausbringen, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der GAL)

Sie bedienen sich Taschenspielertricks in dem Bereich und sagen, der Etat steige doch, aber es ist immer ein bisschen schwierig, solche Argumente gegenüber Oppositionsfraktionen zu verwenden, die diesen Haushalt, den Sie aufgestellt haben, jetzt selbst noch einmal einbringen. Sie haben da eine schöne Operation linke Tasche, rechte Tasche vorgenommen.

(Andy Grote SPD: Wie viele Etatsteigerungen haben Sie denn für die Hochschulen vorgesehen?)

Die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst waren in der Tat nicht im Wissenschaftsetat eingestellt, sie waren im Haushaltsplan der Finanzbehörde eingestellt. Und was ist jetzt passiert? Im Haushaltsplan haben Sie eine kleine Veränderung vorgenommen. Sie stellen gar kein zusätzliches Geld zur Verfügung. Sie buchen es einfach nur aus dem Etat der Finanzbehörde in den Etat der Wissenschaftsbehörde und stellen sich hier mit stolzgeschwellter Brust hin und sagen, der Etat steige doch und da würden sich die 10 000 Studenten irren.

(Andy Grote SPD: Das ist doch das dasselbe Geld! Wo wollten Sie denn mehr ausgeben, Herr Kerstan?)

Das zeigt nur eines: Gutem Regieren, Vertrauen und Transparenz fühlen Sie sich nach 100 Tagen in dem Bereich schon nicht mehr verpflichtet. Das ist ein schlechtes Zeichen für Hamburg.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL)

Dann der Bereich Verkehr und Umwelt. Sie haben es in 100 Tagen geschafft, den guten Ruf Hamburgs als Umwelthauptstadt Europas gänzlich zu ruinieren.

(Heiterkeit bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das Wort "ruinieren" würde ich nur vorsichtig verwenden!)

– Nach 100 Tagen schon nicht mehr die Kraft aufzubringen, unangenehme Wahrheiten anzuhören, lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Die EU-Kommission ermittelt gegen Hamburg, die Umwelthauptstadt Europas, wegen Nichteinhaltung von Luftreinhaltestandards. Die Gesundheit der Bevölkerung mag Ihnen egal sein, aber dort drohen auch Strafzahlungen in Millionenhöhe dafür, dass Sie in den ersten 100 Tagen ohne jede Not alle Projekte abgeräumt haben, die in diesem Bereich eine gesundheitliche Verbesserung für die Menschen in dieser Stadt dargestellt hätten. Die Stadtbahn soll es nicht mehr geben, die Umweltzone, die City-Maut brauchen Sie nicht und auch die Parkraumbewirtschaftung wollen Sie nicht mehr, denn darüber könnten sich Autofahrer beschweren.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie haben den autofreien Sonntag vergessen!)

So lässt sich die Liste immer weiter fortführen. Dieser Senat agiert in wichtigen Bereich kurzfristig, perspektivlos und mutlos. Für die Haushaltsberatungen, Herr Bürgermeister, und auch für den Herbst kann ich Ihnen nur empfehlen, sich den gelben Friesennerz von Frau Suding zu leihen, es wird etwas ungemütlicher. Sie werden darin nicht so gut aussehen, aber Sie können ihn gut gebrauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Suding.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines gilt ganz gewiss am Ende der ersten 100 Tage des SPD-Senats: Sie haben sehr viel versprochen, aber wirklich angeschoben, geschweige denn umgesetzt wurde bisher eher wenig.

(Beifall bei der FDP)

Das hat einen Grund, der gerade mit dem aufkommenden Streit innerhalb der SPD über die Rekommunalisierung der Energienetze deutlich wird. Das Regieren mit einer so knappen Mehrheit ist schwierig, liebe Genossen,

(*Jan Quast SPD*: Ist sie jetzt auch bei uns?)

erst recht, wenn es wie in der Hamburger SPD weit auseinanderklaffende Flügel mit gegensätzlichen Positionen gibt. Was Ihnen deshalb fehlt, ist sichtbarer Elan und visionäre Gestaltungskraft, um Hamburg in eine gute Zukunft zu führen. Stattdessen verliert sich Bürgermeister Scholz samt Senatoren im Klein-Klein der Exekutive. Ein Leitbild ist für uns nicht erkennbar.

(Beifall bei der FDP)

Eine Idee, wie Hamburg in norddeutsche und nord-europäische Strukturen eingebunden werden soll, gibt es auch nicht.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Stattdessen werden uns ein paar Wohltaten aus dem SPD-Wahlprogramm für ausgewählte Zielgruppen präsentiert. Dabei erweisen sich die Sparbemühungen in weiten Teilen als dilettantisch; aber dazu kommen wir gleich noch. In wenigen Wochen haben Sie es geschafft, die Wissenschaftsszene gegen sich aufzubringen, indem Sie die Axt an einen der wichtigsten Lebensbäume der Stadt gelegt haben, die Hochschulen. Aus Fehlern kann der SPD-Senat offenbar nicht lernen. Mit ihrer mangelnden Dialogfähigkeit wiederholt Senatorin Stapelfeldt

(*Andy Grote SPD*: Das sind doch alles Teile aus alten Reden!)

den größten Lapsus von Schwarz-Grün. Und als wäre das nicht schon genug, will die SPD auch noch die Studiengebühren abschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie diese fast 40 Millionen Euro den Hochschulen ersetzt werden sollen, liebe SPD, das ist nach wie vor noch vollkommen unklar. Mehr Qualität in der Hochschullehre wird so nicht entstehen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Und trotzdem reden der Bürgermeister und seine Senatoren immer wieder über "pay as you go". Das soll seriösen Umgang mit Steuergeld und echte Konsolidierungsbemühungen suggerieren, aber es ist nur eine Worthülse. Denn woher das Geld für neue Wohltaten kommen soll, wo im Haushalt über Einmal-Effekte hinaus wirklich gespart werden soll, das verschweigt uns der Finanzsenator hartnäckig.

(Beifall bei der FDP)

Herr Scholz, Sie sprechen immer wieder über die Stärken des Wirtschaftsstandorts Hamburg, aber wo bitte sind Ihre Maßnahmen dazu? Keine geeignete Maßnahme ist es, den ins Stocken geratenen Verkaufsprozess von Blohm + Voss zwischen dem Konzern ThyssenKrupp und Abu Dhabi MAR durch

(Katja Suding)

die voreilige Zusage staatlicher Darlehen und Bürgschaften unterstützen zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch eine unsinnige Maßnahme, ein finanziell überschuldetes Unternehmen wie HAMBURG ENERGIE allein aus ideologischen Gründen mit Steuergeld über Wasser halten zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Der Wirtschaftsstandort Hamburg braucht etwas anderes. Zuallererst muss die Zukunft unseres Hafens gesichert werden.

(Dirk Kienscherf SPD: Deshalb haben wir dieses tolle Verkehrsleitsystem!)

Er ist nach wie vor Motor der Metropolregion. Herr Scholz, Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es um die zügige Fahrrinnenanpassung und die Anbindung des Hafens an die Hinterlandverkehre geht. Gehen Sie den Ausbau der notwendigen Infrastruktur an, sorgen Sie für schlagkräftige Unterstützung aus Schleswig-Holstein und machen Sie Druck in Berlin und Brüssel.

(Beifall bei der FDP – Andy Grote SPD: Machen Sie doch Druck! – Dr. Andreas Dressel SPD: Wer regiert noch mal in Berlin?)

Meine Damen und Herren! Der Entwurf des letzten Hafenenwicklungsplans war ein schwarz-grüner Missgriff ohne Perspektive. Es ist gut, dass Sie das Papier entsorgt haben, aber das allein reicht nicht. Der Hafen braucht eine Wachstumsstrategie und Tempo. Stellen Sie sicher, dass Hafenumflächen ausschließlich für Hafenzwecke reserviert bleiben. Was der Hamburger Hafen nicht braucht, sind überzogene Gebühren und Mieterhöhungen oder eine HPA, die selbst als Hafenunternehmen agieren möchte. Beides schadet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Hafens.

(Beifall bei der FDP)

Es war richtig, dass der neue Glücksspielstaatsvertrag auf der Ministerpräsidentenkonferenz vor zwei Wochen noch nicht unterzeichnet wurde. Wir Liberale unterstützen ausdrücklich die Initiativen gegen Suchtgefahren, aber sie dürfen nicht den Markt blockieren und erfolgreiche Unternehmen aus der Stadt vertreiben

(Beifall bei der FDP)

oder mit Netzsperrern eine gefährliche Zensurinfrastruktur aufbauen.

(Andy Grote SPD: Das sind ja interessante Prioritäten!)

Herr Scholz, bleiben Sie dabei, unterschreiben Sie keinen Vertrag, der beides nicht ganz klar abschließt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren Senatoren, die ersten 100 Tage Ihrer Regierung haben uns noch nicht wirklich überzeugt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir arbeiten daran!)

Statt ordentlich zu regieren, verwalten Sie ohne Vision. Sie wurschteln sich mit einer Mischung aus Tatenlosigkeit und Ideenmangel durch. Das erinnert uns fatal an die späten Neunzigerjahre unter Ortwin Runde. Der hat damals der Provinzialisierung Hamburgs Vorschub geleistet, das sollten Sie nicht wiederholen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die SPD dieses Thema zur Aktuellen Stunde anmeldet, finden wir mutig. Die CDU sagt, es sei selbstzufrieden und Herr Kerstan hat recht damit, dass der Zenit der Umfragen für die SPD überschritten ist, und das müssen Sie noch einmal ganz kurz genießen.

Was hat der Scholz-Senat nach 100 Tagen vorzuweisen? Symptomatisch ist, dass die SPD-Regierung den Haushaltsplan-Entwurf von Schwarz-Grün vorlegt, und ähnlich wie bei Schwarz-Grün gestaltet sich auch die Politik:

(Dr. Andreas Dressel SPD: Einen linken Entwurf hatten wir nicht vorliegen!)

unglaublich viele Ankündigungen und viele unverbindliche Äußerungen des Bürgermeisters. Herr Kienscherf, ich frage mich die ganze Zeit, warum die SPD heute so nervös ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir sind nicht nervös!)

Sind Sie heute besonders angefasst oder gehen Sie zurück in die Flegeljahre? Das würde ich gerne wissen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Das einzig Konkrete, was dieser Senat umgesetzt hat, ist der Vertrag mit der Kita-Initiative. Die versprochene Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung liegt der Bürgerschaft vor und ich gehe davon aus, dass das ganze Haus dem zustimmt. Wir werden es jedenfalls tun. Das ist ein wirklich konkreter Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten sehen wir wenig an konkreten Dingen in den 100 Tagen. Wer wenig macht, könnte man denken, macht auch wenig falsch. Das trifft aber nicht zu. Viele Senatorinnen und Senatoren haben bereits auf den ersten Metern einen Fehlstart hin-

(Dora Heyenn)

gelegt. Ich erinnere noch einmal daran, dass die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt eine Wohnungsnot in Hamburg schlicht bestreitet, was heißt, dass sie in der Realität dieser Stadt noch nicht angekommen ist. Den ernsthaften Willen, jährlich 6400 Wohnungen zu bauen, begrüßen wir sehr, aber es kommt auf die Umsetzung an. Für uns ist ganz wichtig, dass der Anteil der Sozialwohnungen auch stimmt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, ein Drittel!)

und dass diese wirklich auf die Stadtteile verteilt werden und keine neue Gettoisierung stattfindet.

(Gabi Dobusch SPD: Mensch, da haben wir Gemeinsamkeiten! – Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Der Arbeits- und Sozialsenator kam als Hardliner daher – so kennen wir ihn auch – und verkündete Kürzungen nach der Rasenmähermethode, musste dann aber eine Kehrtwendung machen. Die Kehrtwendung begrüßen wir, aber auch dies war kein guter Start.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Was im Justizbereich vom neuen Senat zu erwarten ist, hat uns Senatorin Schiedek noch nicht verraten.

Es tut mir persönlich leid, dass Dorothee Stapelfeldt als Wissenschaftssenatorin gleich zu Beginn eine Bauchlandung gemacht hat. In der Opposition konnte sie nicht scharf genug kritisieren, dass die Universität und die Hochschulen unterfinanziert sind, immer wieder haben wir das gemeinsam artikuliert. Und dann kommt sie als Senatorin an, stellt die Kürzungsvorschläge von Schwarz-Grün vor und sattelt noch Einsparungen obendrauf. Nach dem, was die Uni und die Hochschulen in Hamburg alles unter Schwarz-Grün erlitten haben, war klar, dass diese Vorlage das Fass zum Überlaufen bringen wird.

Eines allerdings hat der Fehlstart der Wissenschaftssenatorin bewirkt: eine ausgeprägte Solidarität zwischen Studierenden, Verwaltungs- und wissenschaftlichem Personal und Professoren. Die Universität Hamburg und die Hochschulen streiken jetzt miteinander für ihr Überleben und lassen sich nicht mehr gegeneinander ausspielen. Das wird auch so bleiben. Dass der Fraktionsvorsitzende Dressel versucht, das Feuer zu löschen, ist zwar ehrenwert, hilft aber der Wissenschaftssenatorin auch nicht. Die SPD muss ihre Rolle als Regierungspartei offensichtlich noch finden, dafür ist die heutige Sitzung der schlagende Beweis.

(Beifall bei der LINKEN)

Formelle Gesprächsbereitschaft allein ersetzt keine Politik. Wie äußerte sich noch Professor Dr. Lenzen nach dem Gespräch mit Ihnen? Er hat gesagt, er habe noch nie in einer solch angeneh-

men Atmosphäre so wenig Substanzielles angeboten bekommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der wollte einen Scheck!)

Was die Hochschulen brauchen, ist eine auskömmliche Finanzierung. Die Rechenkünste von Ihnen und von Ihnen, Herr Bürgermeister Scholz, wirken da eher zynisch. Es ist ein Buchungstrick. Die globale Mindereinnahme ist zwar im Hochschuletat eingestellt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Minderausgabe!)

aber die Hochschulen dürfen das nicht ausgeben. Zudem liegt die Inflationsrate bei 2,5 Prozent und da kommt man bei zusätzlichen Mitteln von 1,3 Prozent nicht zu einer realen Steigerung, auch nicht, wenn ein erster Blick auf die absoluten Zahlen es vermuten lässt. Das wissen Sie ganz genau, Sie arbeiten an dieser Stelle mit falschen Zahlen und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann ist da noch die Sache mit den Studiengebühren. Die Abschaffung ist für das Wintersemester 2012/2013 angekündigt. Ob sie kommt, wissen wir noch gar nicht

(Dirk Kienscherf SPD: Natürlich kommt die!)

und vor allem wissen wir nicht, wie. Noch ist unklar, ob die Kompensation sich auf 375 Euro oder 500 Euro pro Semester pro Student bezieht, ob der jährliche Betrag auch noch die steigenden Studierendenzahlen, die gesellschaftlich gewollt sind, berücksichtigt oder ob Sie ewig eine Festsumme zahlen. Das ist ein ganz großes Problem, da wird es noch viele Konflikte geben und bisher ist es nur angekündigt.

In der Drucksache zur Einbringung des Haushalts erklärt der Senat ausdrücklich, dass die Steuereinnahmen, egal wie sie sich entwickeln, nichts an dem Vorsatz, den Betriebshaushalt im Jahr maximal um ein Prozent steigen zu lassen, ändern werden. Das halten wir für falsch und nicht nur wir. Der DGB-Vorsitzende und ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der SPD, Uwe Grund, sagt auch, das werde nicht funktionieren, und wir vertreten ebenfalls diese Meinung. Auch wir sind für eine Rückführung der öffentlichen Verschuldung, auch wenn immer anderes behauptet wird. Wir sind aber gegen eine Kürzungspolitik aus Prinzip. Steuereinnahmen von circa 640 Millionen Euro in 2011 eröffnen Spielraum für bessere Ausstattung, zum Beispiel im sozialen Bereich, in der Bildung und bei der Universität und den Hochschulen. Dafür plädieren wir. Herr Bürgermeister, Sie haben im Wahlkampf versprochen, dass die Schulen zu Palästen werden sollen. Wir fürchten, dass nicht einmal die Mietzahlungen bezahlt werden können. Nur Kürzen ist kein gutes Regieren.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön.
– Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren über 100 Tage. Ich möchte das als Gelegenheit nutzen, mich zunächst einmal bei den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft zu bedanken, insbesondere bei den Abgeordneten der vier Oppositionsfraktionen, weil natürlich zu einer gesellschaftlichen Debatte über das, was für unsere Stadt notwendig ist, immer gehört, dass sich alle daran beteiligen, ihre Vorschläge und auch ihre anderen Meinungen vortragen, und dass es nicht eine einseitige Veranstaltung der Regierungspartei und des Senats ist. Insofern schönen Dank für Ihre Arbeit bisher.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich sind wir, wenn wir über die Zukunft der Politik und ihre Möglichkeiten diskutieren, alle gut beraten, wenn wir versuchen, den richtigen Ton für diese Debatte zu finden. Was – das ist jedenfalls meine feste Überzeugung – die Bürgerinnen und Bürger immer weniger mögen, sind gestelzte Posen, aufgeregte, sich im Ton überschlagende Äußerungen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Herr Kien-scherf!)

die kein Beitrag zu einer konstruktiven Diskussion sind. Dies gilt für Opposition wie Regierung selbstverständlich gleichermaßen, aber mein Rat an uns alle ist, die Politik so ernst zu nehmen, wie sie ist. Das kann lustig, das kann heiter sein, es darf aber nicht so sein, dass man das Gefühl entwickelt, es ginge nicht um eine ernsthafte Angelegenheit für unsere Stadt und unser Land.

Deshalb ist es auch für das, was wir in Zukunft tun, wichtig, es mit dieser Überzeugung und einer solchen Haltung zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem einen oder anderen Beitrag habe ich das Gefühl, da könnte sich noch etwas weiterentwickeln, aber wir tun der Politik keinen Gefallen, wenn wir es nicht schaffen, sie als eine wichtige Veranstaltung zu begreifen, bei der es um etwas Zentrales für die Bürger dieser Stadt geht.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Sind Sie jetzt neuerdings auch Lehrer?)

Ich will über ein paar Themen sprechen, die für uns wichtig sind. Das allerwichtigste Thema für diese Legislaturperiode wird – ganz im Sinne dessen, was ich eben angesprochen habe – die Einhaltung des vor der Wahl Gesagten sein. Das ist mir persönlich wichtig, hat aber auch eine Bedeu-

tung weit über das hinaus, was wir in Hamburg tun und was dieser Senat macht. Denn natürlich dürfen wir davon ausgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger schon nicht mehr unterstellen, dass die politischen Parteien das, was sie in ihre Wahlprogramme schreiben, hinterher auch umsetzen wollen. Wir können das übrigens an vielen Kommentierungen nachvollziehen, in denen zum Beispiel steht, jetzt müssen sie sagen, dass das nicht so gemeint ist oder nach Vorwänden suchen, wie sie davon wieder wegkommen.

Diese Haltung, dieses Misstrauen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger politischen Zusagen und Versprechungen begegnen, ist ein politisches und ein Problem der Demokratie. Es wird deshalb das Wichtigste sein, alle Versprechen, die vor der Wahl gemacht worden sind, in dieser Legislaturperiode auch einzuhalten. Sie können uns daran messen und Sie sollten es tun. Auch für die Demokratie wäre es ein Gewinn, wenn hinterher alle sagen würden, dass die Wahlversprechen eingehalten worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht ist es – weil politischer Wettbewerb zur Demokratie gehört – richtig und in Ordnung, wenn politische Wettbewerber der jetzt Gewählten sagen, diese hielten ihr eigenes Wahlprogramm nicht ein. Es gab aber ein großes Plebiszit der Bürgerinnen und Bürger für exakt das Programm, was in der Regierungserklärung vorgestellt worden ist und

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Stadtbahn steht im Wahlprogramm!)

was im Arbeitsprogramm des Senats stand. Man kann und soll seine Ansichten dazu darstellen, aber nicht so tun, als wäre jetzt nach der Wahl etwas Überraschendes geschehen. Genau dafür, was wir tun, haben die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgegeben und sie können sich darauf verlassen, dass wir uns an das, was wir gesagt haben, halten werden.

(Beifall bei der SPD)

Eines der wichtigsten Themen dieser Legislaturperiode und – das kann man ohne große Anstrengung vorhersagen – noch weit darüber hinaus wird die Frage sein, wie wir mit dem öffentlichen Geld umgehen. Was den konkreten Haushalt betrifft, der letztendlich noch auf dem Haushalt der letzten Regierung aufbaut, werden wir dazu gleich eine erste Debatte haben. Aber für mich ist eines ganz klar: Dass wir ordentlich mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen, dass wir uns daran halten, ab 2020 auf die vielen Schulden, die in dieser Stadt und auch anderswo in Deutschland gemacht worden sind, keine weiteren mehr aufzutürmen, ist etwas, was jeder von uns verlangen kann.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Deshalb ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Beendigung des Schuldenmachens eine der großen Verpflichtungen, die wir als heutige Generation der politisch Verantwortlichen gegenüber den zukünftigen Generationen haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Schuldenbremse hat sich die Politik eine große Selbstverpflichtung auferlegt. Ich bin nicht sicher, ob jeder, der im Deutschen Bundestag oder im Bundesrat mitgestimmt hat, genau die Folgen dieser Entscheidung vorhergesehen hat, aber sie sind sehr klar: Wir werden dafür sorgen müssen, mit dem Geld auszukommen, das wir haben, und eine Folge ist, dass sich die politischen Debatten verändern.

Es kann nicht mehr angehen, dass man ein politisches Problem durch zusätzliche Schulden löst. Wenn wir in Zukunft zusätzliche neue Aufgaben aufnehmen, wird es nur noch möglich sein, sie auf Kosten anderer, bisher wahrgenommener Aufgaben zu realisieren. Eine Alternative dazu gibt es im Rahmen der Schuldenbremse nicht und deshalb ist es ein großer Gewinn für die demokratische Debatte dieses Landes, die Problemlösung nicht mehr über Schuldenmachen zu suchen, sondern Alternativen abzuwägen und zwischen diesen zu entscheiden. Das gehört zu einer aufgeklärten Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wer weiter macht mit der Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte – und da kann man durchaus parteiübergreifend viele Beispiele finden –, wer mit martialischer Geste ein Problem schildert und sagt, es müsse gelöst werden, ohne zu sagen, wie das in diesem Rahmen geht, der wird immer weniger Gehör bei den Bürgerinnen und Bürgern finden – selbst dann nicht, wenn es immer lauter vorgebracht wird. Auch an dieser Stelle gilt der Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Und wer die neuen Diskussionszusammenhänge über Haushaltspolitik nicht begriffen hat, wird nicht damit rechnen können, dass die Bürger seine Vorschläge ernst nehmen; davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns Vieles vorgenommen, das bereits dargestellt und vorgetragen worden ist. Lassen Sie mich zwei Dinge herausgreifen, die mir, neben all den Aufgaben wie der Schaffung einer ordentlichen wirtschaftlichen Infrastruktur und so weiter, persönlich sehr wichtig sind.

Die größte Herausforderung ist es, dafür zu sorgen, dass die junge Generation in unserer Stadt so aufwächst, dass sie später ein unabhängiges selbstständiges Leben führen kann und nicht auf öffentliche und fremde Hilfe angewiesen ist. Deshalb ist das, was wir am Anfang des Lebens tun, von der Krippe, der Kita, von dem, was wir für die

Familien tun, von den Grundschulen über die weiterführenden Schulen wie Gymnasien, Stadtteilschulen und all die anderen Bildungsangebote bis hin zu den Berufsschulen, den Universitäten und den Ausbildungsmöglichkeiten von so großer Bedeutung.

Wir müssen sicherstellen, dass niemand in unserer Stadt diese Schulen ohne Schulabschluss verlässt, und wir müssen sicherstellen, dass jeder mindestens eine Berufsausbildung hat oder, wenn er die entsprechenden Talente besitzt, Abitur machen kann und studiert. Aber jeder sollte mit einer solchen Qualifikation ein eigenständiges und unabhängiges Leben führen können. Das ist das große Projekt dieses Senats

(Beifall bei der SPD)

und daran bauen wir. Das ist das, womit wir schon angefangen haben, was überall wahrgenommen worden ist und berichtet werden kann.

Die zweite große Herausforderung besteht darin, wie wir den Zusammenhalt in unserer Stadt sichern und aufrechterhalten, wie wir die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger in einer wachsenden, boomenden Stadt sicherstellen können. Denn wir nehmen zur Kenntnis: Hamburg wächst. Hamburg hat zusätzliche Einwohner, Hamburg generiert zusätzliches wirtschaftliches Wachstum, Hamburg hat, anders als fast alle anderen Länder in Deutschland, keine zurückgehenden Schülerzahlen und kann nicht, wie in den Koalitionsverträgen in 15 anderen Ländern, über eine demografische Rendite spekulieren, die man dazu verwendet, um die Bildungsangebote zu verbessern und trotzdem zu sparen, sondern wir müssen all diese Aufgaben lösen.

Eines der ganz zentralen Projekte in diesem Zusammenhang ist die Sicherstellung von ausreichend Wohnraum, übrigens eine Aufgabe, die in dieser Stadt zehn Jahre lang verschlafen worden ist

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Länger!)

und dazu geführt hat, dass 30 000 bis 40 000 Wohnungen fehlen, ein großer Brocken. Und auch diese Aufgabe werden wir anpacken und bewältigen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Das werden wir übrigens schaffen, und zwar, weil wir es nicht von oben herab machen, sondern im Bündnis mit der Stadt, mit den sieben Bezirken und mit der Wohnungswirtschaft. Wenn man mit all diesen Beteiligten spricht, dann sieht man, dass es ganz viele gibt, die dieses drängende Problem auch mit uns zusammen lösen wollen und seit Jahren auf das richtige Signal gewartet haben. Das Signal ist gegeben, jetzt packen wir an: bei diesem Thema und auch bei allen anderen. – Schönen Dank.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Eigentlich war die Redezeit in der Aktuellen Stunde abgelaufen. Nachdem der Erste Bürgermeister gesprochen hat, hat jetzt ein Mitglied pro Fraktion das Recht zur Erwiderung. – Das Wort hat der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Zunächst einmal, Herr Bürgermeister, danke für den Dank an den Opposition. Es hätte allerdings etwas ehrlicher gewirkt, wenn die Mehrheitsfraktion nicht heute in der Debatte ihre Stimmgewalt missbrauchen würde, um gerade die Redner der kleineren Oppositionsfraktionen nicht aussprechen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört auch zur politischen Kultur, mit Ihrer Macht so verantwortungsvoll umzugehen, dass ein politischer Diskurs möglich ist, wo man einander zuhört, und da schließe ich mich dem Bürgermeister voll an.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie haben wieder viele allgemeine Worte gefunden und dabei hatte man den Eindruck, dass Sie manches aus Ihrer Regierungserklärung recycelt haben, das ist auch immer ganz praktisch. Es bleibt aber dabei, dass Sie uns Allgemeinplätze über die Ziele, über die in der Regel gar kein politischer Unterschied besteht, präsentiert haben, dass Sie auf der Zielebene bleiben und wieder nicht konkret geworden sind,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig! So ist es!)

wie Sie diese Ziele eigentlich wirklich erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen stellen Sie in den Mittelpunkt Ihrer Rede, dass Sie die Versprechen, die Ihre Partei gegeben hat, auch halten, was eben auch heißt, dass es das, was nicht versprochen ist, auch nicht gibt.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich aber und ich frage Sie, ob gutes Regieren sich wirklich darin erschöpft, dass eine Partei ihre Versprechen hält, oder ob gutes Regieren nicht heißt, dass die Entscheidungen gut für die Stadt sind. Das steht im Mittelpunkt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben so entschieden! – Beifall bei der CDU)

Sie werden sicherlich in Ihren vier Jahren auch erleben, dass man nicht alles auf der Basis von vier Wahlversprechen klären kann. Ich erinnere zum Beispiel an die Krise, die uns ereilt hat. Dazu hatten wir auch keine Versprechung gemacht und

dennoch mussten wir uns mit ihr auseinandersetzen. Wir haben die HSH Nordbank gerettet, wir haben Hapag-Lloyd gerettet, alles Dinge, die vorher nicht absehbar waren und die politische Entscheidungen erfordert haben.

Das gilt auch für die Wissenschaft. Sie kommen nicht damit durch zu sagen, Sie hätten nichts versprochen, also gebe es auch nichts. Gerade wenn Sie sagen, dass sie den gesellschaftlichen Diskurs brauchen, dann komme ich auf die Frage zurück, ob Sie diesen Diskurs als Bürgermeister überhaupt wahrnehmen. Denn wenn Sie das sagen, Herr Scholz, dann müssen Sie sich auch den Menschen in der Stadt stellen, die mit Ihnen über die Perspektiven der Hochschulen diskutieren wollen – was Ihnen als Erstem Bürgermeister nicht mehr so wichtig ist –, anstatt von Ihnen auf eine wolkige gesellschaftliche Verteilungsdebatte geschoben zu werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Jetzt vor den Gesprächsanfragen der Hochschulen wegzutauchen, Herr Bürgermeister, und stattdessen den geschätzten Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dressel, vorzuschieben, ist nichts anderes als politische Feigheit.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Meine Damen und Herren! Zur Haushaltsdebatte kommen wir gleich. Herr Bürgermeister, mir ist eben wieder aufgefallen, dass wir im Wahlkampf einen Bürgermeisterkandidaten erlebt und jetzt einen Bürgermeister gesehen haben, dessen Spezialität der ernste Blick ist und der damit seinen Worten offenbar Bedeutung verleihen will, als hätten Sie bei dem schlaunen Menschenbeobachter Georg Christoph Lichtenberg nachgeschlagen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt wird Ihr Plakat recycelt!)

der Ende des 18. Jahrhunderts feststellte:

"Es gibt Leute, die glauben, alles wäre vernünftig, was man mit einem ernsthaften Gesicht tut."

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

So einfach, Herr Bürgermeister, wird es bei den Wählern nicht werden. Ein ernstes Gesicht zu machen reicht nicht für die Gestaltung von Hamburgs Zukunft. Und auch wenn die Wähler in den Umfragen noch gnädig reagieren, Herr Bürgermeister, kann ich es nur wiederholen: Sie, Ihr Senat und die SPD müssen sich mehr anstrengen, um Hamburgs große Fortschritte durch das Leitbild der Wachsenden Stadt aus den vergangenen Jahren nicht zu gefährden.

(Zurufe von der SPD)

(Dietrich Wersich)

Ich verspreche Ihnen aber auch, dass die CDU als führende Oppositionsfraktion den Senat weiterhin mit Kompetenz und Augenmass kritisch verfolgen wird. Wir werden falsche Entscheidungen benennen und entschlossen bekämpfen, aber auch eigene Vorschläge für Hamburgs Zukunft entwickeln. Für unsere Politik gilt: Hamburgs Zukunft steht im Mittelpunkt und das sollte auch für Ihre verbleibenden 1339 Tage gelten, Herr Bürgermeister.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Schön gezählt! – Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:*

(Andy Grote SPD: Was ist eigentlich mit dem Rest der GAL-Fraktion? – Gegenruf: Die sind wunschlos glücklich!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, es ist richtig, wenn man als Bürgermeister über die großen Linien redet, wenn man Zusammenhänge herstellen will und seine Beweggründe darstellt. Das ist wichtig, weil Politik Orientierung geben muss und das ist auch Ihre Aufgabe. Sie haben dies in Ihrer Rede nach den ersten 100 Tagen durchaus in großen Worten getan. Es gehört aber auch zu Ihrer Aufgabe als Bürgermeister, etwas zu Ihren konkreten Entscheidungen und zu Diskussionen in der Stadt, die Ihre konkreten Entscheidungen in den ersten 100 Tagen aufgelöst haben, zu sagen.

Ich finde es sehr bezeichnend, dass Sie das eben mit keinem einzigen Wort auch nur versucht haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Das ist angesichts dieser großen Ansprüche, die Sie in Ihrer Rede erhoben haben, dann doch sehr wenig. Sie lösen diese Ansprüche doch gar nicht ein. Lassen Sie mich das an einzelnen Beispielen erklären.

Es gibt Bürgerinnen und Bürger, die Ihre Position zum Rückkauf der Netze nicht teilen und möchten, dass die Stadt aus dem Fehler des Verkaufs der HEW lernt und anders handelt, obwohl Sie in der Wahl die absolute Mehrheit bekommen haben. Sie verweigern die Auseinandersetzung mit den Bürgern, aber auch zum wiederholten Male hier und heute in der Debatte. Wie passt das zu Ihren großen Worten von eben?

Sie haben ein großes Projekt im öffentlichen Nahverkehr, das ihn voranbringen sollte, ohne jede Debatte vom Tisch gewischt, mit Hinweis auf Umfragen, auf eine Nicht-Finanzierbarkeit, und haben letztendlich keine Alternative in den Raum gestellt. Dazu gibt es viele Fragen, auch von Bürgerinnen und Bürgern, die jeden Tag im Stau stehen,

(Jan Quast SPD: Auf der Autobahn, ja!)

die feststellen, dass die öffentlichen Nahverkehrsmittel überfüllt sind, zu selten fahren, und dass sie nicht dort hinkommen, wo sie hinwollen. Sie bleiben eine Antwort schuldig und verweigern auch da die Debatte, ebenso wie in anderen Punkten, die ganz wichtige Fragen aufwerfen.

Die Wissenschaftspolitik ist ein existenziell wichtiger Bereich für eine Metropole in der heutigen Zeit. In einer Wissensgesellschaft ist Forschung und Entwicklung sowie Ausbildung von jungen Menschen der entscheidende Punkt. Dass dieser Bereich unter Ihrer Führung zum Steinbruch für andere Wahlversprechen werden würde, konnte niemand ahnen. Die Menschen in dieser Stadt wollen darüber reden, aber Sie führen dieses Gespräch nicht, sondern reden hier über große Leitlinien und machen große Worte. Es kam von Ihnen inhaltlich kein einziges Wort zu dieser Weichenstellung, die Sie persönlich und Ihre Wissenschaftssenatorin vorgenommen haben. Wie passen diese großen Worte mit diesen Entscheidungen zusammen?

Zum anderen haben Sie gesagt, das Wichtigste sei, das umzusetzen, was man vor der Wahl versprochen habe. Da stimme ich Ihnen durchaus zu. Glaubwürdigkeit ist ein wichtiger Punkt in der Politik. Aber spricht nicht eine gewisse Selbstherrlichkeit daraus, wenn Sie damit im Grunde genommen auch sagen, worüber wir vor der Wahl nicht geredet haben, darüber reden wir jetzt auch nicht mehr? Das ist, als ob Sie in der neuen Rolle und im Austausch mit den Behörden überhaupt keine neuen Erkenntnisse gewonnen haben und als ob Ihnen Ihre Behörden in der Auseinandersetzung mit konkreten Sachverhalten nichts bieten können, was Sie nicht schon vorher wussten. Passt diese Selbstgefälligkeit zu den großen Worten, die Sie eben gemacht haben?

Ich glaube, Herr Bürgermeister, es wird höchste Zeit, dass Sie einmal die Gelegenheit ergreifen, auf konkrete Fragen und konkrete Probleme Ihrer Entscheidungen einzugehen und diese Debatte aufzunehmen. Ich bedauere es sehr, dass Sie diese Chance nicht genutzt haben, als Sie heute das Wort ergriffen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Frau von Treuenfels hat das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich nehme Sie beim Wort. Sie möchten gerne konkret sein, Sie möchten Ihre Versprechen einlösen und sich an der Umsetzung Ihrer Wahlversprechen messen lassen. Dann sollten Sie vielleicht

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

dem Schulsenator Rabe in der Umsetzung von Versprechen ein bisschen Nachhilfe geben.

(Beifall bei der FDP)

Ehrlich gesagt wundere ich mich, warum das Kernthema der SPD, nämlich die Schulpolitik, hier nur gestreift wird; das scheint niemanden weiter zu interessieren. Ich kenne viele Bürger – Eltern, Lehrer und Kinder dieser Stadt –, die auch 100 Tage Schulpolitik gerne resümiert hätten. Ich werde das hier für sie tun.

Ich werde einige Themen herausgreifen, zum Beispiel das Thema Inklusion. Seit vielen Monaten wissen wir, dass förderbedürftige Kinder die allgemeinen Schulen besuchen dürfen. Viele Monate wurde hier nichts getan, bis die alleingelassenen Schulen laut protestiert haben. Sie, Herr Rabe, haben nun vor Wochen zusätzliche Sozialpädagogenstellen für diese Arbeit versprochen. Sind diese Sozialpädagogen in den Schulen? Von den Schulen hören wir das nicht und von Ihnen auch nicht, Herr Senator, ganz zu schweigen von der Antwort auf die Frage, wie die notwendige Unterstützung mittel- und langfristig eigentlich finanziert werden soll. Auch da kommt keine Antwort.

Ein anderes Beispiel, aber die gleiche Problematik: Die von Ihnen angekündigte kostenlose Nachhilfe für alle Schüler aller Jahrgangsstufen ist eine sehr gute Idee. Diese soll zum Teil aus dem Bildungspaket der christlich-liberalen Bundesregierung und zum Teil aus Landesmitteln finanziert werden; so weit, so gut. Aber wer rechnet hier wem gegenüber eigentlich was ab? Was müssen die ohnehin stark strapazierten Schulsekretariate leisten? Sieht die Schulbehörde eine Unterstützung vor oder droht eine völlige Überlastung, wie viele Schulleiter befürchten?

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sehen auch nur Probleme!)

Auch darauf haben wir bisher keine Antworten von Ihnen, Herr Senator Rabe.

(Beifall bei der FDP)

Das dritte Beispiel ist die unzumutbare Raumsituation an Hamburgs Schulen – das zum Thema "die Schulen sollen zu Palästen werden". Mangels vernünftiger Planung unter Schwarz-Grün wollen Sie nun mit über 100 Containern für rund 5 Millionen Euro kurzfristig improvisieren. Allerdings bezweifeln wir Liberale, dass es sich hierbei nur um eine kurzfristige Übergangslösung handelt. Nach Ihrem eigenen Eingeständnis wissen Sie nicht genau, wie viele Fachräume an den Schulen eigentlich fehlen. Wie lange soll das so gehen? Was leistet die überfällige Schulentwicklungsplanung,

(Barbara Duden SPD: Das haben wir doch gestern gehört, dass man die nicht braucht!)

damit die Provisorien endlich verschwinden? Auch hier gibt es nur viele Fragen und keine Antworten.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich zum vierten Beispiel, den Ganztagschulen. Gerade haben Sie die Einrichtung sieben weiterer Ganztagschulen verkündet, alles Stadtteilschulen. Was ist eigentlich mit den Hamburger Gymnasien, frage ich mich da. Die scheinen Sie ganz aus dem Blickfeld verloren zu haben. Dies gilt übrigens für fast alle aus Ihrem Hause angekündigten bildungspolitischen Pläne. Ist es das Desinteresse der SPD am Gymnasium, das sich schon in den äußerst dürren Aussagen im Wahlprogramm dokumentiert? Oder ist es die Auslegung von Schulfrieden in Ihrer Version? Folgt der völligen Vernachlässigung der Stadtteilschulen unter Schwarz-Grün nun eine SPD-Offensive der Vernachlässigung von Gymnasien? Uns will es so scheinen.

Meine Damen und Herren! All diese offenen Fragen kennzeichnen eine sehr dürtige 100-Tage-Bilanz dieses Senats in Sachen Schule, das muss ich leider feststellen. Sie wird noch gekrönt durch Ihre wachweichen Einlassungen zum Thema Schulinspektion. Wollen Sie die jetzt zum Teil wirklich schon Besorgnis erregenden Ergebnisse, von denen es offenbar eine ganze Reihe gibt, nur der Schulöffentlichkeit zugute kommen lassen? Oder sollen nicht auch endlich die Eltern, die ihre Kinder in Zukunft an einer Schule anmelden wollen, das Recht haben, über die Qualität in Kenntnis gesetzt zu werden? Auch hier gibt es keine konkreten Antworten, obwohl Sie doch eigentlich nur nach Berlin schauen müssten, denn Ihr SPD-Kollege Zöllner macht das. Er will im Interesse von Qualitätsentwicklung und Elternrechten die unbegrenzte Veröffentlichung der Schulinspektionsergebnisse; das wollen wir auch.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen der SPD! Die 100-Tage-Bilanz in Sachen Bildung lässt leider zu wünschen übrig und sie lässt nur einen Schluss zu: Es gibt dringenden Anlass zu handeln, tun Sie das, bevor die Unzufriedenheit der Schüler, Eltern und Lehrer weiter wächst. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Herr Dr. Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie in den Mittelpunkt Ihres Beitrags das enorme Misstrauen gegenüber der Politik gerückt haben. Es ist in der Tat so – das gilt für unser Land, aber wir sehen das heute auch in den europäischen Nachbarstaaten –, dass Politik aufgrund ihres eigenen Versa-

(Dr. Joachim Bischoff)

gens vielfach den Kredit bei der Wahlbevölkerung verloren hat. Dieses Misstrauen selbst ist ein wesentliches Hindernis für die Lösung gravierender gesellschaftlicher Probleme. Wir können das heute bei der Versammlung vieler jüngerer Bürgerinnen und Bürger auf Plätzen sehen, weil sich der Protest eben nicht mehr in der Programmatik und in den Willensbildungsprozessen der Parteien unterbringen lässt.

Insofern ist es richtig und ausdrücklich anzuerkennen, dass Sie nach Ihren ersten 100 Tagen feststellen, dass dies ein Punkt ist, der in Hamburg anders gehandhabt werden muss. Aber dass Wahlversprechen einzuhalten sind, ist aus unserer Sicht wirklich nur der erste Schritt in diese Richtung. Selbstverständlich – ich würde das auch konzessionieren und will es gar nicht schlechtmachen –, sind die wenigen Punkte, um die es geht, in Ihrem Arbeitsprozess und in dem der Regierungsfraktion erkennbar; Sie sind gewillt, das abzuarbeiten. Aber – Herr Wersich hat schon darauf hingewiesen und ich sehe das ähnlich – diese Punkte sind nur ein Bestandteil gesellschaftlicher Problemlösungen. Es geht auch darum, ob das, worüber wir in den Wahlauseinandersetzungen gestritten und debattiert haben, zur Lösung von gravierenden gesellschaftlichen Problemen ausreichend ist.

Sie haben zu Recht auch in Ihrer Antrittsrede darauf hingewiesen, dass Hamburg eine Metropole ist, die als Stadt auch eine Perspektive für ihr Umland entwickeln soll. Aber es geht gerade auch darum, sich klarzumachen, dass wir andere Probleme haben als viele andere Metropolregionen. Wir sind eine wachsende Stadt mit einer schwindenden Solidarität und einer zunehmenden sozialen Spaltung. Und es ist verdammt schwer, mit den eingeschränkten Mitteln dagegen vorzugehen.

Sie haben jetzt einen Punkt hervorgehoben, der uns auch am Herzen liegt und ganz wichtig ist und der ebenfalls zur Erosion des sozialen Zusammenhalts beiträgt, die Frage des preiswerten Wohnens. An diesem Punkt – ich habe das mit Herrn Grote häufig diskutiert – ist für mich erkennbar, dass konkrete Schritte eingeleitet worden sind. Aber es ist für mich nicht erkennbar, dass Sie bei diesem Vertrag für Hamburg, den ich persönlich übrigens als einen richtigen Schritt ansehe und der auch noch durch andere ergänzt werden soll, die Opposition einbezogen oder auch nur informiert hätten.

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Das andere Problem, Herr Wersich, ist, dass wir richtig große Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben aufgrund der Kürzungen, die Ihre Regierung hinterlassen hat. Auch da kann ich noch nicht erkennen, dass der Dank, den Sie uns für die Kooperation und Auseinandersetzungen ausgesprochen haben, irgendwo eingelöst worden ist. Insofern kann man an dem Punkt noch etwas tun.

Abschließend möchte ich aber als zentralen Punkt den anderen Umgang mit den öffentlichen Geldern nennen. Und dazu – Herr Wersich, das richtet sich auch an Ihre Fraktion – möchte ich noch einmal sagen: Auch wenn meine Partei dagegen ist, respektiere ich selbstverständlich diese Veränderung des Grundgesetzes. Aber es geht nicht, dass damit automatisch nur eine Anpassung an diesen Prozess der Ausgaben programmiert ist. Wir müssen auch über die Einnahmen diskutieren können. Es geht darum, in welcher Weise ein gutes Gemeinwesen eingerichtet wird und wie wir die Unterfinanzierung in vielen Bereichen beenden können, sonst werden wir das Misstrauen nicht überwinden können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Frau Dobusch hat das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestatte mir zuerst ein paar Vorbemerkungen. Herr Wersich, 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben uns ihre Stimme gegeben. Das ist noch gar nicht so lange her.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Wird sich bald wieder ändern!)

Welche Halbwertzeit billigen Sie denn so einem Votum zu, wenn Sie jetzt schon sagen, das habe überhaupt keine praktische Bedeutung mehr? Wir haben für das Programm, das wir vorgestellt haben, diese Stimmen bekommen und wir werden es jetzt umsetzen, da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Wenn Sie glauben, dass das reicht, ist das okay!)

– Herr Wersich, es war einfach ein merkwürdiges Demokratieverständnis, das da zum Ausdruck kam.

Und ganz kurz zu Ihrem Beitrag, Herr Kerstan: Es ist einfach so, dass die Hochschulen mehr Geld haben werden als sie vorher hatten.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Sie glauben das noch?)

Alles andere ist PR.

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage es noch einmal, denn darauf sind wir wirklich stolz: Wir werden die Studiengebühren abschaffen. Das entspricht unserer Auffassung, wie man sozialen Ungerechtigkeiten begegnen muss. Darauf sind wir stolz und ich glaube, das wird die Stadt auch verstehen.

(Beifall bei der SPD)

(Gabi Dobusch)

Vielleicht verstehen Sie von sozialer Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit noch nicht genug, aber das kann sich noch ändern.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wenn Sie das so sehen, müssen Sie die sofort abschaffen und nicht erst in einem Jahr!)

So weit zunächst meine Vorbemerkungen.

Meine Damen und Herren! 100 Tage SPD-Regierung – es wird Sie nicht völlig überraschen, dass ich natürlich finde, dass dieser Senat das bisher sehr gut gemacht hat. Wir sind dabei, unsere Wahlversprechen Stück für Stück in Regierungshandeln umzusetzen, genauso wie wir es angekündigt haben. Ein Bereich, der noch gar nicht erwähnt wurde, der aber nicht wenig dazu beigetragen hat, dass wir dieses tolle Ergebnis bekommen haben und dieses Votum, ist der Bereich Kultur. Und wir haben seit März wieder eine Kultursenatorin, und zwar eine, die diesen Namen auch verdient,

(Beifall bei der SPD)

die sich in der Sache und in der Szene auskennt und es – im Gegensatz zu manchen Vorgängern – sehr schnell geschafft hat, die Vorschusslorbeeren, die sie bekommen hatte, auch tatsächlich zu rechtfertigen und den Erwartungen, die mit ihrem Amtsantritt verbunden waren, mit ihren ersten Auftritten und ihren ersten Amtshandlungen gerecht zu werden. Hamburg hatte den Ruf einer Kulturmetropole unter der alten Regierung bereits abgegeben, zum Schluss sogar mit fliegenden Fahnen. Aber uns ist es bereits innerhalb von 100 Tagen gelungen, einen Teil dieses guten Rufs wieder zurückzuerobern. Und wir haben vor, in dieser Richtung weiterzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Barbara Kisseler hat bereits erste Weichen zur Verbesserung der Situation der freien Künstlerinnen und Künstler gestellt. Und die erste Sitzung des Kulturausschusses hat auch gezeigt, dass es in einigen Dingen – mittlerweile auch über alle Fraktionen hinweg – eine große Einigkeit mit dem Senat gibt und dass Kultur wieder den Stellenwert zurückbekommen kann, der ihr in einer Metropole wie Hamburg tatsächlich zusteht. Das Altonaer Museum bleibt auch erhalten, gestatten Sie mir diese persönliche Bemerkung.

In diesem Zusammenhang noch ein Hinweis auf unsere Großbaustelle, die Elbphilharmonie.

(Dietrich Wersich CDU: Es wird schneller und billiger!)

Der schier uferlose Anstieg der Kosten der Elbphilharmonie hat den Ruf Hamburgs als Kulturmetropole, aber auch den Ruf des dafür verantwortlichen schwarz-grünen Senats, nicht wirklich erhöht. Wir haben deshalb, wie vor der Wahl angekündigt,

sofort nach Aufnahme der Regierungstätigkeit den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wieder eingesetzt, um möglichst schnell und gut, aber auch auf einem soliden Fundament weiterarbeiten zu können. Das war für eine Regierungsfraktion außergewöhnlich, aber aus unserer Sicht absolut schlüssig und notwendig,

(Dr. Till Steffen GAL: Sie haben das doch versprochen!)

wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und in deren Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen wollen – und das wollen wir.

(Beifall bei der SPD)

Und jetzt noch ein paar Worte zur Schulpolitik, Frau von Treuenfels. Hamburg muss durch seine Schulpolitik auch für Familien attraktiv bleiben. Der Senator hat am Montag den Startschuss für den Ausbau von sieben weiteren allgemeinbildenden Schulen als Ganztagschulen gegeben. Beginnend mit dem Schuljahr 2011/12 werden 35 weitere Schulen den Unterricht in den Nachmittag ausweiten. Dann nehmen insgesamt 75 Prozent aller Standorte dieser Schulform in Hamburg an der Reform teil. Dies ist wichtig für Hamburg, denn durch Ganztagsangebote ergeben sich neue Bildungschancen für Kinder,

(Dietrich Wersich CDU: Da kriegen Sie was durcheinander!)

die diese Chancen sonst vielleicht nie erhalten hätten. Aus diesem Grund hat Hamburg genau in diesem Bereich die Lücke in der Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepaktes geschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Das Schulessen ist eines der Themen, die wir sofort angepackt haben, und wir haben die Eigenbeteiligung bei der Beförderung aufgegeben. Wir sind auf einem sehr guten Weg, ich freue mich auf die nächsten Jahre und wir können so weitermachen wie bisher.– Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten, vierten und fünften Thema weiterführen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 4, 5 und 5 a auf, die Drucksachen 20/264, 20/673 Neufassung, 20/738 und 20/834: Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

(Erster Vizepräsident Frank Schira)**Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Drs 20/264 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl von elf Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung
– Drs 20/673 (Neufassung) –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde
– Drs 20/738 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung
– Drs 20/834 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die vier Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln der Stimmzettel werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Dies ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.**

Meine Damen und Herren! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 a auf, Drucksache 20/700, Senatsantrag: Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012.

**[Senatsantrag:
Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
– Drs 20/700 –]**

Diese Drucksache ist bereits am 14. Juni 2011 im Vorwege federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an die zuständigen

Fachausschüsse überwiesen worden. Zur Einbringung des Haushalts spricht zunächst der Senat und ich gebe Senator Dr. Tschentscher das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Landeshaushaltsordnung ist der Entwurf eines Haushaltsplans der Bürgerschaft rechtzeitig vor Beginn eines Haushaltsjahres vorzulegen. Davon kann heute keine Rede sein, denn das Haushaltsjahr 2011 ist bereits zur Hälfte abgelaufen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Für ein reguläres Verfahren hätte der Vorgängersenk im Mai letzten Jahres den Haushaltsplan-Entwurf beschließen müssen. Stattdessen gaben der damalige Finanzsenator und der damalige Erste Bürgermeister eine Pressekonferenz, auf der sie ein dramatisches Defizit im Hamburger Haushalt einräumten. Sie kennen die weitere Chronologie: Verzögerung der Haushaltsberatung im Senat, ein sogenanntes 500-Millionen-Euro-Sparprogramm, eine Einbringungsrede des Finanzsenators im November, die mit dem Rücktritt endete, schließlich das Zerbrechen der Koalition, der Abbruch der Haushaltsberatungen und Neuwahlen im Februar. Ich sage das nicht, um erneut Vorwürfe zur Finanzpolitik der letzten Jahre herzuleiten, sondern um darauf hinzuweisen, dass die Probleme des alten Senats den Prozess der Haushaltsaufstellung so belastet und zeitlich zurückgeworfen haben, dass wir jetzt fast ein Jahr im Rückstand sind und sich dies erheblich auf die aktuelle Haushaltssituation auswirkt.

Wir arbeiten unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung. Der SPD-Senat hat in der kürzestmöglichen Zeit einen neuen Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt, damit die Stadt wieder handlungsfähig wird. Dabei hat der Entwurf unserer Vorgänger als technische Grundlage gedient. Trotzdem unterscheidet sich der heute vorliegende Haushalt deutlich vom Vorentwurf. Es ist ein Haushaltsplan, mit dem die ersten Zusagen der SPD zur Neuwahl der Bürgerschaft jetzt im Senat eingelöst werden.

Wir nehmen die Kitagebührenerhöhungen des letzten Jahres zum 1. August zurück. Wir schaffen das von den Eltern zu zahlende Essensgeld in den Kitas ab. Die Mittel für die Ganztagschulen werden angehoben, Kürzungen im Kulturbereich zurückgenommen. Für die Instandhaltung von Straßen sowie für die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr werden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Abschaffung der Studiengebühren wird folgen.

Die SPD und ihr Spitzenkandidat waren im Wahlkampf bewusst zurückhaltend mit Versprechen, die zusätzliches Geld kosten, aber diese wenigen gezielten Versprechungen wurden gemacht und jetzt

** Siehe Anlage 1, Seite 643 bis 646

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Punkt für Punkt umgesetzt. Das war nicht einfach, denn die Mehrkosten mussten in vollem Umfang durch geringere Ausgaben in anderen Bereichen gedeckt werden. Dafür mussten wir Projekte des Vorgängersensats infrage stellen und streichen. Eine Stadtbahn kann sich Hamburg heute und auf absehbare Zeit nicht leisten. Der Bau von Kreisverkehren und die kostspielige Einrichtung von Gemeinschaftsstraßen müssen hinter dringenderen Aufgaben zurückstehen. Wir müssen das vorhandene Personal für die richtigen Aufgaben einsetzen, Doppelstrukturen abbauen, großzügige Mehrausgabereserven reduzieren und Betriebsausgaben einsparen. Die neuen Schwerpunktsetzungen für Kita, Schule, Kultur, Verkehr und Sicherheit führen aufgrund der gleichzeitig vorgenommenen Einsparungen an anderer Stelle nicht zu einer Erhöhung der Gesamtausgaben. In dem am 3. Mai vom Senat beschlossenen Haushaltsplan-Entwurf liegen die bereinigten Gesamtausgaben nicht über, sondern sogar leicht unter den Ansätzen des Haushaltsplan-Entwurfs des Vorgängersensats.

(Beifall bei der SPD)

Ein zentrales Vorhaben der neuen Regierung ist eine seriöse und solide Finanzpolitik. Wir haben zugesagt, sorgfältig und sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Wir wollen keine ungedeckten Schecks ausstellen, wir wollen uns nicht reich rechnen, wir wollen einen Haushalt, der die Finanzlage wahrheitsgemäß abbildet, ohne Selbsttäuschung und Kurzzeiteffekte.

(Beifall bei der SPD)

Auch dieses zentrale Versprechen der soliden Haushaltsführung setzen wir um. Der Haushalt wurde deshalb um Positionen bereinigt, die aus dem Konsolidierungsprogramm des Vorgängersensats stammten und ohne jede Deckung waren: Bundesratsinitiativen, die es nicht gab, globale Minderausgaben ohne Pläne, ohne Zuständigkeiten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wersich! – Dietrich Wersich CDU: Es gab noch nie so viele globale Minderausgaben wie jetzt!)

Zweitens haben wir dafür gesorgt, dass die Ausgaben für gesetzliche Leistungen realistisch veranschlagt werden. Wer den Hamburger Haushalt und den Haushalt anderer Großstädte kennt, der weiß, dass verschiedene gesetzliche Leistungen um 3, um 5, zum Teil um 8 bis 10 Prozent pro Jahr steigen. Dennoch sah die Haushaltsplanung für die Sozialbehörde bisher so aus, als ob es ab 2011 keine Zuwächse mehr geben würde. Damit wären hohe Nachforderungen am Ende des Haushaltsjahres vorprogrammiert gewesen, so wie es die Bürgerschaft in den vergangenen Jahren regelmäßig erlebt hat, jedes Jahr hohe Nachforderungen der Sozialbehörde, die dann im Nachhinein durch

neue, zusätzliche Schulden bezahlt wurden, und das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir die Ansätze für die gesetzlichen Leistungen auf ein realistisches Niveau erhöht, ein Niveau, das immer noch engagierte Steuerungen der Sozialbehörde und der Bezirksämter voraussetzt.

Es gab auch Reserven in der Veranschlagung des Vorgängersensats, die bei der Finanzierung der notwendigen Korrekturen genutzt wurden. So waren die Zinsausgaben in dreistelliger Millionenhöhe überveranschlagt und es bestanden volumenstarke Reservepositionen für Mehraufwendungen. Diese haben wir zur Entlastung des Haushalts und zur Finanzierung der realistischen Ansätze für gesetzliche Leistungen eingesetzt und nicht geparkt, um später neue Ideen für zusätzliche Ausgaben zu finanzieren. Auch das war eine beliebte Übung im alten Senat und auch das hat ab jetzt ein Ende.

(Beifall bei der SPD)

Der deutlichste Beleg dafür, dass wir es mit einer soliden Haushaltsführung ernst nehmen, ist die Verwendung der Steuermehreinnahmen, die uns die Maisteuerschätzung im Umfang von 600 bis 700 Millionen Euro jährlich vorhersagt. Davon wird kein einziger Euro zur Steigerung der Ausgaben der Fachbehörden verwendet. Vielmehr werden wir die Steuermehreinnahmen in vollem Umfang nutzen, um den Haushalt für kommende Jahre krisenfest zu machen. Wir werden einen teuren 200-Millionen-Euro-Wohnungsbaukredit des Bundes tilgen. 700 Millionen Euro sollen von 2011 bis 2013 eingesetzt werden, um den Hamburgischen Versorgungsfonds, den Pensionsfonds für frühere Beschäftigte des LBK und anderer verselbstständigter Einheiten wieder ins Lot zu bringen. Damit verhindern wir eine weitere Aufnahme von Schulden in diesem Nebenhaushalt, für den die Stadt in vollem Umfang einstehen muss.

(Beifall bei der SPD)

500 Millionen Euro an Steuermehreinnahmen setzen wir ein, um 2011 und 2012 die Neuverschuldung abzusenken und weniger an Rücklagen einzusetzen, als es der Vorgängersensat geplant hat. Und selbst unter Einrechnung dieser Maßnahmen unterschreiten wir die vorgegebene 1-Prozent-Grenze für die Ausgabenentwicklung. Dies sind ein erster Schritt und ein wichtiger Beitrag zu einer neuen, soliden Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es um ein Kernelement der Politik dieses Senats. Wir wissen, dass öffentliche Haushalte nicht in der Wirtschaftskrise ruiniert werden, sondern in Zeiten des Aufschwungs und des Booms. Wir wissen, dass sich eine Volkswirtschaft und damit auch die Steuereinnahmen zyklisch entwickeln

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

und dass auf Phasen des Booms regelmäßig auch Phasen der Stagnation oder gar des Rückgangs folgen. Wer im konjunkturellen Aufschwung die Ausgaben unkontrolliert erhöht, der vergrößert das strukturelle Defizit und hat damit das drastische Sparprogramm im nächsten Abschwung vorprogrammiert. Diesen Fehler werden wir nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Der neue Senat hat die Linie seiner Ausgabenpolitik daher unabhängig von schwankenden Steuerprognosen festgelegt. Unsere Ausgabenplanung orientiert sich am langfristigen Trend der Einnahmen. Die Steigerungsraten sind so bemessen, dass im Jahr 2020 Einnahmen und Ausgaben zur Deckung kommen und Hamburg die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhält. Wir können nicht ausschließen, dass diese Richtschnur in Zukunft auch einmal neu justiert werden muss. Dies könnte nötig werden, wenn sich die Inflationsrate langfristig über dem bisherigen Zielwert der Europäischen Zentralbank festsetzt oder wenn sich im Steuersystem oder in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen etwas Grundlegendes ändert.

(*Dietrich Wersich CDU: Aber Inflation gab's doch immer!*)

Solange sich solche Fundamentaldaten nicht ändern, gilt der Ausgabenkorridor, den wir heute zeichnen.

Rahmendaten können sich ändern, Herr Wersich, aber fest steht, 2020 werden Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Viel zu spät!*)

Nun sagt Herr Wersich, das sei viel zu spät. Aus den Reihen der Opposition wird uns vorgeworfen, das Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 sei nicht ehrgeizig genug.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!*)

Das geht doch schneller, ruft man uns zu.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Senator Dr. Peter Tschentscher: Ja, wenn das jetzt sein muss.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: – Sonst würde ich nicht hier stehen, Herr Senator.

Ich habe eben aufgemerkt. Ist es richtig, dass Sie die durchschnittliche Steigerungsrate der Haushalte auf der Ausgaben- wie Einnahmenseite aufgrund der üblichen, auch inflationären Entwicklung

der vergangenen Jahre errechnet haben und dass es insofern jetzt eine Neuigkeit ist, dass Sie sich nicht mehr an Ihre 1 Prozent gebunden fühlen, falls sich die Inflation so entwickelt, wie es auch in den vergangenen zehn Jahren gewesen ist?

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Nein, Herr Wersich, wir mussten für die Berechnung des Projektionspunktes 2020 gewisse Annahmen treffen – wie übrigens auch alle anderen, die solche Modelle entwerfen – und die gehen von einem bestimmten Inflationsniveau und einer bestimmten Entwicklung von Versorgungsleistungen aus. Und unter diesen Annahmen wird das Modell errechnet, das dazu führt, dass wir systematisch zu einem ausgeglichen Haushalt kommen.

Wenn sich diese Rahmendaten nach oben oder unten ändern, beides ist grundsätzlich möglich, müssen Sie den Kurs etwas strammer ziehen oder anders angleichen, als es sich unter den Annahmen, die Sie ursprünglich getroffen haben, ergeben hätte. Wir sollten diese Frage, die auch damit zusammenhängt, wie wir nach der Sommerpause mit einem Finanzrahmengesetz umgehen, sorgfältig im Haushaltsausschuss besprechen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, diese Kalkulationen – wie andere Parteien auch, wie der Steuerzahlerbund und auch der Rechnungshof – einmal für die CDU-Fraktion vorzunehmen, um sich dann zu fragen, wie realistisch es wirklich ist, die Schuldenbremse des Grundgesetzes schon 2015 oder 2013 einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie uns mit diesen Zwischenfragen, mit Ihren Debattenbeiträgen und Ihren Pressemeldungen in Abgrenzung zur faktischen CDU-Finanzpolitik der letzten zehn Jahre geboten haben, das erinnert mich in der Tat an vergangene Jahre, als ein Finanzsenator mit großer Geste das Ende der Neuverschuldung verkündete. Gleichzeitig wurden die Ausgaben erhöht, und zwar von Ihnen, Herr Wersich. Und wenige Monate nach Beginn eines Wirtschaftsabschwungs musste derselbe Finanzsenator der Bürgerschaft eine Neuverschuldung in Milliardenhöhe vorlegen.

Nun sind wir wieder im Aufschwung. Für einige Zeit sprudeln die Steuerquellen. Aber niemand garantiert uns, dass die jetzt vorgelegten Schätzungen für 2013, 2014, 2015 tatsächlich eintreten. Ich hoffe, dass der aktuelle Aufschwung andauert und dass sich die Risiken nicht verwirklichen, die beispielsweise mit der Schuldenkrise in Griechenland verbunden sind. Aber wir müssen damit rechnen, dass wir auf dem Weg bis 2020 auch wirtschaftlich schwierige Jahre erleben. Deshalb suchen wir keinen kurzzeitigen Scheinerfolg auf dem Gipfel der Konjunkturentwicklung, sondern den nachhaltigen Erfolg eines strukturell sanierten Haushalts bis 2020, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Wir bieten der Opposition an, bei der Umsetzung der Schuldenbremse in hamburgisches Landesrecht zusammenzuarbeiten und den Konsens zu finden. Aber wir werden uns nicht an einem falschen Wettbewerb um die früheste Jahreszahl beteiligen. Und jeder, der eine schnellere Beseitigung des Defizits fordert, soll gleich sagen, wo wir die hierfür erforderlichen dreistelligen Millionenbeträge zusätzlich einsparen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Eine vorzeitige Festschreibung unrealistischer Konsolidierungsziele ist eine Wette auf die Konjunktur, die wir nicht akzeptieren. Kasinomentalität in der Finanzpolitik wird es mit einem SPD-Senat nicht geben, Herr Wersich.

(Beifall bei der SPD)

Und wir werden auch nicht den Weg gehen, den Kernhaushalt dadurch auszugleichen, indem wir Defizite und Risiken in Nebenhaushalte verlagern. Im Gegenteil, mit der Sanierung des Hamburgischen Versorgungsfonds werden wir bis 2013 einen besonders defizitären Nebenhaushalt in Ordnung bringen. Wir werden auch das Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds auflösen, in dem nichts anderes geschieht, als neue Schulden aufzunehmen und sie dann als Rücklagen zu bezeichnen.

(Dietrich Wersich CDU: Nein, ab 2015 zu tilgen!)

Wie ehrgeizig die Vorgabe ist, den jährlichen Ausgabenzuwachs deutlich unter dem Einnahmewachstum zu halten, wird erkennbar, wenn man die konkreten Auswirkungen für jedes einzelne Ressort und für jedes einzelne Jahr bis 2020 plant. Diesen anstrengenden Arbeitsprozess hat der Senat begonnen. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für den nächsten Doppelhaushalt 2013/2014 und für den Entwurf eines Finanzrahmengesetzes, den wir der Bürgerschaft noch in diesem Jahr vorlegen werden, um der mittelfristigen Haushaltsplanung erstmals eine hohe Verbindlichkeit mit Gesetzesrang zu geben.

In diesem Haushaltsrahmen große Zuwächse für einzelne Fachaufgaben zu verankern, ist außerordentlich schwierig, weil das jeweils nur zulasten anderer Ressorts erfolgen kann. Ich sage dies ausdrücklich auch mit Blick auf die Hochschulen. Da ist in den letzten Wochen der Eindruck erweckt worden, dass die Mittel für die Hochschulen gekürzt würden; dies trifft nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Wir können zwar nicht alle Kürzungen von CDU und GAL aus den vergangenen Jahren rückgängig machen,

(Dietrich Wersich CDU: Der Hochschuletat ist um 20 Prozent gestiegen!)

wie es zum Teil jetzt nachträglich gefordert wird, aber ab jetzt wachsen die Zuweisungen aus dem Haushalt an die Hochschulen Jahr für Jahr, von 2010 auf 2011 zum Beispiel um 7 Millionen Euro. Mit den zusätzlichen Mitteln des Hochschulpaktes, der vollen Erstattung der Studiengebühren, dem weiteren Ausgleich von Tarifsteigerungen und der Übernahme von Pensionszahlungen wachsen die Mittel für Hochschulen und insbesondere die Universität um zweistellige Millionenbeträge. Es geht also unter einem SPD-Senat nicht um Kürzungen, sondern darum, wie stark der Etat der Hochschulen wachsen kann. Es kommt nicht darauf an, Klamauk auf der Straße zu machen,

(Jens Kerstan GAL: Wie arrogant nach 100 Tagen!)

sondern eine verantwortungsvolle Finanzplanung für die Hochschulen im Rahmen des Gesamthaushalts vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Aufgabe, der sich alle stellen müssen, auch und gerade die hauptamtlichen höchsten Vertreter der Universität.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Senator Dr. Peter Tschentscher: Frau Heyenn.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Senator, können Sie bitte noch einmal wiederholen, wie hoch die globale Minderausgabe im Haushalt der Universität Hamburg ist?

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Frau Heyenn, wenn man – und das ist auch gerade das Problem, das wir mit bestimmten Vertretern der Hochschulen derzeit haben – mit einer Haushaltssystematik argumentiert, sollte man sie verstehen.

(Beifall bei Gert Kekstadt SPD)

Ich verstehe nicht jedes Problem, das die Hochschulen haben, das sage ich offen dazu. Aber mit den Haushaltssystematiken, insbesondere mit denen, die der Senat beschlossen hat, kenne ich mich aus. Es gibt zwei verschiedene Arten globaler Minderausgaben. Die eine Kategorie sind die, die man von vornherein strukturell erbringen muss, indem man weniger Zuweisungen erhält; diese haben wir nicht beschlossen. Vielmehr gibt es für das Jahr 2012 eine neue globale Minderausgabe, die es erstaunlicherweise für dieses Jahr überhaupt nicht gab, die es aber in allen Haushaltsjahren früher immer gegeben hat, die nachträglich, nach Ablauf des Haushaltsjahres, ausgefüllt wird, indem

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

ein kleiner Teil der aufgelaufenen Restmittel – und die Restmittel der Wissenschaftsbehörde betragen im Jahr 2010 über 170 Millionen Euro – nicht ins folgende Haushaltsjahr übertragen wird. Das ist ein Mechanismus zur Reduzierung der immer weiter ansteigenden Haushaltsreste, die der Rechnungshof kritisiert hat; die sind ein haushaltssystematisches Problem.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wie hoch ist sie denn nun?)

Diese globale Minderausgabe liegt für den gesamten Wissenschaftsetat irgendwo – ich habe es jetzt nicht so ganz genau im Kopf – zwischen 10 und 15 Millionen Euro, in etwa bei 12,8 Millionen Euro. Das ist eine Größenordnung, die man in Relation setzen muss zum Restevolumen – ich nenne jetzt das Beispiel 2010 – von über 170 Millionen Euro, und nur ein Teil davon wird übertragen, etwa 140 Millionen. Daraus wird eine globale Minderausgabe erbracht, die dazu führt, dass die übertragenen Reste reduziert werden, und zwar im Nachgang. Das hat nichts zu tun mit der Kürzung einer Zuweisung, wie sie CDU und GAL jahrelang beschlossen haben

(Dietrich Wersich CDU: Nur in drei und nicht so hoch!)

und wie wir sie ausdrücklich nicht beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Frau Heyenn, vielen Dank für Ihre Zwischenfrage, weil das deutlich macht, dass man über einen solchen Punkt in Ruhe und mit Sorgfalt reden muss, bevor man Pressemitteilungen herausgibt, Briefe schreibt und Dinge behauptet, von denen ich weiß, dass sie nicht wahr sind, weil wir im Senat diese Kürzungen schlicht nicht beschlossen haben. Ich war immer dabei und bei Haushaltsfragen achte ich auf das, was wir beschließen. Wir haben keine Kürzungen für die Universität beschlossen, aber ich will mir dennoch zusätzlich eine kritische Anmerkung erlauben.

Wenn die Universität heute 10 Millionen Euro jährlich mehr für zusätzliches Verwaltungspersonal ausgibt, dann stehen diese Mittel nicht für die Wissenschaft, für Studium, Lehre und Forschung zur Verfügung. Und darüber sollte zwischen der Wissenschaftsbehörde und der Universität dringend geredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber wo wir bei diesem Thema sind: Es gibt tatsächlich eine weitere Position, die nach unserer Einschätzung im Hochschuletat stark wachsen muss, nämlich die Mittel für die bauliche Sanierung. Der Vorgängersenate hat lange Zeit eine Verlagerung der Universität geprüft, viel Geld für Gutachten ausgegeben, sich über diese Schnapsidee heillos zerstritten

(Dora Heyenn DIE LINKE: Stimmt!)

und das Projekt am Ende zu Recht beerdigt. In der Zwischenzeit wurde zur Sanierung der Gebäude nichts unternommen und die Hochschulbauten sind zusehends weiter verfallen. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir keine belastbaren Planungen für die Gebäudesanierungen der Hochschulen vorgefunden. Deshalb müssen wir auch in diesem Bereich den Haushalt Stück für Stück in Ordnung bringen. Und es ist unstrittig, dass diese Investitionen in die Rahmenbedingungen der Wissenschaft erhebliche zusätzliche Mittel erfordern; dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich noch einmal betonen, dass die Haushaltssanierung kein einmaliger Kraftakt ist. Wir werden ab sofort und kontinuierlich mit großer Sparsamkeit planen und handeln müssen. Sparen im öffentlichen Haushalt bedeutet nicht stures Wegstreichen von Ausgaben, sondern das stete Durchdenken und kluge Wahrnehmen der wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Das ist ein anstrengender Prozess und deshalb ist es verständlich, dass einige lieber mit Diskussionen über gesetzliche Regeln zur Schuldenbegrenzung davon ablenken. So wichtig solche Regeln sind, über Erfolg und Misserfolg der Finanzpolitik wird nicht nach Paragraphen entschieden, sondern durch die Steuerung von Behörden, Landesbetrieben und öffentlichen Unternehmen, den Umgang mit plötzlichen Mehrbedarfen und in einer Vielzahl von Einzelentscheidungen, bei denen man immer wieder die Kraft haben muss, die große Linie der Haushaltssanierung auch praktisch zu verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Und die große Linie wird von diesem Senat klar gezogen, es ist der Weg zur Sanierung des Haushalts und zur Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Dies ist ein Weg, an dessen Ziel die Stadt wieder neue Handlungs- und Gestaltungskraft gewinnt für die Zukunftsaufgaben der Metropole Hamburg. Der vorliegende Haushaltsplan-Entwurf ist ein erster, nicht unwichtiger Schritt. Ich wünsche dem Parlament viel Erfolg und gutes Gelingen bei der Beratung des Haushaltsplans 2011/2012. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, die ernstesten Gesichter auf der Senatsbank sind so etwas wie Corporate Identity, die entwickelt wird, um dem, was man vorträgt, ein etwas höheres Gewicht zu geben, was es leider allzu oft nicht hat.

(Roland Heintze)

(Gabi Dobusch SPD: Besser als das Gönnerhafte von vorhin!)

Ich muss persönlich sagen, auch zu dem, was wir zur Bewertung des Haushalts des Vorgängerse-nats gehört haben, Herr Finanzsenator, passt das sehr gut. Dieser Haushalt hatte weitaus mehr Gewicht,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vor allem sind Luftbuchungen gewichtig!)

als Sie hier einräumen wollten, da können sie noch so ernste Gesichter machen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie denn den Rückblick machen, machen wir ihn auch. Wir hatten Ihnen mehrfach gesagt, nehmen Sie doch den Haushalt des alten Senats und arbeiten Sie auf Grundlage dieses Haushalts weiter, damit wir zügig – ich sehe dieses Problem genauso wie Sie, wir können nicht in laufenden Haushaltsjahren beliebig spät Haushalte verabschieden – zu einem Haushalt kommen, und wir brauchen dann etwas mehr Zeit in den Haushaltsberatungen, um Ihre Änderungen einzubauen. Da hieß es von Ihrer Seite, man wolle etwas komplett Neues, etwas Solides, etwas Eigenes machen. Das hat man dann ein bisschen gemacht und irgendwann gemerkt, dass das eigentlich unsinnig ist. Und das verklausulieren Sie jetzt mit den Worten, Sie hätten diesen Haushalt nur als technisch gute Grundlage genommen. Wenn Sie genau in diesen Haushalt schauen, Herr Senator, dann haben Sie 80 Prozent sehr gute technische Grundlagen übernommen und 20 Prozent geändert. So ehrlich sollten wir in dieser Diskussion sein.

(Beifall bei der CDU)

Da dem so ist, greift ein Vorwurf, den Sie gemacht haben, sicherlich nicht für die CDU und auch nicht für die GAL. Sie haben einen Haushalt genommen, der bereits ein Sparhaushalt war, ein Konsolidierungsbeitrag. Diesen Haushalt haben Sie weiter bearbeitet. Sie können uns jetzt nicht vorwerfen, indem Sie diesen Haushalt zur technisch guten Grundlage erklären, dass wir uns vor Spardiskussionen in der Stadt weggeduckt hätten. Das haben wir nicht, sondern wir haben sie sehr offensiv geführt und haben dafür sehr viel Ärger bekommen. Uns jetzt vorzuwerfen, wir würden uns nicht an der Konsolidierung des Haushalts beteiligen, ist unsolidarisch und stimmt auch schlicht nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Allerdings muss man auch an dem, was Sie uns vorgestellt haben, einiges richtigstellen. Der Blick in den Haushalt zeigt, dass wir einen Haushalt haben, der so viele globale Minderausgaben ausweist wie noch nie. Sie können doch nicht behaupten, Sie hätten jetzt konsolidiert und das alles mit Maßnahmen hinterlegt, was der Vorgängerse-nat nicht hinbekommen hätte, haben aber die globalen

Minderausgaben um mindestens 50 Millionen Euro erhöht, wenn nicht sogar um mehr. Das ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, dieser Haushalt hat so viele globale Minderausgaben wie kein Haushalt vor ihm.

(Beifall bei der CDU)

Genau diese globalen Minderausgaben werden eines Ihrer zentralen Probleme werden. Ich glaube nicht, dass Sie die mit einem ernsten Blick in den Griff bekommen. Warum? Diese Minderausgaben bedeuten natürlich, das wussten wir auch, dass in den betroffenen Behörden die Mittel fehlen werden. Ich kann sie Ihnen nennen, sie wurden hier abgefragt und Sie sind geschickt darum herumla-viert, welche denn vorgesehen sind: Hochschule 12,8 Millionen Euro, Schule 29,2 Millionen Euro, Kultur 3,9 Millionen Euro und im Bereich der Innen-behörde 14,7 Millionen Euro. Das ist nur ein Aus-zug Ihrer globalen Minderausgaben, die Sie in den Einzelhaushalten verankert haben, wo Sie uns noch vorgeworfen hätten, das wären Luftbuchungen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der konkreten Hinterlegung dieser Maßnahmen und ich befürchte – ich hoffe es nicht –, Sie werden daran scheitern. Dann sollten Sie aber nicht so ein ernstes Gesicht dazu machen.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing FDP*)

Allerdings hat dieser Haushalt neben der exorbitanten Zahl globaler Minderausgaben ein weiteres Grundproblem: Sie fangen an, Haushaltsplanungen 2010 zugrunde zu legen und das Haushalts-Ist 2010 zu ignorieren. Das ist gefährlich. Wir haben 2010 bereits gezeigt, dass wir mit 700 Millionen Euro weniger Ausgaben im Jahr auskommen. Das Haushalts-Ist 2010 liegt 700 Millionen Euro unter dem, was Sie für Ihre Planungen veranschlagt haben, von denen man jetzt ausgehen müsste, um 0,8 Prozent draufzulegen. Herr Senator, damit verschließen Sie sich einer Realität und das hat wenig mit transparenter Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich glaube aber, dass Sie einen Grund für dieses Verfahren haben, ich möchte es noch nicht Trick nennen. Wenn Sie nicht das Haushalts-Ist des Jahres 2010 zugrunde legen, wo die Stadt schon bewiesen hat, dass sie über alle Fachbehörden mit weniger Geld auskommt, weil das in der Grundveranschlagung ein Krisenhaushalt war, dann haben Sie aber ein Problem, denn dann liegt Ihre wahre Steigerungsrate bei 5 bis 6 Prozent und nicht mehr bei 0,8 Prozent. Damit wäre das erste Wahlversprechen gerissen und den Gefallen wollten Sie den Kritikern Ihres Bürgermeisters nicht tun, das kann ich gut verstehen. Sie haben uns den Gefallen aber getan, indem Sie den Haushalt so aufge-

(Roland Heintze)

stellt haben, wie Sie ihn aufgestellt haben. Sie haben nicht 0,88 Prozent, sondern 5 bis 6 Prozent Steigerungen, und zwar aus dem schlichten Grund, dass Sie das Ist ignorieren und Planzahlen aus 2009 zur Grundlage für Ihre Haushaltspolitik machen. Das ist nicht solide.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Aber es mag vielleicht noch einen anderen Grund geben, warum Sie das so machen. Sie haben gesagt, Sie hätten sich im Wahlkampf mit Wahlversprechen zurückgehalten. Ich komme so ungefähr auf 200 Millionen Euro, also bei Ihnen bedeutet Zurückhaltung eine Summe bis 200 Millionen Euro. Das finde ich schon einen ambitionierten Wert für Zurückhaltung. Allerdings planen Sie durch diesen Trick von vornherein einen strukturellen Sockel von zusätzlichen 500 Millionen Euro ein, die Sie im Jahr verfrühstücken können. Das ist eine gekonnte Leistung. Sagen Sie das doch bitte offen, aber mit Transparenz hat das nichts zu tun, so wie Sie das hier verklausulieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wenn Sie jetzt sagen, wir lösen für 200 Millionen Euro den Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau ab, dann sind wir noch bei Ihnen. Wir sehen auch, dass wir natürlich irgendwann den Hamburger Versorgungsfonds rekapitalisieren müssen. Aber Ihre Aussage, er sei derzeit nicht kapitalisiert, ist falsch. Der Versorgungsfonds ist bis 2014 zahlungsfähig, dafür hat die schwarz-grüne Regierung noch gesorgt. Das müsste hier nicht mit aufgenommen werden. Wenn Sie das aber dennoch machen, dann habe ich eine Bitte und ich bin gespannt, was Sie uns nach der Sommerpause vorlegen: Dann müssten Sie diese Ausgaben zur Rekapitalisierung des Versorgungsfonds, die sich insgesamt über drei Jahre hinziehen, plus Ablösung des Kredits bei der Kreditanstalt wieder aus Ihrer mittelfristigen Finanzplanung herausrechnen und ab 2013 mit mindestens 400 Millionen Euro weniger auskommen. Wir werden sehr genau darauf achten, ob Sie das machen, ansonsten ist das ein Haushaltstrick, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wenn wir uns dann die Details dieses Haushaltsplans anschauen, finden wir einen Punkt, der aufhorchen lässt. Da wurde gerade der Hochschule vorgeworfen, man komme doch mit viel weniger Verwaltungspersonal aus. Dem würde ich mich ohne Diskussion anschließen und sagen, da ist eine Steuerreserve drin. Jetzt müssen Sie mir aber erklären, warum Sie den Titel für die zentralen Personalausgaben um 50 Millionen Euro höher veranschlagen, als er bisher veranschlagt war. Ich weiß nicht, ob Sie jetzt mehr Mitarbeiter zum Steuern

brauchen, um den anderen zu zeigen, wo sie weniger Mitarbeiter brauchen, oder was hierfür die Begründung ist. 50 Millionen Euro mehr für Personal an zentraler Stelle, das hat wenig mit "pay as you go" zu tun und überhaupt nichts mit dem Vorwurf, den Sie gerade an die Hochschulen gerichtet haben. Ich würde vorschlagen, im eigenen Haus anzufangen, Steuerreserven zu realisieren; da ist auch viel Potenzial drin, da bin ich sehr sicher.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das gleiche Spiel sehen wir bei den Bezirken. Da werden auf einmal die Investitionsmittel heruntergefahren und die Verwaltungskosten hochgefahren. Herr Senator, auch hier frage ich mich, wieso denn die Hochschule mit weniger Verwaltung auskommen soll, wenn Sie den Bezirken zentral mehr zukommen lassen wollen. Dafür wollen Sie nicht mehr in den Bezirken investieren, das ist auch in Ordnung. Allerdings müssen Sie dies dann ehrlich sagen und nicht anderen die Vorwürfe machen, die Sie selber nicht einhalten können.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir weitere Wahlversprechen; dazu gehörte auch der Erhalt der Straßen. Jetzt sehen wir uns einmal an, was da eigentlich passiert. Es ist in der Tat so, dass die Mittel für den Straßenerhalt steigen. Das ist richtig, aber das Problem ist, dass der Sanierungsfonds für den Straßenerhalt um fast die gleiche Höhe abgesenkt wird. Das hätten Sie Ihren Vorgängern zu Recht nicht durchgehen lassen, da hätten Sie von Taschenspielertricks gesprochen. Das mache ich jetzt bewusst nicht, denn vielleicht ist Ihnen das nur durchgerutscht. Wir empfehlen sehr, da noch einmal hinzusehen. Da scheinen Sie ein zentrales Wahlversprechen nicht einhalten zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Einen weiteren Punkt finde ich jetzt schwierig: Der Bürgermeister hat zu Recht gesagt, die Schuldenbremse sei wichtig für die politische Kultur in Deutschland. Sie haben gesagt, Konsolidieren sei eine große Verantwortung, die auf uns allen liege. Da stimme ich Ihnen auch zu, da sind wir dabei. Nehmen Sie das Angebot an, Herr Senator. Wir werden uns in der Diskussion zur Schuldenbremse nicht wegducken und ich glaube, das, was Schwarz-Grün ursprünglich für 2011 und 2012 als Haushalt vorgelegt hat, war auch schon ein erster Beitrag dazu. Dass Sie jetzt allerdings sagen, wir nehmen mehr Kredite auf als nötig und lassen uns eine Kreditermächtigung über 650 Millionen Euro geben, obwohl wir noch gültige Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2010 haben, die noch gar nicht ausgeschöpft und noch zwei Jahre gültig sind, hört sich ein bisschen so an, als ob wir uns ein kreditfinanziertes Sparpölsterchen anlegen. Und wenn ich das richtig im Ohr habe, war es das, was Sie ei-

(Roland Heintze)

gentlich genau nicht tun wollten. Ich glaube, Herr Senator, da werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Unsere Vorstellung wäre, gemeinsam zu prüfen, was wir unter Einbeziehung der Rücklagen – da gebe ich Ihnen recht – wirklich an neuen Krediten brauchen dann sehr genau zu schauen, wo wir das vielleicht im Kernhaushalt noch sinnvoll absenken können. Denn nur, wenn Sie die Kreditneuaufnahme vernünftig absenken und sich nicht jetzt schon die Ermächtigung für was auch immer holen – so richtig erklärt ist es nicht –, sind wir in einem Prozess verantwortungsvollen Konsolidierens und Sparens. Da stehen wir an Ihrer Seite. Das können wir allerdings in diesem Haushaltsplan-Entwurf in großen Teilen noch nicht erkennen. Wir werden das aber in der Diskussion in den Ausschüssen weiterverfolgen.

Wir haben also eine große rhetorische Kulisse, die durch den Bürgermeister heute noch einmal verstärkt wurde durch die Begriffe Schuldenbremse, politische Kultur, Konsolidieren, große Verantwortung. Da muss ich persönlich sagen, mit dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, vergeben Sie sich in der Tat jede Chance, die Schuldenbremse vor 2020 zu erreichen. Dann würde ich aber darum bitten, auf Rhetorik, die davon ablenken soll, schlicht zu verzichten, eine sachliche Debatte zu führen und zu sagen, die Schuldenbremse wollen wir nicht früher. DIE LINKE macht das sehr konsequent, die will sie nämlich am Ende des Tages gar nicht. Wir sagen, es geht früher, Niedersachsen hat jetzt ein Gesetz vorgelegt und steigt 2017 ein. Das wäre für uns klare und wahre Haushaltspolitik, das wäre für uns gutes Regieren. Dieser Haushalt wäre eine tolle Chance gewesen, das abzubilden. Wir haben noch die Möglichkeit, das zu korrigieren, wir werden lange Haushaltsberatungen haben. So wie ich Sie kenne, werden die auch sehr konstruktiv sein. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, diesen Teil Ihrer Wahlversprechen einzulösen und Ihre Rhetorik, was die Schuldenbremse und die Konsolidierung betrifft, dann auch mit Taten zu hinterlegen. Jetzt muss die Fraktion der SPD entscheiden, ob sie dem mit ihren Stimmen im Parlament folgt oder nicht. Wir werden unsere Hausaufgaben als Opposition an dieser Stelle machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war ein sehr aufgeregter Debattenbeitrag, Herr Heintze. Aber das lag vielleicht auch ein Stück weit daran, dass Sie in der Situation waren, den Haushalt auch noch verteidigen zu wollen, denn so fingen Sie doch an. Das ist für eine Oppositionsfraktion schon eine merkwürdige Rolle. Aber Sie sind natürlich auch in einer schwie-

rigen Lage, weil Sie darum bemüht sind, in der Haushaltspolitik Glaubwürdigkeit zu bewahren. Und angesichts der Finanz- und Haushaltspolitik, die Ihre Senate in den letzten Jahren gemacht haben, ist das schon verdammt schwer.

(Beifall bei der SPD)

Aber keine Sorge, ich will diese Debatte nicht nutzen, um eine Generalabrechnung mit der Haushaltspolitik der CDU in den letzten neun Jahren vorzunehmen. Dafür gäbe es ausreichend Anlass, doch das ist gar nicht meine Absicht. Viel treffender, als ich es vermag, hat dies vor ziemlich genau einem Jahr Ole von Beust getan, als er erst öffentlich seine Finanzsensoren Peiner und Freytag kritisierte und dann in seiner Regierungserklärung am 16. Juni 2010 unter anderem ausführte – ich zitiere –:

"Wir müssen jetzt vorsorgen und die Redlichkeit aufbringen, uns nichts schönzurechnen und zu hoffen, es werde schon gut gehen."

Und:

"Was man gerne hätte, mag zwar wunderbar, kreativ und toll sein, kann allerdings kein Maßstab mehr sein."

Und wir erinnern uns vor allem an einen Spruch:

"Wünsch Dir was, das ist vorbei."

Heute wissen wir, dass der schwarz-grüne Senat nicht mehr die Kraft hatte, die späte Einsicht von Herrn von Beust zu beherzigen. Der Haushaltsplan-Entwurf vom November schrieb die Mahnung in den Wind; das ist schade. Zum Schaden für die Stadt wurde es zum Glück nicht, denn die Kraft, nicht per se schlechte, aber eben nicht finanzierbare oder nachrangige Projekte aufzugeben, bringt jetzt der neue Senat auf.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Verbesserungen für Bildung und Kita werden auch durch den Verzicht auf eine Straßenbahn, zusätzliche Kreisverkehre und Shared Space finanziert.

Klarheit, Vernunft, Verantwortung, diese drei Schlagworte haben die Aussagen unseres Wahlkampfes auf den Punkt gebracht und die Hamburgerinnen und Hamburger überzeugt von einem Wechsel zu einem SPD-Senat und davon, Olaf Scholz als Ersten Bürgermeister zu wählen. Klarheit, Vernunft, Verantwortung, diese drei Worte beschreiben aber auch, wie sich unsere Haushaltspolitik von der der CDU-Senate unterscheidet.

Erstens: Klarheit. Um zügig nach der Wahl einen Haushaltsplan vorlegen zu können, basiert dieser Etatentwurf noch weitgehend auf dem von CDU und GAL hinterlassenen Planwerk. An den Stellen aber, an denen der Vorgängersenate gesetzliche

(Jan Quast)

Leistungen zu niedrig veranschlagt hat, an denen er schon mit Erfolgen aus Bundesratsinitiativen geplant hat, die er nie gestartet hat, und an denen er Einnahmen verbucht hat, die nicht realistisch sind wie beispielsweise bei der Blaulichtsteuer, haben wir für Klarheit gesorgt.

(Beifall bei der SPD)

Für das Haushaltsjahr 2011 mussten dazu Positionen – Luftbuchungen – korrigiert werden, die sich auf Mehrbelastungen von über 190 Millionen Euro summieren. Für 2012 betrug der Korrekturbedarf sogar schon fast 290 Millionen Euro. Das war Ihre Haushaltspolitik, meine Damen und Herren von der CDU und von der GAL.

Zweitens: Vernunft. Wir haben den Hamburgerinnen und Hamburgern konkrete Maßnahmen versprochen, Sie haben davon gehört. Wir machen die Kita-Gebührenerhöhung von Schwarz-Grün rückgängig und investieren dafür im Doppelhaushalt 65 Millionen Euro. Wir bauen die Ganztagschulen aus und investieren dafür zusätzlich 5 Millionen Euro aus dem Hamburger Haushalt. Wir erhöhen die Sicherheit in Bussen und Bahnen und investieren dafür zusätzlich 4 Millionen Euro und wir statten den Kulturretat besser aus und geben dafür im Doppelhaushalt 9,5 Millionen Euro mehr aus – versprochen und gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir finanzieren diese Verbesserungen aber nicht auf Pump durch neue Kredite. Bei einem Haushalt mit einem strukturellen Defizit von 1 Milliarde Euro gebietet dies die Vernunft. Für uns gilt das Prinzip "pay as you go", wir finanzieren neue Vorhaben, indem wir andere sein lassen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Verantwortung. In der Vergangenheit, nicht nur in den letzten neun Jahren, war Politik stets geneigt, konjunkturbedingt zusätzliche, aber eben tatsächlich nur temporäre Mehreinnahmen für dauerhafte Ausgabenverpflichtungen zu verwenden. So wurde der Haushalt in guten Jahren ruiniert. Die Jahre 2007 und 2008 zeugen besonders davon. Verantwortliche Politik heißt aber, Ausgabendisziplin zu halten. Deshalb werden wir die im Mai prognostizierten Steuermehreinnahmen eben nicht für neue und dauerhafte Ausgaben einsetzen, sondern dazu verwenden, einen teuren Kredit des Bundes von 205 Millionen Euro zurückzuführen und dem Hamburgischen Versorgungsfonds in den kommenden Jahren mit 710 Millionen Euro die Mittel zu geben, um die Altersversorgung für die Pensionäre öffentlicher Unternehmen sicherzustellen und um die Nettokreditaufnahme im Doppelhaushalt um 173 Millionen Euro zu reduzieren. Das ist verantwortliches Haushalten.

(Beifall bei der SPD)

Was wir mit dem Hamburgischen Versorgungsfonds machen, ist auch ein Beitrag zu mehr Transparenz im Haushalt, ein Wort, das der Ex-Senator Freytag gern im Mund führte, der aber gleichzeitig auch die Risiken in Schattenhaushalten verlagert hat, um sich seinen Kernhaushalt schönzurechnen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen eine ehrliche Darstellung der Haushaltslage, wir schaffen Transparenz, wo Sie nur davon geredet haben. Das Märchen, Herr Heintze, das Sie eben konstruieren wollten von dem kreditfinanzierten Sparpölsterchen, das Sie uns unterstellen wollen, ist doch genau die Erfahrung, die Sie gemacht haben, als Ihr Senator Freytag – war es 2007 oder 2008 – angeblich 1 Million Euro an Schulden getilgt hat und in Wirklichkeit seine kreditfinanzierten Sparpölsterchen, wie Sie sie nennen, aus dem Vorjahr genutzt hat, um den Haushalt überhaupt auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*:
Richtig! So war das!)

Meine Damen und Herren! Wir haben den Hamburgern auch versprochen, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Wir wollen ihn fit machen für die Schuldenbremse und damit die Last mildern, die Sie und unsere Vorgänger nachfolgenden Generationen aufgeladen haben. Wir wollen Handlungsspielräume zurückgewinnen. Der Haushalt hat in der traditionellen Betrachtung 2011 ein Volumen von 11,75 Milliarden Euro und im kommenden Jahr von fast 12 Milliarden Euro. Das ist viel, aber ein erheblicher Teil davon ist gebunden, in den letzten Jahren ein Drittel für Personalausgaben und Pensionen, fast ein Viertel für gesetzliche Leistungen und fast ein Zehntel für Zinszahlungen. Alle drei Positionen betreffen Felder, bei denen wir in den kommenden Jahren mit weiteren Steigerungen rechnen müssen. Deshalb führt kein Weg an der Sanierung des Hamburger Haushalts vorbei.

Die Menschen haben die Diskussionen der letzten Wochen verfolgt und wissen, dass es uns damit sehr ernst ist. Und sie verstehen, dass alle ihren Teil dazu beitragen müssen. Diejenigen, die Verantwortung in Politik und Verwaltung tragen, müssen sich Gedanken darüber machen, wie Verwaltung noch effizienter für die Bürgerinnen und Bürger und noch effektiver in der Durchführung gestalten kann, wie teure Doppelstrukturen abgebaut und wie bürgernahe Dienstleistungen gestärkt werden können. Das ist der SPD-Fraktion wichtig. Aber genau darum geht es, wenn Sie jetzt schon wieder den Bezirken vorhalten, dass dort Mittel sind, dann sind das doch genau die Bereiche, in denen die Bürger spüren, wie gut oder wie schlecht Verwaltung funktioniert, und diese Bereiche gehören gestärkt, Herr Heintze, aber Sie wollen hier schon wieder kürzen.

(Jan Quast)

(Beifall bei der SPD)

Niemand, der für unsere Stadt in leitender Funktion tätig ist, darf sich vor diesen Aufgaben drücken, egal ob Amtsleiter oder Universitätspräsident. Auch an der Universität gab es Personalzuwachs, das ist hier alles dargelegt worden, vor allem in der Verwaltung. Zudem wächst dort immer mehr Liquidität auf. Über 80 Millionen Euro an ungenutzten Zuwendungen der Stadt, 30 Millionen Euro an Studiengebühren und über 60 Millionen Euro an unverbrauchten Drittmitteln haben die Hochschulen auf der hohen Kante. Bei einer jährlichen Zuführung an die Hochschulen von 530 Millionen Euro, übrigens mehr als vorher, sind dies erhebliche Anteile, die nicht abfließen. Genau darüber werden wir aber reden müssen, denn wir sind den Bürgern, die sich getäuscht fühlen müssen von dem, was sie von den Hochschulen gehört haben, auch Rechenschaft darüber schuldig, wie die Mittel, die wir zum Teil kreditfinanziert aufnehmen müssen, ordentlich eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das Wort von Peter Struck zitieren, dass kein Gesetz das Parlament so verlässt, wie es eingebracht wird.

(Thomas Völsch SPD: Sehr gut!)

Das wird auch für dieses Etatgesetz gelten. Die SPD-Fraktion wird sich in den nächsten Monaten intensiv mit dem Haushaltsplan auseinandersetzen und prüfen, wo weitere Nachbesserungen an dem schwarz-grünen Entwurf unvermeidlich sind, Herr Kerstan.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Eines ist aber sicher, für uns gilt das Leitmotiv "pay as you go", keine kostenwirksame Änderung ohne Deckungsvorschlag. So haben wir es schon in der Opposition gehalten und so werden wir es erst recht auch künftig tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir müssen und wir werden den von uns eingeschlagenen Weg eines soliden Haushalts konsequent weitergehen. Dieser Weg führt über eine Wahlperiode weit hinaus und wie bei einer Schulreform gibt es auch bei der Konsolidierung keinen nachhaltigen Erfolg ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz. Es geht nicht darum, mit Freude Einschnitte zu akzeptieren; wo es dazu kommen sollte, dürfen und müssen die mitdiskutieren, die es betrifft, und im Zweifel müssen wir es auch strittig diskutieren. Es geht darum, dass man nicht ständig die Haushaltslage beklagen kann, nicht noch größere Konsolidierungsanstrengungen und einen noch früheren Ausgleich des Haushalts fordern kann und sich dann der Frage, wo gespart werden soll, versperrt. In diesem Sinne werden wir die Haushaltsberatungen nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In dieser Debatte geht es darum zu beurteilen, wie die Haushaltspolitik des neuen Scholz-Senats zu werten ist. Dessen Haushaltsplan-Entwurf hat eine ganze Menge damit zu tun, wie der Vorgängerentwurf aussah. Es ist naheliegend, dass wir diesen zum Vergleich heranziehen, und da kann man erstens einmal feststellen, dass es eine Hauptänderung gibt. Diese besteht darin, dass sich die Einnahmeseite dramatisch verbessert hat. Es gibt 673 Millionen Euro Steuermehreinnahmen dieses Jahr und 689 Millionen Euro Steuermehreinnahmen im Jahr 2012. Das bedeutet, dass wir auf der steuerlichen Seite eine deutliche Entlastung haben. Das ist gut, das ist auch ein bisschen Fortune für den neuen Senat und es gibt durch die Konjunkturerholung zusätzlich den Effekt, dass pro Jahr noch 160 bis 170 Millionen Euro Zinseinsparungen anfallen. Das heißt, in der Summe gibt es eine Haushaltserleichterung seit dem September 2010 von gut 850 Millionen Euro pro Jahr. Ich erwähne das hier, weil das schon eine gravierende Änderung ist, die man nicht einfach übergehen kann, und ich komme darauf auch noch zurück.

Die SPD hat uns in den letzten Wochen häufiger zum Vorwurf gemacht, sie hätte Luftbuchungen im Haushalt vorgefunden. Ich will dazu auch ganz kurz Stellung nehmen. Es ist richtig, dass Anpassungen bei den gesetzlichen Leistungen notwendig sind. Wir sind jetzt auch im Verlauf des Haushaltsjahres 2011 fortgeschritten und erkennen einiges besser. Die Summe dieser auszugleichenden Buchungen beträgt für beide Jahre 400 Millionen Euro und sie können durch die geringeren Zinsausgaben und die üppigen Rückstellungen, die der Vorgängersenat gebildet hat – dieser Ausdruck "üppige Rückstellungen durch den Vorgängersenat" ist die Ausdrucksform der jetzigen Senatsvertreter vor einigen Tagen im Haushaltsausschuss –, aufgefangen werden. Das bedeutet, Sie müssen den Doppelhaushalt um 400 Millionen Euro anpassen und Sie haben 1,7 Milliarden Euro Haushalts erleichterungen dafür zur Verfügung. Das führe ich nur einmal an, um aufzuzeigen, wie die Rahmenbedingungen sich deutlich verbessert haben. Im Interesse der Schuldensituation Hamburgs ist das natürlich erfreulich, aber es zeigt eben auch, dass im Moment die Zeiten da auch Gestaltungsmöglichkeiten lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Daran kann man die Qualität der Haushaltspolitik des Senats natürlich noch nicht bemessen, da

(Anja Hajduk)

müssen wir dann schon gucken, was der Senat eigentlich mit den Steuermehreinnahmen macht. Herr Tschentscher, Sie haben die Unterstützung der GAL-Fraktion in dem Punkt, dass Sie die Steuermehreinnahmen nicht für zusätzliche Ausgaben verwenden, und das ist bei deren Höhe auch beachtlich. Sie haben uns mit der Drucksache 20/591 jetzt vorgelegt, wie Sie mit den Steuermehreinnahmen umgehen wollen. Sie machen deutlich, dass Sie im Jahr 2011 ein Wohnungsbaudarlehen von über 200 Millionen Euro beim Bund tilgen wollen und dass Sie sowohl im Jahr 2011 als auch 2012 den Versorgungsfonds rekapitalisieren wollen. Das sind ganz eindeutig Konsolidierungsmaßnahmen und die Steuermehreinnahmen im Jahr 2011/2012 werden da entsprechend verwendet.

Faktisch ist aber diese Verwendung der Steuermehreinnahmen – jetzt wird es interessant – eine Ausweitung des Haushaltsvolumens von 400 Millionen Euro pro Jahr. Das schreiben Sie in Ihrer Drucksache selbst. Sie geben im Vergleich zum schwarz-grünen Senat 400 Millionen Euro mehr aus. Das ist natürlich nicht alternativlos und man muss noch einmal darüber nachdenken, was das denn in Zukunft bedeutet. Wenn Sie das im Jahr 2011/2012 für die Rekapitalisierung eines Versorgungsfonds einsetzen, ist das eine nachhaltige Lösung.

Jetzt entsteht aber folgende Frage: Wenn Sie den Haushalt im Jahr 2011/2012 um 400 Millionen Euro ausweiten, dann möchte ich in der Folge nicht, dass dies dann für den Haushalt 2013/2014 ein 300 Millionen Euro schweres Polster für weitere Zusatzausgaben ist, die die SPD tätigen will. Wenn also die Konsolidierung – Steuermehreinnahmen werden nicht für zusätzliche Ausgaben verwendet – ernst gemeint ist und auch in Zukunft ernst gemeint ist, dann muss der Haushalt 2013/2014 um 300 Millionen Euro geringer ausfallen.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei *Robert Bläsing FDP*)

Ich müsste darüber nicht spekulieren, ob das so ist oder nicht, wenn wir eine aktualisierte Finanzplanung hätten. Aber Sie haben zugesagt, dass wir diese im zweiten Halbjahr bekommen. Ich möchte Ihnen nur ganz deutlich sagen, wenn das jemand noch nicht verstanden hat, dass es nämlich auch eine Alternative zu diesem Haushaltsplan und zu der Verwendung der Steuermehreinnahmen gibt. Ich sage hier für die GAL-Fraktion: Im Jahr 2011 finden wir die Ablösung des Wohnungsbaukreditdarlehens richtig. Das ist eine eindeutig gute Zinsersparnis, das haben Sie dargelegt. Wir möchten auch beginnen, den Versorgungsfonds zu rekapitalisieren, deswegen würde ich hinsichtlich der Steuermehreinnahmenverwendung im Jahr 2011 keine Kritik anbringen. Aber wir als GAL glauben, dass es besser wäre, die Rekapitalisierung des

Versorgungsfonds auf die nächsten drei bis vier Jahre zu strecken. Dessen Verpflichtungen zur Auszahlung sind bis 2014 gedeckt, das haben wir schon im letzten Herbst entschieden. Die Absicherung des Versorgungsfonds ist bis 2030 notwendig. Ich erwähne das nur, um zu verdeutlichen, dass die Streckung der Rekapitalisierung bis zum Jahr 2015/2016 gut möglich wäre, und das würde uns dann ermöglichen, im Jahr 2012 die Nettokreditaufnahme fast zu halbieren. Ich sage das zu Herrn Rose, weil das gar kein strengerer Sparkurs ist, sondern die Möglichkeit, die wir haben, wenn wir die Steuermehreinnahmen alternativ verwenden.

(Beifall bei der GAL und bei *Christoph de Vries* und *Dietrich Wersich*, beide CDU)

Wenn wir die Nettokreditaufnahme um diese 300 Millionen Euro im Jahr 2012 senken, dann sparen wir noch mehr Zinsen ein. Wir glauben, dass diese in Höhe von 12 bis 13 Millionen Euro im Hochschulbereich gut angelegt wären, und wir bedauern die Verhärtung, die der Senat in der Diskussion mit den Hochschulen in dieser Stadt heute wieder unter Beweis gestellt hat.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der FDP)

Man kann mit einer genauso konsequenten Konsolidierung einen zweistelligen Millionenbetrag für die Hochschulen gewinnen und halbiert dabei die Nettoneuverschuldung. Ich erwarte von der SPD-Fraktion, dass sie ernsthaft erwägt, ob dieser Kurs nicht besser ist als ihr eigener.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vorletzter Punkt: Die Halbierung der Nettoneuverschuldung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts auf ungefähr 300 bis 350 Millionen Euro gibt uns auch mehr Sicherheit, bis zum Ende des Jahrzehnts diesen Haushalt wirklich in Bezug auf die Neuverschuldung schuldenfrei zu machen. Wir haben jetzt sehr gute Zeiten. Der Kurs, den der SPD-Senat im Moment vorschlägt, suggeriert nur einen geringeren Neuverschuldungsabbau, bei dem man den Eindruck gewinnen muss, dass in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts der Konsolidierungskurs noch einmal verschärft werden muss. Das ist nicht zu rechtfertigen angesichts der guten Situation, die wir jetzt haben.

Ich möchte mit folgender Forderung von grüner Seite aus schließen: Es geht uns nicht um einen strengerer Sparkurs, sondern es geht uns um einen konsequenten Sparkurs, und wir sehen die große Chance, eine stärkere Verringerung der Neuverschuldung mit einer besseren Finanzierung der Wissenschaft zu verbinden. Das war noch nicht das letzte Wort zu diesem Haushalt, aber das ist der richtige Aufschlag und dem sollten Sie sich schon einmal annähern. – Herzlichen Dank.

(Anja Hajduk)

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein ordentlich regierender Senat hätte die ersten 100 Tage genutzt, um eine Politik der nachhaltigen Konsolidierung und Entschuldung zu formulieren und mit einer ersten aussagekräftigen Finanzplanung ein Konzept dafür vorzulegen. Was Finanzsenator Tschentscher heute einbringt, ist das Gegenteil davon.

(Beifall bei der FDP)

Der vorliegende Entwurf ist unvollständig. Es gibt noch keine mittelfristige Finanzrahmenplanung, zahlreiche Ergänzungsdrucksachen sind angekündigt, liegen aber nicht vor und gleichzeitig beantragt der Senat weitere Vorabzustimmungen zu Bepackungen.

(Beifall bei der FDP)

Die Einbringungsdrucksache des Senats liest sich wie das Entschuldungsschreiben eines Schülers, der zwar genau weiß, welche Schularbeiten er zu machen hat, allein es fehlte an Konzentration und Disziplin, um die Aufgaben zu lösen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Parlament, das Wert darauf legt, ernst genommen zu werden, darf so ein Stückwerk keinesfalls akzeptieren. Gerade am Anfang einer Legislaturperiode ist dies eine Frage des Umgangs zwischen den Verfassungsorganen und geht deshalb alle Fraktionen und den Senat an.

Der Inhalt Ihres unvollständigen Entwurfs, Herr Tschentscher, ist dürftig. Ihr Haushaltsplan-Entwurf besteht im Wesentlichen aus dem abgestandenen schwarz-grünen Wein in einem rundum erneuerten roten Schlauch.

(Beifall bei der FDP)

Eine durchgreifende Umsteuerung ist nicht erkennbar, die vorgestellten Maßnahmen sind Kosmetik und Ihre Wähler werden mit ein paar Wahlgeschenken beruhigt, ohne dass die dauerhafte Finanzierung geklärt ist. Das ist nicht "pay as you go". Im Übrigen besteht Ihre Politik aus Ankündigungen, die den Verdacht nähren, dass wesentliche Sparmaßnahmen auf die lange Bank geschoben werden sollen. Ein Beispiel: Ihr leidenschaftsloses Bekenntnis zum Verschuldungsverbot ab 2020 lässt jeden Ehrgeiz vermissen, dass das Hamburger Gemeinwesen in Deutschland eine Vorbildfunktion beim Schuldenabbau übernehmen könnte. Sie unternehmen keine ambitionierten Schritte zur Entschuldung der Stadt. Dazu fehlt Ihnen innerparteilich die Durchsetzungskraft. Sie

müssen mit jeder kleinen Gruppe in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei den Minimalkonsens suchen.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast SPD:* Wir haben eine große Fraktion von 62 Personen!)

Ein weiteres Beispiel ist die angekündigte Rückführung der Verschuldung aus dem Konjunkturprogramm in den Haushalt und die damit verbundene verzögerte Tilgung. Sie wollen sich Luft in der noch vorliegenden Finanzplanung schaffen, um in dieser Wahlperiode einige Ihrer Wahlversprechen zu finanzieren. So glauben Sie, Ihre Wahlchancen bei der nächsten Bürgerschaftswahl zu verbessern. Das ist Parteitaktik, finanzpolitisch ist es aber eine Sünde.

(Beifall bei der FDP)

Die Aufnahme zusätzlicher Schulden für ein Konjunkturprogramm war mit der Auflage verbunden, bei anlaufender Konjunktur diese Schulden schnellstmöglich – also jetzt – zurückzuzahlen. Sie betonen in Ihrem Entwurf, das Ausgabenwachstum auf jährlich 1 Prozent begrenzen zu wollen. Diese Ansage ist finanzpolitisch geboten und wird von der FDP geteilt. Aber Ihr Entwurf verrät der Bürgerschaft mangels einer mittelfristigen Finanzplanung nicht, wie der Senat diese Begrenzung durchhalten will. Mit dem vorgelegten Stückwerk werden Sie das Ziel nicht schaffen. Schon jetzt ist nämlich erkennbar, dass dieses Ziel durch Tarifrissen und Preissteigerungen zum Beispiel auf den Kapitalmärkten und im Energiesektor stark gefährdet ist. Rechnerisch erreichen Sie Ihre 1-Prozent-Marke, indem Sie zentral veranschlagte Vorsorgepositionen in der allgemeinen Finanzverwaltung kürzen, aber gleichzeitig die globalen Minderausgaben fortzuschreiben. Dieser Weg ist risikoreich und wird sicherlich in der Generaldebatte im Haushaltsausschuss zu erörtern sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Finanzbehörde auffordern, der Bürgerschaft zu diesem Thema nachvollziehbare Übersichten vorzulegen. Ihre Ausführungen in der Einbringungsdrucksache sind inhaltlich unklar und nicht vom Willen zur Transparenz geprägt.

(Beifall bei der FDP)

Ein Kardinalfehler der SPD-Politik ist die weitgehende Akzeptanz der schwarz-grünen Stellenwirtschaft. Jährlich sollen kümmerliche 250 Stellen eingespart werden, aber es gibt nicht einmal dafür eine Umsetzungsstrategie außer einer verschärften Minderausgabe.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast SPD:* Machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

Die Finanzbehörde hat durch das Scheitern der Senatoren Freytag und Frigge ihre Rolle als Sparmeister unter Schwarz-Grün verloren. Wir können nicht erkennen, dass Herr Tschentscher sie zu

(Katja Suding)

rückgewinnen will. Die SPD setzt außerdem die falschen Signale. Sie schaffen eine zusätzliche Behörde, anstatt die Verwaltung zu verschlanken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hatten wir vorhin schon!)

Jetzt wollen Sie sich noch einen zusätzlichen Staatsrat bewilligen und machen noch nicht einmal dafür einen kostendeckenden Finanzierungsvorschlag.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Dirk Kienscherf SPD: Das steht doch alles im Haushalt drin!)

Mit einem Satz: Die SPD regiert teurer, aber nicht ordentlicher.

(Beifall bei der FDP)

Bei zwei Ihrer wichtigsten politischen Einzelmaßnahmen verstoßen Sie gegen Ihr eigenes Prinzip des "pay as you go".

Erstens: Sie wollen die schwarz-grünen Beitragserhöhungen im Kita-Bereich zurücknehmen. Das finden wir richtig, doch dafür benennen Sie keine dauerhafte Gegenfinanzierung. Der Verzicht auf einmalige Vorhaben wie etwa der Verzicht auf Kreisverkehre oder Shared Space kann eine langfristige Finanzierung nicht tragen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Sie entziehen den Hochschulen durch das angekündigte Verbot von Studiengebühren die notwendigen Mittel, die für die Verbesserung der Lehre vorgesehen sind. Eine Gegenfinanzierung durch eine angekündigte Kompensation ist auch nicht erkennbar.

(Jan Quast SPD: Zurzeit liegt das alles auf der hohen Kante!)

Damit verschärfen Sie das Elend an den Universitäten. Eine vermeintliche soziale Wohltat ist Ihnen wichtiger als der Bildungserfolg unserer Studenten und das Ansehen unserer Hochschule im internationalen Wettbewerb. Diese Politik schadet dem Wissenschaftsstandort Hamburg und diese Politik hat uns als Gegner.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP begrüßt ausdrücklich die Rücknahme der Kürzungen im Kulturbereich, wenn der Senat uns denn nachweist, wie er sie dauerhaft absichern will. Allerdings bewirkt mehr Geld alleine noch keine bessere Kulturpolitik. Wir werden bei der Beratung des Einzelplans der Kulturbehörde die Konzepte hinterfragen und einfordern, dass die Kulturinstitutionen mehr Freiheit und Verantwortung erhalten.

Meine Damen und Herren! Die FDP fordert im Unterschied zur gescheiterten schwarz-grünen Politik der Vergangenheit und auch im Unterschied zur

aktuellen SPD-Politik eine grundsätzliche Wende in der Haushaltspolitik. Die laufenden Ausgaben sind auf Dauer zurückzufahren, hingegen sind die Investitionen für die Zukunftssicherung unserer Stadt auf hohem Niveau fortzuführen. Der Senat ist gefordert, das in einer Finanzplanung darzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Durchgängige Aufgabenkritik in allen Fachbehörden und Bezirksämtern steht jetzt aus liberaler Sicht auf der Tagesordnung. Alle staatlichen Leistungen, Subventionen und Zuwendungen gehören auf den Prüfstand und es darf dabei keine Denkverbote geben. Hier vermissen wir klare Signale des Senats.

(Beifall bei der FDP)

Doch das alleine wird nicht reichen. Um den Haushalt zu konsolidieren, muss der Senat auch auf Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg setzen. Hier vermisst die FDP eine deutliche Schwerpunktsetzung: die Sicherung des Hafens als Motor der Metropolregion durch eine zügig betriebene Fahrrinnenanpassung und den Ausbau der Hinterlandanbindungen, die Entlastung insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch weniger Bürokratie und Behördenwirrwarr und vor allem ein entschiedenes Entgegenwirken beim drohenden Fachkräftemangel.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Aus Sicht der FDP gehören alle Beteiligungen der Stadt an öffentlichen Unternehmen auf den Prüfstand. Nicht benötigte Beteiligungen sind zu veräußern und die Erlöse ausnahmslos für die Entschuldung der Stadt zu verwenden.

(Jan Quast SPD: Wollen Sie die SAGA jetzt verkaufen? Das hatten wir doch schon mit Herrn Vogel, das ist alles geklärt!)

Bisher tut der Senat das Gegenteil. Ordnungspolitisch zweifelhafte Unternehmungen wie HAMBURG ENERGIE sowie die selbst unter namhaften Sozialdemokraten umstrittene Minderheitsbeteiligung an den Energienetzen stehen weiterhin im Regierungsprogramm.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss ein Thema, das uns ernste Sorgen bereitet und in diesem Zusammenhang wichtig ist. Die Ablösung der Kameralistik durch die Doppik sowie die Modernisierung der Haushaltsplanung im Rahmen des neuen Hamburger Haushaltswesen geraten ins Stocken. Die Finanzbehörde beklagt das, tut aber nichts, um den schwerfälligen Prozess voranzubringen. Hamburg hatte in den letzten acht Jahren die Vorreiterfunktion in diesem Prozess. Wir sind dabei, diese zu verlieren, weil es dem Senat an Mut fehlt, das

(Katja Suding)

Beharrungsvermögen in den Behörden zu brechen.

(Beifall bei der FDP)

Das Ziel des Senats zur strikten Begrenzung der staatlichen Ausgaben unterstützen wir und sein Bekenntnis zur Konsolidierung des Haushaltes teilen wir. Ihr Weg aber ist bislang intransparent. Die FDP-Fraktion wird trotz der widrigen Rahmenbedingungen die Auseinandersetzung mit dem Planentwurf in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss kritisch und konstruktiv führen. Wir sind zur Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen gerne bereit, wenn sie der unverzichtbaren Sparpolitik dient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP hat uns gerade wirklich ein Beispiel für gute Politik geliefert.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Wir geben noch mehr Geld in den Wirtschaftsbereichen aus, kürzen in vielen anderen Segmenten, dann kommt das auch noch nicht hin und dann verkaufen wir unser öffentliches Eigentum.

(*Jan Quast SPD:* Und die Steuern auf Bundesebene senken!)

– Dazu wollte ich auch gerade kommen, Herr Quast.

Was in diesem bunten Reigen eines verbrauchten Neoliberalismus eigentlich noch fehlte, war der Hinweis, dass man aufgrund des höheren Gestaltungsspielraums, den die Republik wegen der Steuereinnahmen jetzt hat, die Steuern senken könnte. Das fehlte noch, aber wahrscheinlich haben Sie sich das nicht getraut.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sie sind schon auf dem richtigen Weg, Herr Kollege!)

Das ist leider eine Wahrheit, die schon Herr Frigge hier verkündet hat. Hamburgs öffentliche Finanzen leiden unter einer Steuersenkungspolitik, das können Sie in den verschiedenen Haushaltsjahren sehen. Es sind erhebliche Beträge von 150 bis 170 Millionen Euro, die uns aufgrund dieses Steuersenkungswettbewerbs, von der FDP angetrieben, fehlen. Insofern geht dieser Weg überhaupt nicht und das zeigt aus meiner Sicht trotz Ihres Plädoyers, dass Sie kooperieren wollen, dass Sie den Ernst der Situation der öffentlichen Finanzen in Hamburg nicht verstanden haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Da hat mir Ihr Beitrag, Frau Hajduk, wesentlich besser gefallen. Ich sage das deswegen, weil die Frage ist, ob wir das, was Sie in der Bewertung vorgebracht haben, in der Tat in der Beratung und Umsetzung des Haushaltes aufnehmen. Ich möchte auch gleich deutlich machen, dass wir die Sache an einem entscheidenden Punkt anders sehen.

Der Ausgangspunkt ist, dass wir durch die höheren Steuereinnahmen, gemessen an der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und den Folgen, einen deutlich verbesserten Handlungsspielraum haben. Und was macht der Senat an diesem Punkt? Er hat auf der einen Seite gesetzliche Leistungen nach oben gehoben, das war unvermeidlich. Er hat dann auch gesagt, dass wir uns dieser Katastrophe des Versorgungsfonds infolge des HSH-Nordbank-Abenteuers zuwenden müssen und diesen Wohnungskredit des Bundes ablösen können. Und – das haben Sie sagen wollen, aber nicht so pointiert hervorgehoben – außerdem wird konsolidiert, das heißt, die Mittel des Konjunkturstabilisierungsfonds werden nicht in dem Umfang, wie ursprünglich vorgesehen, ausgeschöpft.

Das sind die vier Positionen, die in Ordnung sind. Ich teile die Position, dass man sich um den Hamburger Versorgungsfonds, den wir grundsätzlich alle sanieren wollen, nicht in einem Aufwasch kümmern muss. Damit haben wir dann – dazu wollte ich nur meine Zustimmung signalisieren – auch Spielraum, um ein paar andere Sachen zu machen, und da haben Sie im Wesentlichen die Wissenschaftsstiftung im Hinterkopf. Das ist kein Problem für uns, wir sind auch der Meinung, dass im Wissenschaftsbereich etwas gemacht werden kann. Wir können uns aber vorstellen, wenn wir das erörtern, eine andere Aufteilung vorzunehmen. Wir sehen auch einen Handlungsbedarf im Bereich Wohnungen oder im Bereich des Arbeitsmarkts; insofern müsste man sich da eigentlich bewegen können.

Der Finanzsenator sagt, dass wir das nicht machen. Sie wollen eine volle Konsolidierung und die CDU erst recht und ich habe große Probleme, dieser Begründung zu folgen. Mir ist das, was Sie jetzt skizziert haben, wesentlich sympathischer und wirtschaftspolitisch, haushaltspolitisch überzeugender.

Machen wir das einmal an dem Punkt Wissenschaft fest. Herr Tschentscher hat vorhin gesagt, der Wissenschaftsetat solle aufwachsen – über die Modi hätten wir eine andere Einschätzung –, er wird aber noch einmal richtig zulegen müssen, weil die Sanierung der Gebäude unterblieben ist. Wann das kommt – wir reden wahrscheinlich über einen dreistelligen Millionenbetrag –, ist noch nicht absehbar. Es wäre wesentlich vernünftiger, wenn wir die Finanzplanung für die Jahre 2013, 2014 und

(Dr. Joachim Bischoff)

2015 sehen könnten, weil das in einer bestimmten Weise untersetzt sein muss. Die SPD kann nicht wirklich etwas für dieses Kuddelmuddel, in dem wir jetzt stecken, aber es ist eine zentrale Schwäche für die Haushaltsberatungen, dass wir nicht von Beginn an diesen mittelfristigen Finanzplan zur Verfügung haben.

An diesem Punkt würde ich das gerne verallgemeinern, weil in dieser mittelfristigen Finanzplanung erkennbar sein muss, wie man mit der Sanierung der Universitätsbauten umgeht. Aber wir alle, die sich damit beschäftigen, wissen, dass es nicht nur um die Sanierung der Universitätsbauten geht. Herr Heintze hat schon darauf hingewiesen, dass wir auch noch ein Riesenproblem bei der Sanierung der Straßen haben. Wir haben einen Riesenrückstau bei Sportplätzen, bei den Grünanlagen; ich will das nicht alles aufzählen.

Der Senat hat jedenfalls auf eine Große Anfrage von uns auch eingeräumt, dass ein Rückstand bei Investitionen zum Erhalt städtischer Infrastruktur vorliegt, dem wir irgendwie gestuft Rechnung tragen müssen. Die Haushaltsplanung, soweit ich sie erkennen kann, sieht aber vor, die Investitionen sogar eher noch zurückzufahren. Außerdem fahren wir dann noch den Personalhaushalt zurück, was ich im Gegensatz zu Frau Suding wirklich schlecht finde. Bezogen auf 2020 soll dies bei einer Größenordnung von rund 400 Millionen Euro liegen.

Dann haben wir noch ein Problem, was schon in einigen Ausschüssen zur Diskussion stand. Wir haben bislang einen jahresdurchschnittlichen Aufwuchs bei gesetzlichen Leistungen von 5, 6 Prozent, der strukturell eingespart werden muss. Wie man das machen, wie man das umsteuern kann, kann sinnvollerweise nur im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung diskutiert werden. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Herr Tschentscher, Sie haben eingeräumt, dass wir die gegenwärtige Situation konjunkturell nicht fortschreiben können. Ich bin wahrscheinlich wesentlich skeptischer als die meisten hier, aber wenn wir in dem Umfang konjunkturell Ausgaben an Investitionen zurückfahren, dann erhöhen wir das Risiko, in den nächsten Jahren diese größeren Spielräume nicht fortschreiben zu können. Insofern wäre es aus unserer Betrachtung wesentlich sinnvoller, zu konsolidieren, den Einstieg in den Versorgungsfonds zu machen, den Wohnungsbaukredit abzulösen und dann sich darüber zu unterhalten, was man mit einem Teil, angefangen bei der Wissenschaft, an sinnvollen Investitionen machen kann auch mit der Zielrichtung, strukturelle Unterfinanzierung ein Stück weit zu beseitigen und einen Beitrag zur Stabilisierung der Infrastruktur zu leisten, die wir mit der Perspektive auf wirtschaftspolitisch-konjunkturelle Entwicklungen dringlich brauchen.

Der wahrscheinlich unstrittigste Punkt wird sein, dass wir Initiativen bekommen müssen, um die Einnahmen zu verbessern. Das kann in Hamburg nur begrenzt passieren. Insofern ist es wichtig – da diskutieren wir ja noch einiges –, dass Hamburg auf die Tube drückt, damit wir andere Einnahmesituationen für Stadtstaaten und Kommunen bekommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Bevor ich jetzt Herrn Völsch das Wort erteile, möchte ich um etwas mehr Ruhe im Saal bitten, sodass wir auch den Worten des Abgeordneten gleich folgen können. Wenn Sie vielleicht dahinten Ihre Gespräche nach draußen verlegen oder sich hinsetzen würden, das wäre sehr freundlich. – Bitte, Sie haben das Wort.

Thomas Völsch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur wenige Bemerkungen noch zu der Debatte.

Frau Hajduk, Sie haben eben den Wunsch geäußert, schon einmal eine erste Bewertung der Haushaltspolitik vorzunehmen. Es ist ein bisschen früh, die zentralen Punkte zu bewerten. Das werden wir im November an drei Tagen machen, wo wir sicherlich nach den Beratungen auch noch eine finanzpolitische Grundsatzdebatte haben werden.

Wir können aber schon feststellen, dass es zumindest im Verfahren gegenüber der Vergangenheit einige ganz wichtige Änderungen gegeben hat. Wir veranschlagen gesetzliche Leistungen wieder realistischer, wir machen keine martialischen Sparprogramme mit irgendwelchen luftigen Beschlüssen, die am Ende doch nicht umgesetzt werden können, weil man in Berlin im Bundesrat dafür überhaupt keine Mehrheit zusammenbekommt. Und was für mich ein ganz zentraler Punkt ist, wir verfrühstücken nicht die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen, die wir im Mai hatten.

Frau Hajduk, Ihr Modell klingt gut, es hat aber vor allem einen Haken. Es berücksichtigt nämlich nicht, dass wir natürlich auch bei dem anderen Modell Zinseinsparungen haben und dass sich der Versorgungsfonds gegebenenfalls selbst verschulden muss, vor allem, wenn wir ihn nicht frühzeitig rekapitalisieren. Es ist aber ein guter, seriöser Vorschlag. Darüber werden wir ordentlich im Haushaltsausschuss diskutieren und dann sehen, was am Ende dabei herauskommt.

(Dirk Kienscherf SPD: So sind wir!)

Zur Schuldenbremse 2015: Herr Heintze, es tut mir leid, ich bin ein ausgesprochener Gegner dieser Formulierung "es gibt keine Alternative". Natürlich gibt es eine Alternative, natürlich kann man die Schuldenbremse auch 2015 einführen, man kann sie von mir aus auch 2013 einführen. Sie müssen

(Thomas Völsch)

dann aber sagen, wo die dreistelligen Millionenbeträge herkommen, die wir dafür brauchen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang müssen Sie dann auch ganz konkret sagen, was Sie tun wollen. Wollen Sie die beiden Staatstheater zusammenlegen? Wollen Sie Feuerwachen und Polizeirevierwachen streichen oder zusammenlegen? Das müssen Sie dann offen sagen und sich der Diskussion in dieser Stadt mit Ihren Vorschlägen stellen, das wäre seriöse Haushaltspolitik, Herr Heintze.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist da noch dieses Thema Steuersenkung, Herr Dr. Bischoff hat es schon aufgegriffen. Es ist nun leider so, dass dieses Stichwort in Berlin tatsächlich schon wieder durch die Gegend geistert,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Furchtbar! – Katja Suding FDP: Richtig so!)

und ganz abgesehen davon, dass ich die Debatte in Berlin für gespenstisch und falsch halte, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass wir vor nicht allzu langer Zeit tatsächlich ganz konkrete Auswirkungen hatten. Dieses Gesetz hieß "Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums" und hat uns in Hamburg zweistellige Millionenbeträge gekostet.

Herr Wersich, ich habe die herzliche Bitte – er ist jetzt nicht da, dann trifft das Herrn Heintze und Frau Suding –, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin zu sprechen, damit dieser Unfug endlich aufhört in Berlin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Katja Suding FDP: Auf keinen Fall!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Senator Tschentscher hat das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Ich würde gern noch einmal etwas zu dem Vorschlag von Frau Hajduk sagen, welche Alternativen es zur Verwendung der Steuermehreinnahmen gibt. Es gibt immer zu allem Alternativen, das ist völlig klar, und diese Alternative, die Frau Hajduk skizziert, ist eine denkbare. Wir haben auch überlegt, welche Varianten man wählen kann. Es klingt sogar sehr positiv: Wir halbieren die Nettoneuverschuldung, behalten 12 Millionen Euro für die Hochschulen übrig und dann ist im Pensionsfonds irgendwie trotzdem alles in Ordnung. Und dieser letzte Punkt, der geht nicht auf in dieser Rechnung.

Der Vermögensverlust im Pensionsfonds ist auch über Nacht eingetreten, nämlich im Zusammenhang mit der HSH-Nordbank-Krise. Dort hat es diesen Vermögensverlust gegeben, weil schlicht die Anteile an der HSH Nordbank über Nacht um 700 Millionen Euro weniger wert waren. Das hat

uns damals sehr beschäftigt und wir haben auch von Anfang an gesagt, dass das ein Riesenproblem sei, während die damalige Regierungsseite gesagt hat, die HSH-Krise werde den Haushalt nicht einmal berühren.

Dieses Beispiel ist mir so in Erinnerung, weil es zeigt, dass uns diese Dinge außerhalb des Kernhaushalts immer einholen. Deswegen sind wir sehr empfindlich bei der Frage, was im Kernhaushalt passiert und was wir außerhalb des Kernhaushalts für offene Rechnungen haben; da ist leider noch mehr als nur der Pensionsfonds. Wenn wir diese Rekapitalisierung nicht möglichst schnell hinbekommen, dann läuft das Defizit in spätere Jahre und wir werden nicht darum herumkommen, das Defizit zu einem späteren Zeitpunkt ausgleichen zu müssen. Das ist eine Hypothek, die wir nicht anders loswerden, als es aus dem Kernhaushalt zu begleichen. Sie sollten im Haushaltsausschuss und als Parlament sehr sorgfältig darüber nachdenken, ob man wirklich eine Verpflichtung außerhalb des Kernhaushalts haben will, ohne sie zu decken.

Man kann sich überlegen, diese Pensionsverpflichtung in diesem Fonds komplett aufzulösen und alles zurück in den Kernhaushalt zu nehmen, dann hat man eben auch alle Lasten im Kernhaushalt. Aber eine Last aus dem Kernhaushalt heraus zu verlagern, ohne die entsprechende Deckung, ohne ein entsprechendes Gegenkapital, das ist etwas, was wir uns jedenfalls nicht mehr für die Zukunft wünschen.

Es gibt weitere Sondervermögen dieser Art. Mir macht es durchaus Sorge – und wir haben das auch als Opposition gesagt –, dass wir den Schulbau jetzt außerhalb des Kernhaushalts auf Kredit finanzieren. Das wird uns noch einholen.

(Farid Müller GAL: Ja!)

Wir haben ein Sondervermögen Stadt und Hafen außerhalb des Kernhaushalts; darüber ist noch viel zu wenig gesprochen worden.

(Jens Kerstan GAL: Von Herrn Voscherau, genau!)

– Ja, eingesetzt außerhalb des Kernhaushalts, von wem auch immer, Herr Kerstan. Die Schulden sind völlig unpolitisch, sie treffen immer jeden und uns als Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir außerhalb des Kernhaushalts eine Reihe an offenen Rechnungen. Ich würde dem Parlament, ich würde uns allen empfehlen, diese offenen Rechnungen so schnell wie möglich zu schließen, denn nur dann haben wir die nötige Transparenz, die nötige Wahrheit, wo wir eigentlich im Verhältnis zu Einnahmen und Ausgaben, im Verhältnis zu Vermögen und Kredit stehen. Unsere Last wird nicht dadurch geringer, dass wir es an-

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

ders buchen. Wir müssen lernen, Vermögensmobilisierung, Verbrauch von Rücklagen und Nettokreditaufnahme gleichmäßig zu bewerten, nämlich als gleich schlecht.

Vermögensverkäufe sind genauso schlecht wie Kreditaufnahme und Rücklagenverbrauch. Das ist eine Botschaft, die uns der Rechnungshof schon vor Jahren ins Stammbuch geschrieben hat: Versucht nicht, im Kernhaushalt etwas zurechtzurechnen, dann aber Vermögen zu verkaufen, um Defizite zu decken, die ihr dadurch nur verdeckt. Deswegen würde ich das Parlament auch sehr bitten, diese Botschaft des Rechnungshofs ernst zu nehmen, sich alles anzusehen, Kernhaushalt und Nebenhaushalte, und dann sorgfältig zu überlegen, wie schnell wir bestimmte Positionen, die über Nacht als Defizit aufgetreten sind, dann auch wieder bereinigen sollten.

Das wäre wichtig und es wäre wichtig, dass wir diese Steuermehreinnahmen genau unter dem Gesichtspunkt Konsolidierung des Kernhaushalts einsetzen und an diesem Punkt hat die Debatte einen ganz guten Auftakt gegeben. Wir sollten dies sehr sorgfältig im Haushaltsausschuss fortführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Die Abgeordnete Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GAL: Ich möchte von meiner Seite noch einmal deutlich machen, dass ich Ihr Argument, Herr Tschentscher, dass man die Risiken solcher Kredite, die außerhalb des Kernhaushalts liegen, genauso ernst nehmen muss, sehr wohl gehört habe. An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass unser Modell vorsieht, den Versorgungsfonds bis 2015 ebenfalls vollständig zu kapitalisieren. Ich nenne das Jahr 2015, weil wir in Ihrer Drucksache gelesen haben, dass zum Beispiel die laufenden Versorgungsverpflichtungen ohne weitere Kapitalmarktdarlehen bis zum Jahr 2014 gedeckt sind allein durch die Auffüllung, die wir im letzten Herbst gemacht haben.

Insofern sollten wir noch einmal darüber reden. Ich bin nur davon überzeugt, dass wir ein Modell vorgelegt haben, das nicht die Schwäche hat, zu vergessen, dass es auch Verbindlichkeiten gibt, sondern wir haben uns das schon sehr genau angeguckt. Was ich heute deutlich machen wollte, Herr Tschentscher, ist, dass bei aller Unterstützung, die Sie von uns für den ehrlichen Kurs der Haushaltskonsolidierung durch die Steuermehreinnahmen aus dem Doppelhaushalt 2011/2012 bekommen, nicht der nächste Doppelhaushalt dafür herhalten muss, dass wir eigentlich eine Haushaltsausweitung haben, die man aber nicht mehr erkennt, weil man die jetzige Haushaltsausweitung vergessen hat.

Das meine ich mit dem 300-Millionen-Euro-Polster, das treibt uns haushalterisch um, sie haben das früher Kriegskasse genannt. Ich möchte nicht, dass die SPD sich für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ein Polster aufbaut. Darüber werden wir noch zu sprechen haben. Den Beweis müssen Sie dann mit den Haushaltseckdaten 2013/2014 antreten und dann können wir zwischendurch überlegen, wie wir am besten die Hochschulen finanzieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will ausdrücklich bekräftigen, dass ich sehr dafür bin, all diese Sondervermögen anders zu behandeln und möglichst keine Sondervermögen mehr zuzulassen. Da haben wir überhaupt keine Differenz.

Zweitens kommt in der Diskussion oft der Eindruck auf, die Schuldenbremse 2020 sei noch weit hin. Faktisch sind die Bundesländer und auch Hamburg seit diesem Jahr verpflichtet, ihre Stabilitätsberichte vorzulegen. Für vier Länder steht bereits fest, dass sie in einer Haushaltsnotlage sind und insofern diese Auflagen haben; Herr Tschentscher verweist zu Recht darauf. Hamburg ist nicht so weit davon entfernt und wenn wir in diesem Zustand sind, ist das zwar ein bisschen angenehmer als in Griechenland, aber faktisch dasselbe, weil wir dann keine Kontrolle mehr über unsere Ausgaben haben. Es kann nicht im Interesse des Parlaments sein, das zu wollen.

Und drittens sind wir vom Gesetzeswerk des Konjunkturstabilisierungsfonds her nicht gehalten, diese Rückführung in dem Umfang schon in diesem Jahr zu machen. Das kann man auch anders machen und für uns ist das wichtige Argument, nicht einfach mehr Geld auszugeben, sondern das auch sinnvoll zur Stabilisierung des Wirtschaftsraums in Hamburg anzuwenden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Es liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Da der Senatsantrag bereits im Vorwege an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, bedarf es heute hierüber keiner weiteren Abstimmung.

Ich rufe nun also den Punkt 43 auf, Drucksache 20/744, Antrag der SPD-Fraktion: Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts
– Drs 20/744 –]**

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Herr Kühn, Sie haben das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur, dass die Bürgerschaft kurz vor ihrer Sommerpause steht, traditionell sind die Sommermonate auch die Monate, wo Lesben, Schwule, Transgender und all ihre Freunde und Familien gemeinsam in den Städten Deutschlands, aber auch weltweit den Christopher Street Day feiern und damit an einen der ersten mutigen Aufstände der Community erinnern, der damals in Amerika stattfand.

Wir wollen die CSD-Saison damit verbinden, diesen Antrag einzubringen, weil die CSD-Saison immer auch eine Saison ist, in der die Öffentlichkeit offen ist für die Problemlagen unserer Community.

(Beifall bei der SPD)

Wie viele von Ihnen wissen, dass ich Historiker bin. Insofern kann ich mir bei einer solchen Debatte auch nicht ersparen, etwas in die Geschichte zu gucken, zumal gerade die Hamburger SPD und die Bürgerschaftsfraktion in Hamburg sehr wohl stolz auf ihre Geschichte sein kann, auch auf die Geschichte der Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Politikerinnen und Politiker. Ich erinnere an dieser Stelle an Lutz Kretschmann-Johannsen erinnern, der 1997 der erste offen schwule Abgeordnete dieses Hauses war. Er war ein Sozialdemokrat und das macht mich besonders stolz. Insofern freut es mich auch, dass wir mit diesem Antrag an ein gutes Stück unserer sozialdemokratischen Geschichte anschließen können.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich Sie auf dieser Seite des Hauses nicht vergessen, denn die rot-grüne Koalition damals unter Ortwin Runde war es, in der Lutz Kretschmann, aber auch andere gemeinsam dafür geworben haben, die damalige sogenannte Hamburger Ehe ins Leben zu rufen. Sie war in der Bundesrepublik der erste große Schritt in Richtung der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen zusätzlichen Impuls hat diese Diskussion gerade durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs erfahren, auf das wir uns auch in der Begründung zu diesem Antrag beziehen. Auch hier ging es wieder um einen Hamburger, der in seiner Lebenspartnerschaft, was die Rentenansprüche und so weiter anging, nicht so gleich behandelt wurde, wie das bei anderen Paaren der Fall ist. Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vollkommen zu Recht darauf verwiesen, dass die rechtlichen Unterschiede zwischen der herkömmlichen Ehe im klassischen Sinne und den eingetragenen Lebenspartnerschaften zunehmend verwischen und dass in dieser Vermischung eine nicht mehr haltbare Ungleichbehandlung begründet liegt.

Insofern sind wir aufgefordert zu reagieren und es ist an dieser Stelle ganz wichtig, gerade auch in Richtung dieser Seite des Hohen Hauses, eine große Angst zu nehmen, nämlich die Angst, dass die Öffnung der Ehe das historisch gewachsene Institut der Ehe negieren, relativieren würde. Ganz im Gegenteil können durch die Öffnung der Ehe eher Impulse ausgesandt werden, dieses historisch gewachsene Institut zu modernisieren und ihm neue Impulse zu geben. Insofern hoffe ich, dass das Haus gleich in großer Mehrheit und in großer Übereinstimmung unserem Antrag zustimmen wird.

(Beifall bei der SPD)

Eines hat mich allerdings – viele von Ihnen wissen, dass ich in diesem Thema quasi neu bin – bei der Einarbeitung wirklich überrascht und auch da komme ich wieder mit einem historischen Vergleich; ich hoffe, es stört Sie nicht. Mich hat überrascht, dass die Gesetzgebung, gerade gegenüber Schwulen, im späten Kaiserreich, in der Weimarer Republik wesentlich liberaler und toleranter war; später erfolgte natürlich eine Verschärfung unter den Nationalsozialisten. Aber interessant ist eben, dass die Verschärfung der Schwulengesetze mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nahtlos übernommen wurde und die Strafgesetzsprechung der Nationalsozialisten bis zur Änderung durch die sozial-liberale Koalition in den Siebzigerjahren Fortbestand hatte. Das sollte uns alle zum Nachdenken anregen. Insofern hoffe ich, dass alle Fraktionen sich entscheiden können, diesem Petitum zuzustimmen und dem Senat den Auftrag dafür zu geben, im Bundesrat eine neue Initiative zu starten.

Damit möchte ich zum Schluss kommen, denn das Petitum des Antrags ist relativ kurz; die Einleitung werden Sie selber gelesen haben. Die Regenbogen-Lebenspartnerschaften sind mittlerweile ein ganz wichtiger und bereichernder Teil unserer Gesellschaft. Insofern ist es nur richtig, notwendig und eigentlich auch zwangsläufig, dieses Institut der Ehe den realen gesellschaftlichen Lebensverhältnissen der Menschen anzupassen und ein Stück weit zu öffnen.

Wir können dies vor allem mit einem begründen, nämlich mit dem klassischen Modell Familie, und damit will ich mich gerade auch an Ihre Seite wenden. Worum geht es bei Familie? Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen. Wir reden über gleichgeschlechtliche Paare, die füreinander Verantwortung übernehmen, zum Beispiel auch in der Pflege von Angehörigen. All dies zu schützen und zu würdigen, ist auch Aufgabe des Staates und es ist an der Zeit, dass der Staat seinen gleichgeschlechtlichen, den sogenannten Regenbogenfamilien, die gleiche rechtliche Anerkennung zuteil werden lässt wie den sogenannten normalen Bürgern, für die dies seit vielen Generationen der Fall

(Philipp-Sebastian Kühn)

ist. Insofern hoffe ich, dass die Bürgerschaft gemeinsam diesem Antrag zustimmt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Heintze, Sie haben das Wort.

Roland Heintze CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat ist das Anliegen, das die grundsätzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften an sich betrifft, etwas, das auch wir als CDU – das haben wir in den zurückliegenden zwei Legislaturperioden in absoluter Mehrheit öfter unter Beweis gestellt – wichtig finden.

Es kann aber nicht sein, dass man, nur weil der CSD aufzieht, was ein legitimer politischer Anlass ist, um zu demonstrieren, wie man positiv Schwule und Lesben in dieser Stadt unterstützen möchte, auf einmal Anträge formuliert, die so in ihrer Wirkung gar nicht greifen können, weil – auch das müssten Sie wissen, Herr Kühn – bei diesem Thema mitnichten der Bundesrat zuständig ist, sondern es reicht, wenn der Bundestag beschließt, an dieser Stelle etwas zu unternehmen. Dann ist der Bundesrat gar nicht mehr gefragt.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Nun kann man sagen, dass es uns aber um das Symbol geht. Herr Kühn, wenn es Ihnen um die Symbolik geht, dann schauen Sie einmal sehr genau in das Abstimmungsverhalten Ihrer SPD-Bundestagsfraktion.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Da müssen Sie genau hinschauen! Da sind Sie schlecht informiert!)

Ich komme gleich dazu, wo unsere Position ist, nur habe ich mich nicht hingestellt und gesagt, dass ich den Vorreiter in dieser Frage mache; Sie haben sich hier hingestellt. Schauen Sie einmal in das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Bundestag. Jüngst wurde genau dieses Anliegen mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD abgelehnt. Mir und auch Frau Suding wurde vorhin gesagt, dass wir einmal mit den Kollegen in Berlin sprechen sollten, was die Steuerhöhungen betrifft. Das werden wir sicher tun, allerdings muss ich persönlich sagen, sprechen Sie erst einmal mit Ihren Kollegen, bevor Sie solche Anträge mit Mehrheit auf den Weg bringen möchten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Herr Heintze, lassen Sie eine Anmerkung des Abgeordneten Kühn zu?

Roland Heintze CDU: Ja.

Zwischenbemerkung von Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Sie sind einfach nicht richtig informiert, denn meine Fraktion hatte in Berlin einen eigenen Antrag eingebracht, dem sie natürlich zugestimmt hat. Es gab einen Antrag der LINKEN, den sie abgelehnt hat, aber es ist durchaus im Parlament üblich, dass Parteien Anträgen ihrer eigenen Fraktionen zustimmen. Im Übrigen ist diese Debatte gar nicht erfolgt, sondern nur zu Protokoll gegeben worden, weil der Bundestag es nämlich zu so später Stunde gar nicht mehr diskutiert hat. Sie sind einfach schlecht informiert, das möchte ich noch einmal richtigstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Roland Heintze (fortfahrend): Im Gehalt bleibt, dass Sie im Abstimmverhalten, auch wenn es nur zu Protokoll gegeben worden ist, in Berlin nicht das durchhalten, was Sie in Hamburg postulieren.

Nichtsdestotrotz, kommen wir zum Inhalt. Wenn Sie die Ehe öffnen und das Institut gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft, das Sie mit Rot-Grün selber eingeführt haben, jetzt abschaffen wollen und sagen, das solle alles in die Ehe einfließen, dann würde ich gerne eine Ergänzung in Ihrem Antrag haben, dass Sie nämlich das Adoptionsrecht fordern. Das wäre konsequent. Ich bin gespannt, wie die Diskussion in Ihrer Fraktion dazu ausgeht. Ich könnte mir vorstellen, dass es dann nicht mehr die Zustimmung gäbe, die es bisher hier gibt, und warum?

Hier kommen wir zur Position der CDU an dieser Stelle. Die darf Sie jetzt nicht überraschen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es selbstverständlich zwischen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und der Ehe Unterschiede gibt und dass Sie zu kurz springen, wenn Sie sagen, wir lösen diese Unterschiede und die daraus hervorgehenden Herausforderungen dadurch auf, indem wir eine Institution für alle machen, abgesehen vom Adoptionsrecht. Herr Kühn, sehen Sie es uns nach, wir haben keine Angst, wir haben nur einen anderen Ansatz und werden deswegen Ihrem Antrag an dieser Stelle auch nicht zustimmen.

Nichtsdestotrotz müssen wir auf einen Punkt hinweisen, und an ihm arbeiten wir gern mit Ihnen weiter. Dazu habe ich leider in dieser Legislaturperiode noch nichts gehört, und hier wäre der CSD ein guter Anlass, dies zu tun. Schwarz-Grün hat sich in der letzten Legislaturperiode nämlich mit der Frage beschäftigt, wie wir zu mehr Akzeptanz in den Schulen kommen. Es wurde einiges auf den Weg gebracht, das auch schon die CDU mehrheitlich unter ihrer Alleinregierung beschlossen hatte. Dazu habe ich bisher weder im Wahlprogramm noch im Parlament von Ihnen irgendein Wort gehört. Da geht es nämlich um praktische Verbesserungen und nicht um Show-Politik wie in diesem Antrag, den Sie eingebracht haben. Dafür sind wir

(Roland Heintze)

immer zu haben und haben hier in der Vergangenheit mit den Grünen gute Dinge auf den Weg gebracht. Ich würde mich freuen, wenn Sie hieran konsequent weiterarbeiten, anstatt Dinge beschließen zu lassen, hinter denen nicht einmal Ihre eigene Bundestagsfraktion steht.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümber: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte mit einer Frage eröffnen. Was unterscheidet das Landesparlament des Staates New York von unserem Landesparlament in Hamburg?

(*Jan Quast SPD:* Sicherlich geben Sie uns gleich die Antwort!)

Ich sage es Ihnen: Das Landesparlament in New York in den USA kann über die Öffnung der Ehe entscheiden und hat es getan. Die Hamburgische Bürgerschaft kann es nicht, weil wir eine andere föderale Zusammensetzung in diesem Land haben. In Deutschland entscheidet der Deutsche Bundestag über die Öffnung der Ehe und nur der. Deswegen kann man natürlich trotzdem überlegen, eine Bundesratsinitiative zu starten, aber ich würde mir dann wünschen, dass wir auch Verbündete der gleichen Fraktionen im Deutschen Bundestag hätten. Das ist nicht der Fall.

Der Hinweis des Kollegen von der SPD-Fraktion, Herr Kollege Heintze wäre nicht richtig informiert, trifft insofern nicht zu, als die SPD-Fraktion einen eigenen Antrag hatte, aber eine andere Schiene verfolgte, nämlich die Vervollständigung des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Es steht nichts dagegen, wir wollen auch die gleichen Rechte. Nur die Frage, ob man einem Linken-Antrag in der Frage der Öffnung der Ehe zustimmen kann, während man gleichzeitig das Lebenspartnerschaftsgesetz vollstrecken kann, steht nicht gegeneinander,

(Beifall bei *Christiane Blömeke, Katharina Fegebank, beide GAL* und *Heike Sudmann DIE LINKE*)

zumal der Antrag der LINKEN die Bundesregierung aufgefordert hat, einen Gesetzentwurf vorzulegen und der SPD-Antrag schon selbst ein Gesetzentwurf war. Das hätte sich nicht gegeneinander aufgehoben, sondern sich sogar hervorragend ergänzt.

(Beifall bei der GAL und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Das nur zur Wahrheit in dieser Frage.

Es gibt zwei Dinge, warum man für die Öffnung der Ehe ist. Auf der einen Seite will man jetzt ein diskri-

minierendes Extra-Gesetz für Lesben und Schwule langsam entsorgen. Unter den Gesetzgebungsumständen im Jahre 2001 war das richtig. Damals hätte Karlsruhe ein großes Stoppschild herausgeholt, aber heute würde das unserer Einschätzung nach nicht mehr passieren.

Ein zweiter Punkt, warum man die Öffnung der Ehe in jedem Fall als Bürgerrechtler vorantreiben muss, ist, dass der Bundesrat mit seiner bremsenden Wirkung bei der Gleichstellung ausgeschaltet wäre. Nun genau diesen Bundesrat, der bisher gebremst hat bei der Gleichstellung, dafür zu gewinnen, dass er die Ehe öffnet und sich selbst in dieser Frage entmachtet, da bin ich mir nicht so sicher, ob es von Erfolg gekrönt ist. Trotzdem werden wir in der Sache, weil wir als Grüne für die Öffnung der Ehe sind, zustimmen. Wir glauben nur, dass auch diese Initiative, wenn sie denn bald gestartet würde, nicht von Erfolg gekrönt ist im Bundesrat, denn die letzte, die das Bundesland Berlin mit dem SPD-Senat schon im Herbst gestellt hatte, ist schon gescheitert, und zwar bei den eigenen SPD-Ländern im Bundesrat.

Wir würden es begrüßen – wir werden auch einen entsprechenden Antrag einbringen –, wenn der SPD-Senat an dieser Stelle noch einmal innehält und lieber jetzt, wo eine Mehrheit der roten und der grünen Länder im Bundesrat vorhanden ist, einen Antrag einbringt, der auf die Steuergesetzgebung hinzielt, da, wo die Kompetenz des Bundesrats liegt. Den kann der Bundesrat dann nicht mehr einfach wegwischen. Das wäre zum jetzigen Zeitpunkt, um dieses Thema ernsthaft voranzubringen, der richtige Weg. Wir werden einen solchen Weg vorschlagen im Herbst, weil wir glauben, dass die Länder hier die Kompetenz wahrnehmen müssen, und weil wir auch glauben, dass die Kompetenz der Länder im Bundesrat, gerade bei der Steuergesetzgebung, jetzt auch genutzt werden sollte, um der Bundesregierung zu zeigen, dass sie das vorlegen muss. Nebenbei gesagt: Wir wissen alle, dass es bald ein Urteil in Karlsruhe zur Steuergesetzgebung geben wird. Es würde also alles passen.

Ein Antrag zur Öffnung der Ehe aus dem Bundesrat, selbst wenn er eine Mehrheit fände, was ich nicht glaube, würde niemals eine Mehrheit im Bundestag finden. Er würde wieder verpuffen. Der Antrag der SPD-Fraktion war grundsätzlich gar nicht falsch, aber ich würde mir wünschen, dass die Intention des SPD-Antrags über das Lebenspartnerschaftsgesetz, die steuerliche Gleichstellung und natürlich auch das Adoptionsrecht auch im Bundesrat erreicht werden kann.

Ein weiterer Punkt: Wenn man so einen Antrag stellt und Show-Politik betreibt, dann weiß man auch, dass man viel an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung verliert, wenn den großen Ankündigungen nichts folgt. Vor diesem Hintergrund be-

(Farid Müller)

dauere ich diese Initiative in dieser Form. Wir haben sie erst im Herbst gehabt, ausgehend vom Bundesland Berlin. Sie war nicht besonders engagiert vorgebracht im Bundesrat. Da hat im Übrigen der Erste Bürgermeister zur Änderung von Artikel 3 Grundgesetz damals im Bundesrat eine bessere Rede gehalten, um die skeptischen CDU-Länder zu überzeugen. Eine solche Rede gab es im Bundesrat nicht zur Öffnung der Ehe seitens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Insofern kann man nur daraus folgern, dass es Show-Politik ist. Wir glauben, es ist nicht die Zeit, um Show-Politik zu betreiben, sondern es ist Zeit, richtige Politik für Lesben und Schwule zu machen. Ich kann mich nur meinem Kollegen von der CDU anschließen. Das können Sie in Hamburg tun, hier haben Sie eine Mehrheit, Sie legen einen Haushalt vor und wir wollen hoffen, dass es keine Kürzungen bei den schwul-lesbischen Projekten gibt. Wir werden diesem in jedem Fall nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zur liberalen Politik der FDP gehört, dass kein Mensch wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden darf. Jeder soll seine Lebensentwürfe frei verwirklichen können. Wir fordern daher die vollständige rechtliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe. Wer gleiche Pflichten hat, hat auch gleiche Rechte.

(Beifall bei der FDP – *Farid Müller GAL:* Dann machen Sie es doch!)

Auf dem Weg dahin wurde von Schwarz-Gelb in Berlin schon viel erreicht, und zwar die Gleichstellung beim Grunderwerb und bei der Erbschaftsteuer. Zudem wird das Gesetzgebungsverfahren zur Gleichstellung im Beamten-, Richter- und Soldatenrecht in Kürze abgeschlossen sein. Weitere Erfolge auf dem Weg der Gleichstellung müssen erreicht werden. Für die Gleichstellung bei der Einkommensteuer setzt sich die FDP nach wie vor ein. Außerdem fordern die Liberalen seit Langem das volle Adoptionsrecht für die Lebenspartnerschaften wie bei Ehegatten. Es gibt bei diesem Thema keinen sachlich gerechtfertigten Grund für eine Differenzierung zwischen Eheleuten und eingetragenen Lebenspartnerschaften.

(Beifall bei der FDP)

Dem Anliegen der SPD kann insoweit gefolgt werden. Fraglich ist allerdings, welcher Weg zur Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe genutzt werden sollte. Fraglich ist auch, warum die SPD, als sie im Bund noch an der Re-

gierung war, nicht bereits die Möglichkeit mit dem Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz von 2005 genutzt hat, für die Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts zu sorgen. Stattdessen hat sich die SPD lediglich für die Stiefkindadoption stark gemacht.

Auch hat die SPD-Bundestagsfraktion – meine Vorredner erwähnten das bereits – die Initiative der LINKEN auf Öffnung der Ehe für die Lebenspartnerschaften am 9. Juni im Bundestag abgelehnt. Könnte das eventuell daran gelegen haben, dass für eine Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts eine Verfassungsänderung notwendig ist, die unrealistisch ist? Die rechtliche Angleichung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe wird auch ohne Verfassungsänderung in immer weiteren Bereichen herbeigeführt. Diesen Weg halten wir für besser und praxisnäher. Das Ziel der rechtlichen Gleichstellung kann auf einfacher gesetzlicher Ebene erreicht werden und wird auch weiter von uns intensiv verfolgt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Kaesbach, lassen Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Müller zu?

Martina Kaesbach (fortfahrend): Nein, danke.

Für uns zählen Ergebnisse, jedoch keine Symbolpolitik. Wir Liberalen lehnen daher den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Frau Kaesbach, ich habe mich gerade gefragt, ob Sie eine Rede gehalten haben und als Partei Mitglied der Bundesregierung sind. Sie haben wirklich ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ich frage mich, warum dann die Öffnung der Ehe nicht schon lange erreicht wurde.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, heißt es in Artikel 3 des Grundgesetzes, und deswegen ist die Links-Fraktion dafür, dass auch Schwule und Lesben im Zivilrecht die Ehe schließen können. Mit der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft vor zehn Jahren wurde zwar viel für die Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen erreicht, zugleich wurden gleichgeschlechtliche Paare aber weiterhin von der Ehe ausgeschlossen. Einzig die sexuelle Identität unterscheidet noch die Ehe von der Lebenspartnerschaft, und dies wirkt diskriminierend.

(Kersten Artus)

Das gesonderte Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft neben der Ehe hemmt auf Dauer den Vollzug der Gleichstellung. Es geht bei der Institution Ehe um Geld und auch um Schutz. Es kann daher nicht sein, dass Menschen, die sich finanziell gegenseitig absichern möchten und Schutz zusagen, nach dem Gesetz diese Möglichkeit nicht erhalten, nur, weil sie das gleiche Geschlecht haben. In Ländern wie Spanien, den Niederlanden, Belgien, Kanada, Südafrika, Norwegen und auch Portugal ist es bereits Normalität, dass Homosexuelle die Ehe nach dem Zivilrecht eingehen können. Es wird also höchste Zeit, dass sich auch die Bundesrepublik diese Normalität zu Eigen macht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller* und *Farid Müller*, beide GAL)

Wie aktuell homophobe Denkwesen auch noch in der Politik sind, zeigt uns das Beispiel eines CDU-Mannes aus Karlsruhe, der erst im letzten Jahr schwulen und lesbischen Elternpaaren die Fähigkeit absprach, dass sich Kinder in ihrer Obhut gesund entwickeln können, und sie mit Meer-schweinchen verglich. In einem CDU-Forum fand sich vor wenigen Monaten ein Beitrag darüber, dass Homosexualität heilbar und eine Welt ohne Homosexualität keine Utopie mehr sei. Und in Frankreich stimmte die Nationalversammlung in der letzten Woche gegen ein Gesetz, das die Ehe gleichgeschlechtlicher Partner und Partnerinnen ermöglicht. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aber, nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland, ist für eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Die rot-rot regierten Bundesländer Brandenburg und Berlin haben bereits eine Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe vorgelegt, wie meine Vorredner schon erwähnten. Es ist gut, dass endlich auch Hamburg ein Zeichen setzt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Sven Tode* SPD und *Antje Möller* GAL)

DIE LINKE spricht sich allerdings grundsätzlich dafür aus, dass die Ehe entprivilegiert wird und zugleich auch das Ehegattensplitting abgeschafft wird.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der GAL und bei *Urs Tabbert* SPD)

Deswegen ist für uns die Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts auch nur ein erster Schritt. Es existiert eine Vielfalt von Lebens- und Familienformen, für die eine Ehe gar nicht infrage kommt, die aber genauso das Recht auf Schutz des Staates haben: Ein-Eltern-Familien, zusammenlebende Familien, Freunde, Verwandte und Patchwork-Familien. DIE LINKE spricht sich deswegen für eine Politik aus, in der die Gleichbehandlung aller Lebensweisen leitendes Prinzip ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GAL)

Wir von der Links-Fraktion sagen zudem: Mit der Bundesratsinitiative ist es auch für Schwule und Lesben noch nicht getan. Jugendliche müssen bei der Herausbildung ihrer sexuellen Identität besser unterstützt werden. Es bedarf auch einer verbindlichen Jungen- und Mädchenarbeit in den Stadtteilen. Wir brauchen zusätzlich wirksame Maßnahmen gegen Hass-Kriminalität und es wird eine bessere Ausstattung der Schwulen- und Lesbentreffs in Hamburg benötigt.

Hamburg braucht deswegen endlich einen geschlechtergerechten Haushalt, sprich das Gender Budgeting. Ich bin sehr enttäuscht, dass die SPD dies mit dem jetzt vorgelegten Haushalt noch nicht einmal eingeleitet hat.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller* GAL)

Sehr geehrte Herren und Damen! Die Gleichstellungspolitik hat bei uns Linken einen hohen Stellenwert. Wir werden eigene Initiativen, wie eben beispielhaft dargestellt, einbringen beziehungsweise unterstützen. Wir hoffen, dass das Parlament der weltoffenen Freien und Hansestadt Hamburg dann jeweils wegweisend entscheidet.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller* GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Senatorin Schiedek hat das Wort.

Senatorin Jana Schiedek: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor mehr als einem Jahrzehnt hat die sogenannte "Hamburger Ehe" den Weg für eine fortschreitende gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare bereitet. Mit dem Gesetz über die Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften vom 14. April 1999 hat die Hamburgische Bürgerschaft erstmals in Deutschland die Möglichkeit geschaffen, sich in ein Partnerschaftsbuch der Standesämter eintragen zu lassen. Heute kann man sogar in Bayern die eingetragene Lebenspartnerschaft vor dem Standesamt begründen.

(*Wolfgang Rose* SPD: Echt?)

– Ja.

Das macht besser als alles andere deutlich, dass unser Recht nicht nur offen ist für einen gesellschaftlichen Wandel, sondern das Recht kann auch gesellschaftliche Entwicklung befördern und zu einem Wandel von Wertvorstellungen beitragen.

Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Im hamburgischen Landesrecht haben wir die rechtliche Gleichstellung bereits vollzogen

(Senatorin Jana Schiedek)

und auch die Rechtsprechung hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Mit seinen Entscheidungen aus den vergangenen beiden Jahren zur verfassungswidrigen Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare bei der Hinterbliebenenversorgung und im Erbschaftssteuerrecht hat das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass eine Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber der herkömmlichen Ehe von Mann und Frau gewichtiger Gründe bedarf. In Fällen, in denen der Gesetzgeber eine mit der sexuellen Orientierung von Personen zusammenhängende Differenzierung vornimmt, fordert das Gericht eine strenge Gleichheitsprüfung. Der Europäische Gerichtshof hat erst im Frühjahr dieses Jahres erkennen lassen, dass es aus europarechtlicher Sicht eigentlich gar keinen Bereich mehr gibt, in dem eine Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare zu rechtfertigen wäre. Das ist nicht nur richtig, sondern auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Letztendlich geht es aber um mehr. Ziel des Senats ist die volle gesellschaftliche und rechtliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe. Da bleibt noch viel zu tun. Das gilt nicht nur für eine Vielzahl bundesrechtlicher Vorschriften, die weiterhin zwischen eingetragener Lebenspartnerschaft und herkömmlicher Ehe differenzieren, sondern vor allem auch für den gesellschaftlichen Konsens darüber, was normal ist. Nach wie vor sind schwule und lesbische Paare im Alltag vielfach einer verdeckten Diskriminierung und immer wieder auch offenen Anfeindungen ausgesetzt. Deshalb ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Maßstab die verbindliche und auf Dauer angelegte Übernahme von Verantwortung ist, nicht das Geschlecht und nicht die sexuelle Orientierung. Dies auch rechtlich anzuerkennen ist nur konsequent, denn eingetragene Lebenspartner stehen heute bereits in gleicher Weise füreinander ein wie Eheleute. Angesichts der vielschichtigen Formen des Zusammenlebens von klassischer Familie mit Vater und Mutter über Patchwork-Familien bis hin zu Regenbogenfamilien sind auch Kinder kein Alleinstellungsmerkmal mehr herkömmlicher Ehen von Mann und Frau, ganz zu schweigen von der zunehmenden Zahl an kinderlosen Paaren.

Die Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts würde sämtliche bestehenden rechtlichen Differenzierungen und Diskriminierungen auf einmal einfach und dauerhaft beseitigen. Sie wäre ein deutliches Signal für die gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen. Und sie würde – auch das wurde hier schon deutlich gemacht von Frau Artus – auch der internationalen Entwicklung entsprechen, wonach gleichgeschlechtliche Zivilehen heute in vielen Ländern bereits zur Normalität gehören.

Hamburg war bereits im April – Herr Heintze, hier können Sie einmal aufpassen – Mit-Antragsteller zweier Bundesratsinitiativen zur rechtlichen Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit der Ehe im Kindschafts- und Einkommensteuerrecht. Der Senat, allen voran meine Behörde, wird sich auch weiterhin für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare einsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Hier wurde zu Recht angemerkt, dass die Bundesratsinitiative Berlins zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts im letzten Jahr keine Mehrheit gefunden hat. Das soll und darf uns aber nicht davon abhalten, diese richtige Forderung aus Hamburg weiterzuverfolgen.

Sowohl an Herrn Müller als auch an Herrn Heintze gerichtet: Ich wundere mich doch ein wenig, wenn Sie als Landespolitiker und Bürgerschaftsabgeordnete den Bundesrat als den falschen Weg bezeichnen. Dies ist genau der Weg, denn über den Bundesrat wirken die Länder an der Bundesgesetzgebung mit. Insofern ist es durchaus der richtige Weg und das wollen wir hier auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Als weltoffene Stadt wollen wir auch in Zukunft Vorreiter und Motor für eine offene Gesellschaft sein, die verschiedene Lebensentwürfe und Formen des Zusammenlebens respektiert und fördert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/744 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Punkt 38 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/739, Interfraktioneller Antrag, Ausbau der Schnellbahnlinie 4 nach Ahrensburg/Bad Oldesloe: Bund in die Verantwortung nehmen, Vorentwurfsplanung in Auftrag geben.

**[Interfraktioneller Antrag:
Ausbau der Schnellbahnlinie 4 (S 4) nach Ahrensburg/Bad Oldesloe: Bund in die Verantwortung nehmen, Vorentwurfsplanung in Auftrag geben
– Drs 20/739 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Buschhüter, Sie haben es. Und ich bitte auch hierfür um etwas Ruhe im Saal.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bereits im letzten Herbst hatten wir eine Debatte über das Projekt S4, den Bau einer S-Bahn von Hamburg nach Ahrensburg, Bargteheide und Bad Oldesloe. Die Bürgerschaft hatte damals einstimmig beschlossen, dass mit dem Bund Gespräche über die Finanzierung des Projekts aufgenommen und von den Ländermitteln für die Vorentwurfsplanung bereitgestellt werden sollen. Über die Finanzierung der Vorentwurfsplanung haben die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bereits Einigkeit erzielt und mit dem Bund hat auch bereits ein erstes Gespräch stattgefunden.

Ende Februar stellten die Ländervertreter das Projekt S4 im Bundesverkehrsministerium vor. Als sie zurückkamen, war die Freude groß. Der Bund unterstütze das Projekt, so lautete die Nachricht, jetzt seien nur noch Einzelheiten der Finanzierung zu klären und dafür solle es kurzfristig ein weiteres Gespräch geben. Das war Ende Februar. Seit März bemühen sich die Länder nun um einen weiteren Termin und blitzen beim Bund immer wieder ab. Warum diese Hinhaltetaktik? Gemutmaßt wird, dass der Bund sein Geld in den S-Bahn-Ausbau in München stecken will, sollte die Stadt den Zuschlag für die Winterolympiade erhalten; so wird der Bund seiner Verantwortung nicht gerecht. Auch wenn an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums ein Bayer steht, so sind doch die Mittel des Bundes für das gesamte Bundesgebiet da und nicht nur für den Süden.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Herr Buschhüter, ich wollte noch einmal um Ruhe bitten. Wenn sich vielleicht die hinten Stehenden nach draußen begeben würden oder sich hinsetzen, dann könnten wir alle den Ausführungen des Abgeordneten folgen.

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): Meine Fraktion ist fast geschlossen da, das ist großartig.

Gegen diese Hinhaltetaktik des Bundes wenden wir uns mit dem Antrag und fordern, dass der Bund den Gesprächsfaden in puncto S4 wieder aufnimmt.

Ich sage Ihnen, warum der Bund hier mehr als bei allen anderen Nahverkehrsprojekten in der Pflicht steht. Im letzten Sommer war ein Gutachten zum Eisenbahnknoten Hamburg bekannt geworden, demzufolge 60 Prozent des verkehrlichen Nutzens der S4 auf den Güter- und Personenfernverkehr entfallen, und dafür ist der Bund zuständig. 40 Prozent des Nutzens der S4 entfallen auf den Nahverkehr, dafür sind die Länder zuständig. Das Projekt S4 ist also, anders, als man es erwarten würde, in erster Linie eigentlich gar kein Nahverkehrsprojekt, sondern ein Projekt für den Güter- und Schienen-

fernverkehr. Das unterscheidet es von Projekten wie der Flughafen-S-Bahn oder auch der U4. Das Gutachten hat deutlich gemacht, dass hier in erster Linie der Bund in der Verantwortung steht, wenn es um die Kosten des Projekts geht. Wer den meisten Nutzen aus dem Streckenausbau zieht, muss den entsprechenden Teil der Kosten auch übernehmen.

Im zweiten Teil unseres Antrags geht es um die sogenannte Vorentwurfsplanung. Wir wollen, dass sie jetzt kurzfristig in Angriff genommen wird. Als noch zu erwarten war, dass das zweite Gespräch mit dem Bund kurzfristig stattfinden würde, war es in Ordnung, diesen Termin noch abzuwarten, bevor der Auftrag für die Vorentwurfsplanung erteilt wurde. Doch nachdem nun Monate nichts passiert ist, können wir nicht länger warten. Ich denke sowieso, dass wir nicht zu zögerlich an die Sache herangehen dürfen, sondern auch einmal mit einer Planung in Vorleistung treten müssen.

(Beifall bei *Jens-Peter Schwieger, Frank Wiesner, beide SPD* und *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Bayern macht es uns doch vor. Da wird schon einmal eine Planung ohne Rücksicht auf den Bund vorangetrieben und wenn sie fertig ist, wird dem Bund die Pistole auf die Brust gesetzt. Was Verkehrsprojekte angeht, können wir noch viel von unseren Kollegen im Süden der Republik lernen.

Die Vorentwurfsplanung jetzt in Auftrag zu geben, hat auch noch ganz andere, praktische Gründe. Zum einen läuft uns die Zeit davon, wenn es darum geht, ergänzend auch Mittel aus dem GVFG Bundesprogramm in Anspruch zu nehmen, denn das läuft bekanntlich 2019 aus. Außerdem wird entlang der Strecke schon jetzt viel gebaut; zuallererst ist hier die Aufhebung der Bahnübergänge zu nennen.

Andere Vorhaben wie der barrierefreie Ausbau der S-Bahn-Haltestelle Hasselbrook kommen nicht voran, solange nicht klar ist, welche Veränderungen der Bau der S4 dort mit sich bringt. Deshalb ist die Vorentwurfsplanung schon jetzt so wichtig, denn wenn die Ergebnisse erst einmal vorliegen, können andere Bauvorhaben darauf abgestimmt werden, das ist nur vernünftig.

Meine Damen und Herren! Nur mit der S4 kann es auf der Strecke nach Ahrensburg einen 10-Minuten-Takt geben, mit zusätzlichen Haltestellen kann man die Wohngebiete erschließen – mit modernen S-Bahn-Zügen, die über den Hauptbahnhof hinausfahren.

Dass die S4 in den nächsten vier Jahren gebaut wird, ist unrealistisch und nicht zu erwarten. Ziel muss es aber sein, dass die S4 spätestens dann in Betrieb geht, wenn 2020 die feste Fehmarnbelt-Querung fertig gestellt ist, denn dann wird der Verkehr auf der Strecke Hamburg-Lübeck

(Ole Thorben Buschhüter)

noch weiter zunehmen. Nicht nur das, die Strecke Hamburg-Lübeck ist Teil der transeuropäischen Magistrale Stockholm-Palermo, auf der zukünftig dem Güterverkehr sogar Vorrang eingeräumt werden soll zulasten des Personennahverkehrs. Ohne eigene Gleise für die S-Bahn droht der schon jetzt unzureichende Nahverkehr auf der Strecke nach Ahrensburg sprichwörtlich unter die Räder zu geraten. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* und *Heike Sudmann*, beide *DIE LINKE*)

Den größten Nutzen für die ganze Stadt wird die S4 übrigens am Hauptbahnhof entfalten, denn nur die S4 kann die Kapazitätsengpässe des Hauptbahnhofs lösen. Durch die Verlagerung von rund 100 Nahverkehrszügen aus dem Fernbahnteil des Hauptbahnhofs in den S-Bahn-Teil wird Platz geschaffen für die Abfertigung vieler anderer Züge. Ganz Hamburg profitiert insofern von der S4, nicht nur Wandsbek oder Stormarn.

(Beifall bei der SPD und bei *Heike Sudmann* *DIE LINKE*)

Auch in der Verkehrspolitik sehnen sich viele nach so etwas wie einem Hamburger Verkehrsfrieden. Zumindest in puncto S4 haben wir dies erreicht. Ich bin den anderen Fraktionen sehr dankbar dafür, dass sie weiterhin zum Projekt S4 stehen und sofort zugestimmt haben, als sich die Frage eines gemeinsamen Antrags zur aktuellen Entwicklung stellte. Es spricht wirklich für dieses Projekt, dass alle Fraktionen – ich betone: alle – hier an einem Strang ziehen und den Bau der S4 unterstützen und einfordern. Jetzt muss es uns nur noch gelingen, auch die CSU ins Boot zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Heike Sudmann* *DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Warnholz, Sie haben das Wort.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Jahren fordert die CDU in Hamburg die Einrichtung einer modernen und leistungsfähigen S-Bahnlinie 4 zwischen Ahrensburg und dem Hauptbahnhof in Hamburg.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Die Bürgerschaft hat daher auf Initiative der CDU-Fraktion bereits im Januar 2009

(Zuruf von der SPD: So spät!)

einen entsprechenden Antrag, die Drucksache 19/2097, verabschiedet und damit die Absicht eines Ausbaus der Strecke zwischen Hamburg

Hauptbahnhof und Ahrensburg nochmals ausdrücklich bekräftigt. Mit dieser Initiative, die Hamburg und Schleswig-Holstein im September 2009 gemeinsam mit der Deutschen Bahn gestartet haben, öffnet sich für die Bürger im Hamburger Osten und dem Umland, auch für die Pendler in der Region, eine historische Chance, an ein leistungsfähiges S-Bahn-Netz angebunden zu werden. Wie mein Vorredner schon sagte, warten die Bürger in den Stadtteilen des Bezirks Wandsbek zu Recht seit mehreren Jahrzehnten auf ihren Anschluss einer S-Bahn-Linie, die tatsächlich eine Alternative zum privaten Pkw-Verkehr darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger in Tonndorf, in Rahlstedt, in Meiendorf und dem Umland und in anderen Stadtteilen, die nicht unmittelbar an der Linie der U1 angeschlossen sind, fühlen sich zu Recht seit Jahrzehnten vom öffentlichen Personennahverkehr abgehängt und ausgeschlossen.

(*Heike Sudmann* *DIE LINKE*: Bürgerinnen auch!)

Daher unterstützt die CDU-Fraktion jeden Vorstoß dieses Hauses zur Errichtung der S-Bahn-Linie 4, die den Namen S-Bahn auch wirklich verdient hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Ole Thorben Buschhüter* SPD)

Ob der von der SPD angestrebte Ansatz aufgehen wird, die zugesagten Bundesmittel aus Berlin für die Stadtbahn auf das Projekt der S4 umzulegen, steht im Ermessen des Bundes. Ich kann den Senat nur auffordern, diese historische Chance nicht zu verspielen und verstärkt für unser Hamburg tätig zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Heike Sudmann* *DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen hat das Wort.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Interfraktionelle Anträge haben die Eigenschaft, in der parlamentarischen Debatte ein wenig langweilig zu sein, weil wir uns in der Tat in der Sache einig sind und Herr Buschhüter den Sachverhalt, die Vorgeschichte und den aktuellen Stand zutreffend dargestellt hat. Was wir brauchen, ist ein Blick auf die Frage, wie wir die Verkehrsverbindungen zwischen Umland und Hamburg besser organisieren können. Hierzu ist der Zusammenhang mit dem Hauptbahnhof zutreffend angesprochen worden, dass wir da Wesentliches erreichen könnten, wenn wir am Hauptbahnhof ein oder zwei Gleise freibekommen würden, um insbesondere die hoch attraktiven Metronom-Verbindungen in das südliche Umland noch besser durchzubinden. Hier gibt es große Po-

(Dr. Till Steffen)

tenziale, die geweckt würden. Wir haben natürlich die Chance, über die S4 die Erfolgsgeschichte der Verlängerung der S-Bahn in Richtung Stade zu wiederholen. Dort haben wir noch besser, als alle Prognosen das vorausgesagt haben, es geschafft, dass ein Umsteigen vom Auto auf die Bahn erfolgt ist. Das ist natürlich das, was wir uns von der Einrichtung der S4 in Richtung Ahrensburg und darüber hinaus versprechen.

Das leistet natürlich auch einen ganz anderen wichtigen Beitrag, über den sich auch der Bund wieder freuen dürfte, nämlich die Entlastung der Autobahn, die natürlich eine ganz wichtige Hinterlandbindung für die geplante Fehmarnbelt-Querung darstellen würde, so sie kommt. Das ist natürlich auch deswegen erheblich, weil sonst zu befürchten ist, dass die A 1 vollkommen verstopft sein wird mit den zusätzlichen Verkehren, die dadurch aufzunehmen sind.

Wenn wir die Erfolgsgeschichte der Verlängerung der S3 nach Stade über die S4 weiterschreiben wollen, stellt sich die Frage, ob diese Methode nicht auch noch in andere Richtungen anwendbar ist, und da gibt es ein Thema, das auch die SPD in der letzten Wahlperiode ausdrücklich behandelt hat, nämlich die Frage, ob wir nicht die AKN in Richtung Quickborn und Henstedt durch eine S-Bahn ersetzen wollen. Das wäre natürlich ein wichtiger Schritt, im Übrigen einer, der wesentlich günstiger zu haben ist als die S4. Deswegen hat es mich schon ein bisschen gewundert, dass bislang von der SPD dazu nichts zu hören war. Das würde auch große Potenziale bringen,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch in Arbeit!)

um Pendlerinnen und Pendler vom Auto auf die Bahn zu bringen und unsere Verkehrsprobleme zu entschärfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg hat das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht wirklich überraschen, dass natürlich auch die FDP diesem Interfraktionellen Antrag zustimmt.

(Beifall bei Dr. Kurt Duwe FDP und Heike Sudmann DIE LINKE)

Für den Applaus, Frau Sudmann, darf ich Ihnen sagen, dass wir uns auch dafür einsetzen werden, dass die S-Bahn auch ausreichend Fahrradkapazitäten haben wird;

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und Beifall bei der GAL und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

nicht zuletzt auch Fahrräderinnenkapazität, auch daran werden wir denken.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der bisher nur angedeutet wurde. Was uns als FDP an der Unterstützung der S4 besonders freut, ist die Tatsache, dass es bei der S4 Ahrensburg-Hamburg darum geht, Verkehr vom Auto auf die Bahn zu übertragen. Das ist außerordentlich sinnvoll. Es wurde schon angedeutet, dass diese Mittel bisher von Leuten für die Stadtbahn eingeplant waren. Da wäre es darum gegangen, Verkehr vom Bus auf die Bahn zu übertragen. Die jetzige Verwendung der Mittel ist deutlich besser und ökologischer. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, das Geld ist viel besser verwendet.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE und Karin Timmermann SPD)

Es wurde schon erwähnt, dass die Fördermittel des Bundes befristet sind; das GVFG wurde schon erwähnt. Deshalb besteht auch Eile und darum haben wir uns selbstverständlich diesem Antrag auch angeschlossen. Als ich zum ersten Mal von der Konkurrenz durch die Olympischen Spiele hörte, dachte ich, das kann nicht wahr sein. Aber da wir die Kollegen aus den südlichen Bundesländern ein bisschen kennen, ist diese Befürchtung möglicherweise doch nicht ganz so abwegig. Mit diesem gemeinsamen Antrag wird auch eine gemeinsame Aufgabe fällig. CDU und FDP sollten sich bemühen, in der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass das entsprechende Gesetz nicht geändert wird, das ist im Moment noch gesetzlich festgelegt. Die Kollegen von SPD und GAL mögen bitte das Gleiche im Bundesrat tun. Bei der CSU weiß ich es nicht so recht, da haben wir wenig Zugriff, Sie vielleicht mehr. Lassen Sie uns gemeinsam darum kämpfen, dass wir nicht nur einen gemeinsamen Antrag verabschieden,

(Thomas Völsch SPD: Sie haben eine Koalition in Bayern!)

sondern dass auch das, was wir alle gemeinsam und richtigerweise wollen, auch passiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Das Einzige, was ich heute erstaunlich finde, ist, dass einige Schwierigkeiten haben, mit einem Interfraktionellen Antrag umzugehen. Ich bin die Einzige, die bei allen geklatscht hat, weil wir alle dasselbe wollen und der Inhalt stimmt. Deswegen finde ich das ein bisschen traurig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD und vereinzelt bei der GAL)

(Heike Sudmann)

– Danke, es geht doch.

Es wird auch außerhalb dieses Hauses wahrgenommen, dass etwas Beispielloses passiert. Im "NahverkehrHAMBURG" war zu lesen:

"Unterdessen wächst auch in Hamburg der Druck auf den Bund: In einer beispiellosen großen Koalition..."

– ich habe ein bisschen gezuckt, als ich das gelesen habe –

"...forderten die Fraktionen von SPD, CDU, GAL, LINKE und FDP den Senat vor wenigen Tagen auf, 'mit Nachdruck auf den nächsten Gesprächstermin' (...) zu drängen."

Im "NahverkehrHAMBURG" ist auch zu lesen, dass angeblich jetzt aus dem Bundesverkehrsministerium die ersten Signale kommen und die Ansage sei, es solle noch vor der Sommerpause etwas passieren. Das stimmt mich optimistisch und ich hoffe, dass wir bei ganz vielen Verkehrsthemen, die nicht Straßen betreffen, sondern wirklich um den ÖPNV und die Verlagerung des Fernverkehrs auf die Schiene gehen, weiterhin Gemeinsamkeiten haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der GAL und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich dem Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 20/739 anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 und 33 auf, die Drucksachen 20/349 und 20/724, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Bau des Autobahndeckels auf der A 7 im Bereich Othmarschen und Antrag der CDU-Fraktion: Verlängerung des Altonaer A7-Deckels zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Bau des Autobahndeckels auf der A 7 im Bereich Othmarschen
– Drs 20/349 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Verlängerung des Altonaer A7-Deckels zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße
– Drs 20/724 –]**

Zur Drucksache 20/724 liegt Ihnen als Drucksache 20/847 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

[Antrag der FDP-Fraktion:

**Verlängerung des Altonaer A7-Deckels zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße
– Drs 20/847 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksachen 20/724 und 20/847 federführend an den Verkehrsausschuss und mitberatend an Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Roock, Sie haben es.

Ich bitte dort an der Wand um etwas mehr Ruhe oder führen Sie Ihre Gespräche bitte draußen. Herr Senator? – Danke schön.

Hans-Detlef Roock CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Überdeckung der A 7 ist ein großartiges städtebauliches Projekt, welches im Übrigen mit dazu beigetragen hat, dass Hamburg in diesem Jahr den Titel Umwelthauptstadt tragen darf.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg ist zudem eine prosperierende Metropole mit enormer Wirtschaftskraft, die solch ein Projekt durchaus stemmen kann. Diese Chance sollte unsere Stadt nutzen, um zum einen eine Stadtreparatur, die Zusammenführung von zwei durch die Autobahn zerschnittenen Stadtteilen, einzuleiten und zum anderen zusätzliche Fläche für den dringend benötigten Wohnraum zu gewinnen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Bezirksversammlung Hamburg-Altona und die Bürgerschaft haben sich in der Vergangenheit mehrfach parteiübergreifend für einen möglichst langen Deckel im Altonaer Bereich ausgesprochen. Deshalb sprechen wir mit unserem Antrag explizit die Verlängerung des Deckels auf dem Teilstück zwischen S-Bahn-Brücke und Behringstraße an. Hier ist zwingend eine Entscheidung vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens im Jahre 2012 zu treffen. Dazu gehört auch eine endgültige Entscheidung zur Verlagerung der Autobahnmeisterei, weil man unter Umständen diese Fläche zur Finanzierung benötigt. Daher ist es völlig unverständlich, dass bislang nur auf Arbeitsebene Gespräche mit dem Bund geführt werden; das hat meine Große Anfrage dazu auch ergeben. Das ist uns zu wenig, es muss eine politische Entscheidung auf Senatsebene getroffen werden, um den parteiübergreifenden Beschlüssen in Bürgerschaft und Bezirksversammlung gerecht zu werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die zuständigen Sensoren sind deshalb aufgefordert, persönlich mit dem Bund zu verhandeln. Soweit mir bekannt ist, steht auch der Bürgermeister bei der Deckel-Initiative im Wort

(Jan Quast SPD: Welcher jetzt, der neue oder der alte?)

(Hans-Detlef Roock)

und sollte sich deshalb auch persönlich für die Verlängerung des A7-Deckels einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Deckel-Initiative hat eine Kostenberechnung durchgeführt, mit der man sich auch aus Transparenzgründen gegenüber der Öffentlichkeit auseinandersetzen muss. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass die SPD-Fraktion die Anträge an die zuständigen Ausschüsse überweisen will. Das gibt uns die Chance, dieses wichtige Projekt konstruktiv zu begleiten. Fazit: Wir können den Senat nur auffordern, im Sinne unseres Antrags schon im Vorwege tätig zu werden, um die einmalige Chance für ein großartiges und einzigartiges städtebauliches Projekt nicht zu verspielen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Koeppen hat das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! So etwas gab es wohl noch nie. Eine Autobahn wird ausgebaut und die Betroffenen erwarten diesen Ausbau sehnsüchtig, denn es ist eine historisch einmalige Chance, eine Chance, eine städtebauliche Reparatur durchzuführen und ehemalige Sünden zu bereinigen. Als Ortsumgehung in alten Baustufenplänen ausgewiesen siedelten sich viele Menschen entlang der Strecke an, kauften Häuser und mussten hautnah miterleben, wie aus einer harmlosen Ortsumgehung eine Bundesautobahn wurde, eine der meist befahrenen in ganz Deutschland. Schon lange gab es im Hamburger Westen den Traum, die A 7 mit einem Deckel zu versehen. Noch vor wenigen Jahren wurde diese Vision freundlich belächelt. Nun wird dieser Traum in den Stadtteilen Schnelsen, Stellingen, Bahrenfeld und Altona Wirklichkeit; eine Autobahn wird in den Untergrund verbannt.

Während der Stellingener und Teile des Altonaer Deckels vom Bund finanziert werden, sollen der Schnelsener und die restlichen Teile des Altonaer Deckels von Hamburg bezahlt werden. Kostenschätzungen kommen dabei auf ein Gesamtvolumen von rund 167 Millionen Euro für den Hamburger Anteil – gut angelegtes Geld angesichts der einmaligen Chance für die Betroffenen und für die ganze Stadt. Aber diese 167 Millionen Euro müssen auch finanziert werden. In der Drucksache 19/2471 aus der 19. Legislaturperiode gab es dazu bereits erste Lösungsansätze. Mit dem Verkauf von Verwertungsflächen und der Verlagerung von Kleingärten auf den neuen Deckel sollten 126 Millionen Euro der Gegenfinanzierung gesichert werden.

Allerdings wurde in diesen 126 Millionen Euro der Erlös für den Verkauf der Bahrenfelder Trabrenn-

bahn mit 24 Millionen Euro eingerechnet. Zu diesem Zeitpunkt waren die Planungen für eine Doppelrennbahn in Hamburg-Horn noch aktuell, die aber vom damaligen Ersten Bürgermeister Ole von Beust gestoppt wurden. Eine aktualisierte Finanzplanung über die benötigten 167 Millionen Euro für die Hamburger Deckel wurde der Hamburgischen Bürgerschaft nie vorgelegt. Die Planfeststellungsverfahren laufen und bereits 2012 sollen die Bauarbeiten im Bereich Stellingen beginnen. Die Zeit drängt, denn wir dürfen eine einmalige Chance nicht leichtfertig vertun und müssen nun genau sehen, wie wir weitere Deckelabschnitte finanzieren können. Daher möchten wir die Anträge der CDU und auch der FDP an den Verkehrsausschuss überweisen, um uns dort über weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu unterhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU:* Sehr schön, Martina, sehr schön!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Deckel führt etwas wieder zusammen, was durch die Autobahn zerschnitten worden ist. Stadtteile, die voneinander getrennt und nur durch Brücken miteinander verbunden waren, wachsen durch den Neubau des Deckels wieder zusammen und bilden eine Einheit. Das ist eine wichtige Chance, die wir nutzen müssen. Die Initiative, die sich Ende Dezember mit einem Schreiben an die Verwaltung gewandt hat, hat einen Vorschlag zur Verlängerung im südlichen Teil gemacht – das haben wir eben schon im Einzelnen gehört –, der bis zur Behringstraße führt. Der entscheidende Punkt ist die Finanzierung. Ich finde es hoch interessant, dass sich eine Initiative so detailliert mit den finanziellen Planungen auseinandersetzt. Dies ist es wert, dass wir und auch die Verwaltung diese Vorschläge ernsthaft aufnehmen und weiterführen, in die Überlegungen mit einplanen und auch in Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Initiative in einer möglichst transparenten Art und Weise einbringen.

Ich war etwas enttäuscht über die Antwort auf die Große Anfrage der CDU, in der der Senat zwar grundsätzlich sagt, dass durch die Verlagerung der Autobahnmeisterei städtebauliche Nutzungsmöglichkeiten entstehen, dass sie denkbar sind, auch Wohnungsbau denkbar ist, aber dann gleichzeitig einschränkend sagt, durch die Lärmbelästigung der Anschlussstelle und der S-Bahn sei dies nur sehr begrenzt möglich.

(*Andy Grote SPD:* So ist das Leben!)

Wir müssen auch einmal darüber nachdenken, inwieweit lärmindernde Maßnahmen Möglichkeiten schaffen, ohne das gleich abzuwerten. Die Initiative hat es verdient, dass Gespräche geführt wer-

(Olaf Duge)

den. Wir unterstützen daher diesen Antrag und hoffen, dass wir im Rahmen der Ausschusssitzungen zu einer Lösung kommen, denn hierbei geht es um noch etwas mehr. Es geht letztlich um das, was auch die SPD wieder vorne angestellt hat, die Partizipation. Hier gibt es eine Möglichkeit dazu und die sollten wir jetzt auch wahrnehmen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg hat das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir müssen das nicht allzu zahlreiche Publikum enttäuschen. Normalerweise streiten wir uns über Verkehrsthemen mehr. Aber heute ist es ein gemeinsamer Antrag und in diesem Punkt sind wir uns weitgehend einig.

(*Jan Quast SPD:* Das ist ja schon ein Stadtentwicklungsthema!)

Die wichtigen Punkte wurden schon genannt: Lärmschutz, Verbindung getrennter Stadtteile, Bau von Wohnungen. Der Grüngürtel zur Elbe wurde nicht genannt, auch das ist für uns ein wichtiger Punkt. Ich möchte mich dem Lob an die Initiative anschließen. Ich finde, diese Initiative ist ein wunderschönes Beispiel dafür, dass viele Bürgerinitiativen nicht destruktiv, sondern konstruktiv sind. Sie sagen nicht nur, sie wollten das nicht oder ganz anders oder ganz viel haben, sondern sie haben sich selber Gedanken über die Finanzierung gemacht.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ")

Diese Initiative sollte auf jeden Fall aufgenommen werden und sollte uns Anlass dafür sein, das noch einmal zu durchdenken.

Wir sind grundsätzlich für den Antrag, sind aber der Meinung, dass zwei Ergänzungen notwendig sind; darum haben wir einen Zusatzantrag gestellt. Zunächst einmal war im CDU-Antrag keinerlei zeitliche Vorgabe enthalten. Wir sind der Auffassung, dass dieser Deckel durchaus einer gewissen Beschleunigung bedarf, nicht zuletzt deshalb, weil südlich der Elbe Bauarbeiten an der A 7 beginnen. Es wäre sinnvoll, diese Bauarbeiten nördlich der Elbe damit zu kombinieren. Deshalb haben wir uns erlaubt, eine Frist zum 31. Dezember 2011 für den Bericht, nicht für einen Beschluss, und für die weitere Diskussion einzubauen. Das ist unser erster Punkt.

Der zweite Punkt: Die Bezirksversammlung Hamburg-Altona hat sich am 22. April 2010 auch einstimmig zu diesem Punkt verhalten und hat dazu Vorschläge gemacht. Wir sind der Auffassung, dass die Vorschläge der Bezirksversammlung Hamburg-Altona sinnvoll sind, und haben deshalb

auch als Zusatzantrag gestellt, dass die Bürgerschaft sich diesen Vorschlägen der Bezirksversammlung Hamburg-Altona anschließt. Das sind die beiden Punkte, die wir in unserem Zusatzantrag gestellt haben. Es ist eine große Chance für Hamburg, die wir gemeinsam nutzen wollen. Wir schließen uns dem Antrag der SPD auf Überweisung an den Verkehrsausschuss und den Stadtentwicklungsausschuss an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Ich möchte auch in das Lob an die Initiative einstimmen, aber ich gehe ein bisschen weiter zurück als Sie. Ich weiß nicht, ob Herr Grabow und die anderen heute hier sind.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Nein!)

Seit Mitte der Neunzigerjahre kämpft diese Initiative dafür, dass es einen Deckel gibt. Sie hat diese Idee überhaupt erst geboren und sie hat sie geboren im Zusammenhang mit der vierten Elbtunnelröhre. Zur Ehrenrettung der Initiative sei gesagt, dass sie bestimmt nicht darauf wartet, dass die A 7 endlich ausgebaut wird, sie wollte schon lange eine Lärmberuhigung haben, womit sie auch Recht hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will auch gerne noch hinzufügen, dass wir es als LINKE unmöglich finden, dass sich erst etwas bewegt, wenn diese Autobahn, die schon als große Belastung vorhanden ist, vierspurig ausgebaut wird. So stelle ich mir weder Stadtentwicklungs- noch Verkehrspolitik vor.

Ich bin froh, dass Sie alle gesagt haben, dass eine aktive Initiative ein tolles Beispiel für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung sei. Niemand von Ihnen hat bisher erwähnt, dass es noch eine aktive Initiative in Altona gibt, "Apfelbaum braucht Wurzelraum", die unter anderem ein Bürgerbegehren initiiert hat, das auch sehr erfolgreich war, aber vom damaligen Senat – Herr Roock, daran war Ihre Partei auch beteiligt – wunderbar einkassiert wurde. Das heißt, die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen hat ganz schön viele Lücken, die ausgebaut werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich wird auch diesmal die Frage sein, wenn wir so weit kommen und es irgendwann einen Deckel gibt, was dort eigentlich an Wohnungen gebaut wird. Wir reden zurzeit wegen der Finanzierung nur von hochpreisigem Wohnungsbau, aber wir haben in Hamburg keinen Mangel an hochpreisigen Wohnungen, sondern wir haben einen Mangel an günstigen Wohnungen und an Sozialwoh-

(Heike Sudmann)

nungen. Von daher werden wir noch sehr viel zu debattieren haben. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kien-scherf SPD*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dobusch, Sie haben das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch ein paar Argumente hinzufügen. Es herrscht große Einigkeit in dieser Sache. Wir sind uns einig, dass der A7-Deckel von grundsätzlicher Bedeutung für die ganze Stadt ist. Aus Altonaer Sicht ist der Deckel natürlich von immenser Bedeutung, das ist schon mehrfach hervorgehoben worden. Alleine die Abschaffung der Trennung der Stadtteile, die derzeit zerrissen sind, wäre schon eine Großtat. Jetzt sind noch andere Aspekte hinzugekommen, zum Beispiel die Umwidmung des Gewerbegrundstücks im Othmarscher Park. Dort werden weitere 700 Wohnungen entstehen. Auch das ist ein weiteres Argument für einen Deckel und auch für einen längeren Deckel.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Da darf es auf der Autobahnmeisterei aber auch nicht zu laut sein!)

Wir haben versprochen, den Wohnungsbau in Hamburg endlich in angemessener Art und Weise zu forcieren, und das tun wir auch an dieser Stelle. Das ist ein Argument für einen langen Deckel und würde gegen eine Galerielösung sprechen. Allerdings können wir die finanziellen Aspekte nicht völlig außer Acht lassen. Die Initiative macht eine ganz andere Rechnung auf als die Behörde. Diese Fragen, da gebe ich Ihnen recht, einschließlich der Belange der Kleingärtner zum Beispiel, der möglichen Verlagerung und so weiter sollten durchaus noch einmal diskutiert und die Argumente ausgetauscht werden. Das betrifft auch die Frage des Verkehrsmanagements im Zusammenhang mit den Baustellen, die uns zukünftig noch jahrelang beschäftigen werden; da sind wir uns auch einig.

Ich erlaube mir noch eine Anmerkung zu dem Teil des CDU-Antrags, der eine öffentliche Veranstaltung fordert. Liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU, ich nehme an, dass Sie die Antwort auf Ihre Anfrage vom 27. Mai auch gelesen haben. Darin führt der Senat in Punkt 10 aus, was er an Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger durchzuführen plant. Wir sind auch und vor allem in Altona damit angetreten, für mehr Transparenz zu sorgen. Das tun wir auch beim Wohnungsbau und natürlich auch beim Ausbau der A 7, da können Sie ganz sicher sein. Wir wollen den Dialog und stimmen auch deshalb einer Überweisung an den Ausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/349 Kenntnis genommen hat.

Wer möchte nun die Drucksachen 20/724 und 20/847 federführend an den Verkehrsausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge überwiesen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 39, Drucksache 20/740, Antrag der GAL-Fraktion: Umwelthauptstadt 2011: Energiewende nutzen – EnergieCampus für Hamburg!

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Umwelthauptstadt 2011: Energiewende nutzen
– EnergieCampus für Hamburg!
– Drs 20/740 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/849 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Umwelthauptstadt 2011: EnergieCampus
– Spitzenforschung und gewerblich-technische
Aus- und Weiterbildung für die Zukunft stärken
– Drs 20/849 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Duge, bitte.

Olaf Duge GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Zukunft Hamburgs hängt entscheidend von der Integrationsfähigkeit ab, die diese Stadt aufbringt. Sie hängt von ihrer Intelligenz ab, sprich von den Bildungsmöglichkeiten und -einrichtungen, und sie wird abhängen von dem Innovationspotenzial, das diese Stadt aufbringen wird. Für die Attraktivität dieser Stadt müssen wir Vorsorge betreiben. Es reicht nicht, wenn Hamburg sich auf Erreichtem ausruht. Wer europäisch und global bestehen will, muss sich den neuen Herausforderungen und Veränderungen stellen. Dazu ist es notwendig, dass Hamburg seine Stärken nicht einseitig nur auf einen einzelnen Wirtschaftszweig setzt oder die bereits entwickelten Wirtschaftszweige stärkt, sondern organisatorisch und planerisch Voraussetzungen auch für zukunftsfähige Wirtschaftszweige schafft.

Meine Damen und Herren! Die Energiewende durch den Atomausstieg, die Fukushima traurigerweise erst beschleunigt hat, fordert diese Stadt geradezu heraus, Initiativen zu ergreifen und Unternehmen, die dem Cluster Erneuerbare Energien zuzurechnen sind – nur als Beispiel: Anlagentechniken, ökologische Baustoffe, Umweltinformatik, Bionik und vieles andere mehr –, ein Flächenzentrum,

(Olaf Duge)

einen Hamburger EnergieCampus bereitzustellen, auf dem sie zusammenwirken und sich entwickeln können.

Hamburg kann damit nicht nur seinem Titel als Umwelthauptstadt gerechter werden, Hamburg kann damit auch durch einen wichtigen Impuls für die Sicherung seiner zukünftigen Arbeitsplätze und Entwicklungschancen sorgen. Ich erinnere an die Rede des Bürgermeisters von vorhin, der besonderen Wert darauf legte, dass die Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der jungen Menschen als selbstbestimmte und eigenständig entscheidende Wesen geschaffen werden. Ein solches Zentrum schafft natürlich auch Qualitäten in der Ausbildung und genau in der Möglichkeit, sein Leben bestreiten zu können. Deswegen ist es wichtig, dass diese Unternehmen eine Möglichkeit bekommen und eine solche Einrichtung schaffen, weil diese Unternehmen die Lebensqualität der Menschen in Hamburg verbessern.

(Beifall bei der GAL)

Überlassen Sie diese Chance nicht anderen Städten, die schlafen auch nicht. Hamburg ist für viele innovative Technologien, insbesondere für die Energiegewinnung, aber übrigens auch die Energieeinsparung, der richtige Standort, ein attraktiver Standort. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag auf Überweisung zuzustimmen und erste unverzichtbare Schritte einzuleiten, die Errichtung eines Technologie- und Science-Park, möglicherweise in Kooperation mit Kammern, Verbänden und Forschungseinrichtungen, anzuschließen und mögliche Standorte ins Visier zu nehmen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Gritz, Sie haben das Wort.

Daniel Gritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duge, Politikverdrossenheit und die Unglaubwürdigkeit einiger Parteien entsteht auch dadurch, dass ihre Vertreter in der Opposition anders reden und handeln als noch zu Zeiten der Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Und andersrum!)

– Herr Wersich, warten Sie ab, ich habe noch einen Spannungsbogen eingebaut.

Herr Duge, was Sie in Ihrem Antrag fordern, hätten Sie in dieser Dimension vor einem Jahr noch nicht einmal angedacht.

(*Jens Kerstan GAL:* Was? Das stimmt doch nicht!)

Sie fassen bestehende und angedachte Cluster zu einem Megacluster zusammen und nennen den dann EnergieCampus.

Vielleicht sollte ich noch einmal sagen, dass ich der Cluster sage und nicht das Cluster, damit Sie nicht denken, dass ich nicht einmal richtig sprechen kann. Also der Cluster, nach dem Duden.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Erzähl' doch mal weiter!)

Ein Cluster als solcher ist erst einmal überhaupt nichts Schlimmes und förderungswert. Aber Sie spannen dann einen Bogen von Berlin-Adlershof bis Silicon Valley. Ich habe nebenbei in Ihrer Presseerklärung gelesen, dass Sie Silicon Valley als Maßstab für Hamburg nehmen wollen. Geht es nicht noch dicker, kann es noch ein halbes Pfund mehr sein?

(Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

– Herr Kerstan, ich kann Ihnen das ganz genau sagen. Silicon Valley ist zum Beispiel ein historisch gewachsener Cluster. Hier geht es darum, künstlich ein Cluster zu schaffen. Das muss nicht zwingend schlechter sein, nur dann sollte man darauf achten, Herr Kerstan, dass man auch Dinge in einem Cluster zusammenfasst, die zusammenpassen, und nicht welche, die man zusammenfasst, weil es modern ist, ein Cluster zu bilden.

(Beifall bei der SPD)

Sie, liebe Kollegen von der GAL, fassen Dinge zusammen, die irgendwie nach Technik und Bio klingen, und deswegen kommen sie zusammen in ein Cluster, in dem Fall erneuerbare Energien, Umwelttechnologie und umweltbezogene Biotechnologie.

(*Antje Möller GAL:* Was würden Sie denn machen?)

Genauso könnten Sie aber auch Spargel mit Senf und Himbeereis in einen Topf werfen und daraus einen Brei kochen. Auch das hat alles etwas mit Essen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Es passt aber geschmacklich nicht zueinander. Es harmonisiert nicht. Es bleibt weiter unklar, was Sie eigentlich wollen.

(Heiterkeit bei *Roland Heintze CDU*)

Ein Technologie- oder Sciencepark, Herr Heintze, wenn Sie schon so schön lachen, ist etwas anderes als ein Campus.

(*Viviane Spethmann CDU:* Wissen Sie, was das ist?)

Sie haben zu schwarz-grünen Koalitionszeiten den Begriff Campus immer verwandt in Verbindung mit universitären und außeruniversitären Vernetzungen. Dazu aber braucht man keine großen Flächenressourcen wie im ehemaligen Huckepack-Bahnhof Rothenburgsort oder Bergedorf-Süd oder im westlichen Wilhelmsburg.

(Daniel Gritz)

*(Karl-Heinz Warnholz CDU: Und Rahlstedt?
– Olaf Ohlsen CDU: Wie in Eidelstedt!)*

Die Möglichkeit von dem, Herr Duge, was Sie in Ihrem Antrag wollen, soll dann noch extern analysiert werden durch eine große Markt- und Potenzialanalyse im nordeuropäischen Rahmen. Also soll es auch hier die ganz große Nummer sein.

Es existiert doch schon der Cluster "Erneuerbare Energien Hamburg". Er hatte seinen operativen Start in diesem Januar und läuft recht gut an. Er hat einen stetigen Zuwachs und inzwischen 130 Fördermitglieder. Es gibt weiterhin den KlimaCampus als Zusammenschluss von Hochschuleinrichtungen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Auch hier wird Grundlagenforschung betrieben. Wir haben außerdem 32 Millionen Euro im Rahmen des Exzellenzclusters CliSAP durch Bundesmittel und Hamburger Mittel eingesetzt. Hamburg ist dadurch in der Forschungsförderung bereits festgelegt.

Im Übrigen hat Hamburg diesen Zuschlag nur erhalten, weil bereits drei große, renommierte Forschungseinrichtungen in Hamburg und Umgebung ansässig sind.

(Zuruf von Thilo Kleibauer CDU)

– Das können Sie nachlesen in Drucksache 19/8311.

Dazu aber, Herr Duge, wollen Sie auch noch Institute der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft hier ansiedeln. Das würde aber bedeuten, dass Hamburg noch einmal weitere Millionen Euro locker macht.

Im Übrigen eröffnen Sie eine Baustelle nach der anderen. Anstatt immer mehr haben zu wollen, muss es doch erst einmal darum gehen, das Vorhandene zu fördern und die Exzellenz zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag, Herr Duge, ist gut gemeint, aber handwerklich ein unstrukturierter Schnellschuss. Wir werden ihn und ebenso die Überweisung ablehnen. Wir werden ebenso den Ergänzungsantrag der CDU ablehnen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das kann ja wohl nicht sein!)

Er ist eine konsequente Fortführung der Drucksache 19/8311. Immerhin waren Sie da so schlau, die ganzen externen Gutachten herauszunehmen, denn Sie wissen als ehemalige Mehrheitsfraktion, dass das eine Menge Geld kostet.

(Dietrich Wersich CDU: Zukünftig!)

Herr Duge, was Sie in Ihrem Antrag beschreiben, hätten Sie vor einem Jahr noch nicht gemacht. Damals haben Sie kleine und kleinste Brötchen gebacken, jetzt aber sind daraus gewaltige Kaiser-

semmeln geworden aus Weißmehl mit viel Luft drin.

(Beifall bei der SPD und Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir von der SPD backen mittelgroße Brötchen,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

mittelgroß, nahrhaft und ohne viel Treibmittel.

Im Wahlprogramm der SPD haben wir den Hamburgerinnen und Hamburgern aber nicht nur leichte Kost versprochen,

(Jens Kerstan GAL: Darf ich das zitieren?)

also ein Programm, das leicht umzusetzen wäre, sondern es sind auch einige Kracher darin. Mein Vorsitzender, Herr Dressel, hat vorhin dargelegt, was das alles für Punkte sind.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Sie sind nicht alle leicht verdaulich, aber wenn wir nicht faul sind, kann man das alles umsetzen, was wir da hineingeschrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL! Wenn Sie uns dabei mit konstruktiven Vorschlägen weiter unterstützen, dann werden wir in unserer Umsetzung auch noch schneller sein. Davon würden dann nicht nur wir als Hamburger SPD profitieren, sondern alle, die uns dabei helfen.

(Olaf Ohlsen CDU: Iss man noch mal 'ne Semmel heute Abend!)

Dann würde auch die Wahlbeteiligung wieder steigen und möglicherweise auch die Glaubwürdigkeit der Politik. Vor allem aber würden die Hamburgerinnen und Hamburger davon profitieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Stöver, Sie haben das Wort.

(Arno Münster SPD: Welche Brötchen backen Sie denn?)

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Gritz, ich bin einigermaßen fassungslos über das, was Sie uns geboten haben. Ihre Argumentation und auch Ihre Vergleiche sind

(Olaf Ohlsen CDU: Semmelmäßig!)

völlig unverständlich und ich glaube, Sie haben den Kern beider Anträge überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Birgit Stöver)

Der Antrag der GAL beschäftigt sich nach der Reaktorkatastrophe in Japan mit der Verschiebung von Forschungsschwerpunkten hin zu den erneuerbaren Energien, und das ist richtig so.

(Andy Grote SPD: Das wusste die GAL auch schon vor Fukushima!)

Der avisierte Ausstieg aus der Kernenergie und der Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien sind wirklich nur durch technologischen Fortschritt möglich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg ist mit seinen Hochschulen und auch mit der TU Hamburg-Harburg in den verschiedenen Bereichen der Energietechnik in Forschung und Entwicklung bereits gut aufgestellt. Um diese Position aber zu halten und auszubauen, ist es zwingend erforderlich, innovative und zukunftsfähige Entwicklungen weiter voranzubringen. Hamburg ist mit der Ansiedlung von großen Unternehmen wie Nordex, Conergy und REpower bereits heute ein wichtiger Standort im Bereich der erneuerbaren Energien.

Herr Gritz, Sie haben tatsächlich noch die Kurve gekriegt, denn der Cluster "Erneuerbare Energien" ist bereits im letzten Jahr gegründet worden und hat seine Arbeit aufgenommen. Er soll ein kompetentes Netzwerk aufbauen und Synergieeffekte nutzbar machen.

Meine Damen und Herren! Die Energieforschung bietet die Chance, unsere energie- und klimapolitischen Ziele wirksamer, schneller und im Endeffekt auch kostengünstiger zu erreichen

(Andy Grote SPD: Wozu brauchen wir jetzt den GAL-Antrag?)

und zugleich unsere internationale technologische Wettbewerbsfähigkeit auszubauen.

Der vorliegende Antrag der GAL ist eine Bestärkung der Forderung aus den bestehenden Klimaschutzprogrammen nach der Anwerbung einer außeruniversitären Einrichtung

(Andy Grote SPD: Wir brauchen nicht die Bestärkung, das wissen wir auch so!)

wie zum Beispiel nicht das Max-Planck-Institut und das Fraunhofer-Institut, sondern wie das Max-Planck- oder das Fraunhofer-Institut. Dabei möchte ich bemerken, dass Hamburg das einzige Bundesland ist, das zurzeit kein Fraunhofer-Institut unterhält.

(Andy Grote SPD: Auch in den letzten zehn Jahren nicht!)

– Das stimmt, auch in den letzten zehn Jahren nicht.

Mit Blick auf die beschleunigte Umsetzung der Energiewende ist es unbestritten wichtig, einen großen Schwerpunkt auf die Forschung zu legen. Dennoch stellen wir mit unserem Zusatzantrag klar, dass es mindestens ebenso wichtig ist, den gewerblich-technischen Bereich nicht zu vernachlässigen. Auch hier, Herr Gritz und liebe Kollegen von der SPD, ist Ihre Ablehnung unverständlich, denn bereits heute fehlen uns Fachkräfte.

(Beifall bei Jens Kerstan GAL)

– Danke schön für den Applaus, Herr Kerstan.

Bereits heute fehlen Fachkräfte und hier hat Herr Gritz mit seinem Vergleich mit Brötchen immerhin schon das Handwerk erwähnt. Da Fachkräfte fehlen, wird es schwierig, die erneuerbaren Energien auch in der erforderlichen Qualität in der Metropolregion zu installieren, wie dies für die Erreichung der besten Wirkungsgrade unerlässlich ist.

Meine Damen und Herren! Laut einer repräsentativen Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young entgehen dem Hamburger Mittelstand allein in diesem Jahr 750 Millionen Euro Umsatz, weil die entsprechenden Fachkräfte fehlen. Und das wollen Sie, liebe Kollegen von der SPD, nicht unterstützen? Bundesweit sind es sogar knapp 30 Milliarden Euro. 77 Prozent der von Ernst & Young befragten Hamburger Mittelständler geben an, ...

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Stöver. Ich bitte im Plenarsaal um etwas mehr Ruhe. Führen Sie Ihre Gespräche bitte draußen. Bitte fahren Sie fort.

Birgit Stöver (fortfahrend): 77 Prozent der von Ernst & Young befragten Hamburger Mittelständler geben an, dass es ihnen schwer oder sogar sehr schwer fällt, neue, ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Dem gilt es doch ganz entschieden entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses ist daher für die Stadt und auch für die Metropolregion, insbesondere mit dem Blick auf die Branche der erneuerbaren Energien, von entscheidender Bedeutung. Der Ausbau und die Stärkung der anerkannten Kompetenz- und Bildungszentren – wir fordern gar nicht die Einrichtung neuer Institutionen – müssen in Hamburg gestärkt werden. Das sollte oberste Priorität haben.

(Andy Grote SPD: Wo steht das in dem GAL-Antrag?)

Damit sollten gute Voraussetzungen geschaffen werden, den Fachkräftemangel abzumildern. Wir fordern daher den Senat mit unserem Zusatzantrag auf, mit dem EnergieCampus auch die Bündelung von gewerblich-technischen Kompetenzen zur

(Birgit Stöver)

Weiterbildung von am Markt orientierten Fachkräften zu unterstützen, die vorhandenen Aus- und Weiterbildungsstrukturen für die nachgefragte Praxis nahe Kompetenzvermittlung der erneuerbaren Energien zu stärken und weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren! Auch hier schließe ich mich Herrn Duge an: Hamburg darf die Entwicklung nicht verschlafen, das ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute nenne ich gleich. Es gibt den EnergieCampus, er hat jetzt schon vier Forschungsschwerpunkte und wird in den nächsten Monaten noch sechs weitere Forschungsschwerpunkte haben. In diesem EnergieCampus arbeitet auch ein Fraunhofer-Institut und es ist auch eine Handwerkskammer involviert.

Die schlechte Nachricht ist: Es ist der EnergieCampus Nürnberg, der in diesem Jahr begonnen hat, und zwar auf Initiative einer dunkel-schwarz-gelben Regierung. Das darf ich Ihnen einmal ins Stammbuch schreiben. Unsere Fraktion wird beide Anträge unterstützen.

Diese Entwicklung in Bayern zeigt nur, wie dringend und eilig dies vorangebracht werden muss, und zwar auch strategisch so gezielt, wie es in Bayern der Fall ist. Wir haben einen Cluster, und ich als Wissenschaftler habe schon jahrzehntelange Erfahrung mit interdisziplinären Clustern und der dazugehörigen Zusammenarbeit.

2009 wurde dieser Cluster "Erneuerbare Energien" geboren. Diese Cluster sind sehr gut für Institutionen, um Erfahrungen auszutauschen und auch um zu sehen, wie die eigene ökologische Nische im Förderdschungel weiter ausgebaut wird. Es ist wichtig, strategisch in eine Richtung zu arbeiten, um Ergebnisse zu erzielen, die wirkungsvoll sind und die wir gerade jetzt im Energiebereich brauchen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ich habe noch eine weitere gute Nachricht: Es gibt noch Hoffnung, denn in dieser Freien und Hansestadt Hamburg gibt es schon Institutionen, die daran arbeiten. Seit einem Jahr hat die TuTech in Harburg versucht, ein Grundstück zu erwerben, um für einen Teil eines Instituts eine Erweiterung zu schaffen, nämlich das Center for Green Technologies dort zu erweitern. Sie haben es jetzt geschafft, und zwar aus eigenem Antrieb und nicht durch die Politik, die nämlich nicht vorweg gegangen ist, sondern eher Bedenkenträgerei offenbart hat. In Steinwurfnähe gibt es einen Elbcampus, bei dem die Handwerkskammer schon sehr viel tut,

auch in der Ausbildung und im Energiebereich. Dort wäre meines Erachtens eine Möglichkeit, diesen EnergieCampus zumindest am Anfang zu stationieren. Wichtig ist, dass wir dort wirklich investieren.

Wenn Sie uns fragen, wo das Geld herkommen soll: Wir haben einen großen Etat für Klimaschutzmaßnahmen und wenn es uns wichtig ist, diesen EnergieCampus zu erstellen, dann müssen wir sehen, welche Maßnahmen, die man eigentlich gern hätte, vielleicht doch nicht oberste Priorität haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich dem gleich anschließen, was Herr Duwe gesagt hat. Es gibt in Hamburg schon eine ganze Menge Institutionen, Forschungsschwerpunkte und Einrichtungen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn die SPD diese beiden Anträge an den Umweltausschuss überwiesen hätte. Es wäre gut, wenn wir darüber diskutieren könnten oder uns auch in Selbstbefassung damit auseinandersetzen. Es ist sehr schade, dass Sie das ablehnen.

Inhaltlich muss ich dazu sagen – wir hörten es schon öfter –, dass es seit Mitte 2009, von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ins Leben gerufen, einen Cluster "Erneuerbare Energien" gibt; es steht auch in dem Antrag. Hier wird sehr viel Netzbildung betrieben, man unterstützt sich gegenseitig und tauscht sich aus. Statt, wie im Antrag der GAL gefordert, eine norddeutsche Marktanalyse zu machen – von der ich auch gern wüßte, wie teuer sie ist – und weiter das Potenzial, das Szenario und die Wirtschaftlichkeit für einen Technologiepark zu entwickeln, sollte man erst einmal über diesen Cluster "Erneuerbare Energien" von der BSU einen Zwischenbericht erbitten, damit man das auswerten kann. Ich sehe es nämlich nicht ein, dass man immer nur neue Dinge anfängt. Insofern, das wird Sie vielleicht wundern, stimme ich inhaltlich mit dem, was Herr Gritz sagte, überein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Darauf habe ich nun die ganze Zeit gewartet, danke schön.

Im Antrag steht noch, genau wie bei der CDU und der GAL – schwarz-grüne Zeiten lassen grüßen –, dass ein Fraunhofer-Institut oder ein anderes außeruniversitäres Institut angeworben werden sollte. Wenn ich mir anschau, was an der Universität und in den Hochschulen in Hamburg los ist, dann haben wir zumindest die HCU, die HAW und die

(Dora Heyenn)

TU HH, die sich schwerpunktmäßig mit Klimaforschung und Energieforschung sehr intensiv beschäftigen. Aber auch an den anderen Hochschulen sind diese Themen in Studiengängen integriert. Insofern kann ich im Moment nicht den vorranglichen Sinn sehen, ein anderes Institut zu holen, es sei denn, man will Bundesgelder haben. Aber dann müsste man auch mit den anderen Universitäten sprechen, inwieweit die dann bereit wären, zusammenzuarbeiten. Auch das würde einer intensiveren Beratung im Ausschuss bedürfen. Vielleicht kann die SPD sich noch einen Ruck geben, das wäre sicherlich sinnvoll.

Was den Wissensaustausch anbetrifft, gibt es in Hamburg bereits regelmäßige Informations- und Erfahrungsbörsen für Unternehmen und Wissenschaftler auf verschiedenen Ebenen; ich nenne nur einige.

Wir haben den "Treffpunkt Erneuerbare Energien", wir haben den "Hamburger Windstammtisch" und auch den Stammtisch "HAMBURG WASSER und Brennstoffstellen". Ich sehe überhaupt nicht ein, warum wir jetzt wieder irgendwelche neuen Analysen machen und irgendwelche neuen Sachen angehen, wenn wir noch nicht einmal wissen, wie der Cluster "Erneuerbare Energien" eigentlich funktioniert. Hier brauchen wir erst einmal einen Zwischenbericht. Man müsste eine Auswertung machen, was eigentlich an den Hamburger Hochschulen zu diesem Thema läuft, wo eine Nachsteuerung notwendig ist und wo es schon sehr gut läuft, sodass man das nur noch zusammenführen muss.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Insofern sind die Anträge ein guter Anstoß. Es wäre schön, wenn die SPD sich noch einmal umorientiert und wir das Thema vielleicht doch in den Ausschuss bekommen. Aber so, wie die Anträge vorliegen, können wir von der LINKEN dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke schon, dass wir bei dieser Thematik keine kleinen oder mittleren Brötchen backen können, sondern es müssen große sein.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Richtig! Das war ja in den letzten drei Jahren Ihr Credo!)

Hamburg ist groß genug, um sich nicht mit Kleinkram abzugeben. Hier müssen wir Zeichen setzen. Es ist schon erstaunlich, dass immer dann, wenn es konkret wird – gerade auch im umweltpoliti-

schen Bereich –, wenn Initiative gezeigt werden muss und etwas umzusetzen ist, die SPD aufhört zu denken und in alte Verhaltensweisen zurückfällt.

Herr Gritz, Sie tun so, als wenn Fukushima gar nicht stattgefunden habe. Wir müssen doch umdenken und gerade jetzt neue Impulse und Initiativen setzen, weil die Energiewende hier stattfindet. Wir können nicht so tun, als wäre nichts passiert.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD:* Das sagt doch keiner!)

Es ist wichtig, dass wir natürlich auch strategische Überlegungen angehen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass dies der SPD etwas schwerfällt, sie geht dann mehr ins Handwerkliche.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was wären denn Ihre strategischen Überlegungen?)

Genau darum aber geht es hier, nämlich handwerkliche und planerische Bereiche an einem Ort zusammenzuführen und synergetische Effekte zu erzeugen. In dem Zusammenhang spielt es natürlich eine große Rolle, ob namhafte Institute nach Hamburg geholt werden können, weil das die Attraktivität gerade für diese Branche steigert, sich hier anzusiedeln.

Meine Damen und Herren! Ich finde es bedauerlich, dass die SPD nicht einmal bereit ist, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

(*Andy Grote SPD:* Das tun wir! Bloß, wir brauchen Ihren Antrag nicht dafür!)

Mir klingen noch die Worte des Bürgermeisters im Ohr, dass hier gute Ausbildungsplätze geschaffen werden müssten und die Zukunft der Jugendlichen verbessert werden solle. Wenn ich das mit Ihrem Handeln vergleiche, dann kann ich nur sagen, dass da etwas bei Ihnen nicht übereinstimmt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/740 und 20/849 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/740.

Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/849.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Punkt 46 auf, Drucksache 20/747, Antrag der FDP-Fraktion: Endlich Klarheit über Hamburger Behördenstandorte!

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Endlich Klarheit über Hamburger Behördenstandorte!
– Drs 20/747 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Politik gehört auch Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. Es wurde in der Vergangenheit schon des Öfteren spekuliert, einige Behörden von A nach B zu verlagern. Dann hat man es einige Jahre lang wieder vergessen. Ältere Semester werden sich noch an Vorschläge erinnern, die Wissenschaftsbehörde in den Hamburger Süden zu verlagern.

Jetzt gibt es den Anlass, dass der Neubau in Wilhelmsburg für die BSU etwas zu groß geraten ist, weil der Bereich Verkehr aus dieser Behörde in die Wirtschaftsbehörde entlassen worden ist. Es gibt Unsicherheiten, ob die BSU zum Beispiel noch dorthin umziehen will oder nicht.

Es gibt auch immer noch das Problem des Bezirksamts Hamburg-Mitte, das mit seinem Standort auch nicht gerade zufrieden ist. Auch hier gab es Vorschläge, beispielsweise in die HafenCity umzuziehen. Es gibt natürlich auch die Möglichkeit zu überlegen, was mit dem Neubau in Wilhelmsburg passiert. Ich persönlich habe den Verdacht, dass es in der BSU viele Stimmen gibt, die sagen, sie wollten da eigentlich gar nicht hin und ob man nicht einen anderen Nachmieter finden könne. Es ist natürlich schön, dass gerade in der BSU viele Leute sitzen, die verantwortlich sind für das, was jetzt in Wilhelmsburg passiert, wie Wilhelmsburg sich verändert, nicht nur verkehrsmäßig, sondern auch im Bereich der Stadtentwicklung. Wir sollten wirklich daran denken, diesen Mitarbeitern auch etwas zu gönnen, nämlich dann auch in dem Umfeld arbeiten zu können, das sie maßgeblich und großzügig mitgestaltet haben. Dann können Sie auch mit den Wilhelmsburgern, die dort schon lange leben, diskutieren, ob das eine oder andere besser oder schlechter gemacht wurde.

Ich sehe diesen Punkt nicht so sehr als Beitrag zum Sparen. Es kann sein, dass es auch Möglichkeiten gibt, Geld zu sparen, es geht aber vielmehr darum, Stadtentwicklung voranzutreiben. Der Standort Wilhelmsburg ist eine Entscheidung der Stadtentwicklungsbehörde gewesen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Anja Hajduk GAL*)

Dieses Vertrauen sollte man nicht enttäuschen. Die FDP-Fraktion steht dazu, die BSU muss nach Wilhelmsburg in den Neubau einziehen, das ist sehr wichtig. Wenn das nicht geschieht, werden wir sehr unglaubwürdig. Wie ich Hamburg einschätze, gibt es natürlich auch die Gefahr, dass man die BSU in die HafenCity verlagern möchte, weil es da so schön repräsentativ ist. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte – Wilhelmsburg gehört schließlich auch zu Hamburg-Mitte – zieht dann einfach nach Wilhelmsburg.

Wir sollten nicht nur darauf achten, dass es Argumente gibt, die organisatorischer Art sind oder vom Behördenablauf her verständlich, sondern auch darauf, dass wir eine Standortentwicklung haben und Entscheidungen treffen müssen, die ebenso für andere Stadtteile gelten, denen irgendwann einmal etwas versprochen wurde. Hier müssen wir dann auch einmal liefern,

(Beifall bei der FDP und bei *Anja Hajduk GAL*)

und zwar auch durch den neuen Senat, der natürlich gebunden ist durch das, was vorher passiert ist. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen, vor allen Dingen auch, um endlich zu erfahren, welchen Bürobedarf und welche Büroflächen die Behörden in Hamburg brauchen beziehungsweise besitzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Völsch, Sie haben das Wort.

Thomas Völsch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege, ich habe Verständnis dafür, dass Sie alle Fragen möglichst sofort beantwortet haben wollen. Es wird allerdings sicher auch die Gelegenheit geben, im Haushaltsausschuss vernünftig über die Frage von Flächenbedarfen der Behörden und der Stadt insgesamt zu diskutieren. Wir wissen alle, wie problematisch die Situation ist und dass zu viel Bürofläche angemietet worden ist und uns dies im Moment viel Geld kostet.

Vor einiger Zeit wurde eine Entscheidung getroffen zum Thema BSU und die Frage, wie wir uns jetzt verhalten, hat nun andere Voraussetzungen. Wir haben eine neue Behördenstruktur beschlossen und werden jetzt in aller Konsequenz prüfen, welche Auswirkungen das auf die Behördenstandorte hat. Dazu ist es nun einmal notwendig, wie es auch in der Schriftlichen Kleinen Anfrage beantwortet wurde, Alternativszenarien zu entwickeln und sie sorgfältig zu prüfen. Was wir nämlich ausdrücklich nicht haben wollen, sind erneute falsche, schwierige oder teure Entscheidungen, die in der

(Thomas Völsch)

Vergangenheit häufig getroffen worden sind, weil es möglichst schnell gehen sollte. Ich denke da zum Beispiel an den ZOB in Bergedorf, über den sehr schnell entschieden wurde und wo Fehler gemacht wurden, die uns viel Geld gekostet haben. Es ist völlig unstrittig, dass es ein sinnvolles Projekt ist, aber es hat uns sehr viel Geld gekostet. Deshalb werden wir dies nun sorgfältig prüfen und jetzt Ihren Antrag ablehnen, weil er schlicht und ergreifend zu früh kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hamann, Sie haben das Wort.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Völsch, Ihre Stellungnahme eben war fast so dünn, wie ich das sonst inhaltlich nur von Ihrer Senatorin kenne.

(*Thomas Völsch SPD:* Das tut mir aber leid!)

Von Ihnen kenne ich nur Reden, die sich auch mit der Sache beschäftigen. Aber einfach nur zu sagen, man würde abwarten und schauen und es gäbe neue Behördenzuschüsse, ist ein sehr eigenartiges Spiel. Offensichtlich wissen Sie doch ganz genau, was Sie wollen, denn sonst hätte Ihre Senatorin sich das nicht erlaubt. Sie sitzt immer gern relativ weit außen, aber sie sollte heute endlich einmal die Gelegenheit ergreifen und etwas zu diesem Thema sagen. Sonst hätte Ihre Senatorin sicherlich nicht das Wort benutzt – ich weiß gar nicht, ob ich es hier sagen darf.

(*Thomas Völsch SPD:* Bestimmt nicht!)

Sie wissen, welches Wort ich aussprechen will, Frau Präsidentin? Sagen Sie mir, ob ich es sagen darf oder nicht.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Sie dürfen zitieren!)

Wir kennen es alle. Es war eine der berühmten Wut-Reden der Senatorin und es fängt mit Sch... an. An Ihrer Reaktion sehe ich auch, dass es Ihnen allen bewusst ist. Es war in jeder Hinsicht unangemessen, Frau Senatorin.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Es ging dabei um ein sehr zentrales Projekt des letzten Senats, das eigentlich einen breiten Konsens hier im Haus hatte. Natürlich haben die Menschen in Wilhelmsburg darauf vertraut, dass dieser Umzug kommen würde. Sie antworten aber darauf, es sei letztlich sch...egal, ob dieser Umzug komme oder nicht.

(*Andy Grote SPD:* Das stimmt ja nicht! Wer da einzieht!)

– Wir reden letztlich nicht nur über die Menschen in Wilhelmsburg, Herr Kollege Grote.

Wir reden auch über die ganzen Mitarbeiter der Behörden. Die Mitarbeiter selbst stellen sich doch auch darauf ein, was sie in Zukunft für einen Arbeitsplatz haben und wo sie wohnen und leben. Viele Mitarbeiter neigen durchaus dazu, in die Nähe ihrer Behörden zu ziehen, da suchen sie ihre Wohnungen. Das ist schließlich auch der Effekt, den wir haben wollen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Wo leben Sie eigentlich, Herr Hamann? Das ist doch Blödsinn, was Sie da reden!)

Es geht auch um die Kitas und die Betreuung ihrer Kinder. Aber alles, was Sie dazu zu sagen haben, Frau Senatorin, ist, dass dies doch letztlich sch...egal sei. Frau Senatorin, das ist nicht nur in jeder Hinsicht unangemessen, so etwas habe ich in dieser Stadt zu einer derart zentralen Frage noch nicht gehört.

(*Andy Grote SPD:* Das ist doch Unfug!)

– Es ist Unfug, Herr Kollege Grote, da haben Sie recht. Aber es ist nicht nur Unfug, sondern auch eine Unverschämtheit, ein solches Thema so zu behandeln.

(Beifall bei der CDU)

Damit überdeckt man letztlich dann auch keine Inhaltsleere. Der Herr Kollege Kienscherf braucht bestimmt...

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Hamann, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage von Herrn Kienscherf?

Jörg Hamann CDU: Er bringt so viele Zwischenbemerkungen und -fragen, der brüllt einfach immer dazwischen, das brauchen wir hier gar nicht.

Vizepräsidentin Kersten Artus: Ja oder nein?

Jörg Hamann CDU: Also gut, wenn die anderen es gern möchten. Herr Kienscherf, stellen Sie Ihre Frage.

Zwischenfrage von Dirk Kienscherf SPD:* Herr Hamann, Sie kennen anscheinend den Personalkörper der BSU sehr gut. Mich würde einfach einmal interessieren, wen Sie denn befragt haben, dass die jetzt ihre Lebensplanung dahingehend aufgestellt haben, dass die Behörde in ein, zwei Jahren nach Wilhelmsburg kommt? Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Jörg Hamann (fortfahrend): Herr Kollege Kienscherf, wenn ich mich recht entsinne, sind Sie auch Teil des Behördenkörpers der BSU oder waren es zumindest recht lange Zeit.

(Jörg Hamann)

(Beifall bei der CDU)

Sie waren eine der Lösungen, die der frühere Bau-senator Eugen Wagner noch herbeigeführt hat, und haben dadurch Ihren entsprechenden Platz in der BSU gefunden, den Sie dauerhaft eingenommen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir schauen gerne, wie weit das Ihre persönliche Lebensplanung betrifft, aber selbstverständlich sind in den vorherigen Planungen Personalrat und Personalratsentscheidungen mit befasst worden. Ihr Senat – das sehen wir gerade beim Innensenator – macht das nicht so häufig und gerne, aber das sei letztlich dahingestellt.

Frau Senatorin, dies ist einer der vielen Punkte, wo man sagen kann, dass es so nicht geht. Und nur zu sagen, das sei eine schnoddrige Art, hilft uns letztlich überhaupt nicht weiter.

(Andy Grote SPD: Schnoddrigkeit ist gar nicht Ihre Art!)

Wir brauchen Klarheit in dieser Frage. Auch der Kollege Völsch sagt dazu überhaupt nichts. Wenn Sie Überlegungen haben, wenn Sie irgendetwas wissen, dann erzählen Sie es, das schulden Sie einfach den Menschen und auch den Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Ihnen Politik gemacht haben. Politik hat auch immer etwas mit Kontinuität zu tun. Zu sagen, sie wüsten nicht, wie das alles werde, ist einfach unangemessen.

Von daher noch einmal meine Bitte an Sie, Frau Senatorin – das wäre auch ein Punkt, bei dem Sie inhaltlich punkten können –, einfach hierher zu kommen und uns zu erklären, was Sie denken, warum es Ihrer Meinung nach sch...egal ist oder welche Pläne Sie konkret haben. Aber diese Hängepartie sollten Sie niemandem zumuten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GAL:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dass das Wort egal sich schwerlich vernünftig steigern lässt. Es ist kaum erklärlich, wie der Standort einer Behörde oder die Nutzung eines Behördengebäudes noch egalere als ein anderer sein kann. Und wenn die komparative Steigerung des Adjektivs egal nicht vernünftig ist,

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

wie soll dann die superlative Steigerungsform überhaupt noch Sinn machen.

(Beifall bei der GAL)

Ihnen, Frau Blankau, ist es aber gelungen, in öffentlicher Atmosphäre der superlativen Steigerungsform eine andere Form der Bekräftigung des Wortes egal draufzusetzen. Ich will es einmal das Blankau'sche Hyperlativ nennen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das war so durchschlagend, dass es selbst dem Senat in seiner Stellungnahme zur Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/571 die Sprache verschlug, und das nicht ganz zu Unrecht. Wer das Blankau'sche Hyperlativ im Zusammenhang mit der Nutzung des Gebäudes in Wilhelmsburg, eines wichtigen Projekts mit IBA und igs, benutzt, drückt damit Gleichgültigkeit und Desinteresse aus. Das schädigt den gesamten Standort in Wilhelmsburg und so etwas darf Ihnen nicht passieren.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die BSU hat an dieser Stelle einen impulsgebenden Effekt für die Ansiedlung weiterer Institutionen, auch für Büros et cetera. Ihnen kann doch nicht Wilhelmsburg am egalsten sein oder die IBA am total egalsten.

(Jan Quast SPD: Was konstruieren Sie da eigentlich?)

Allein schon das ist eine Verunsicherung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der GAL)

Das neue BSU-Gebäude ist eine maßgeschneiderte Immobilie: Im Erdgeschoss Raum für ein Stadtmodell, Veranstaltungsräume für Bauherren, Architekten und viele andere Beteiligte. Ich fordere Sie auf, Frau Senatorin, diesen Standort zu stärken, sich dafür auszusprechen und Ihr Hyperlativ im Koffer zu lassen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge. – Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Ich beginne jetzt doch zuerst mit dem Superlativ. Das, was die CDU und eben Herr Duge abgeliefert haben – ich bin völlig unverdächtig, der SPD zu nahe zu stehen –, ist wirklich heuchlerisch. Bei keinem Mann würden Sie sich darüber aufregen. Der Kollege dahinten mit seinem gelben Schlips, Herr Wersich, hat – ich zitiere jetzt einmal – von "Verarschung" gesprochen und das fanden Sie überhaupt nicht schlimm. Kaum sagt eine Frau einmal – ich zitiere – "scheißegal", müssen Sie das ewig ausbreiten.

(Glocke)

Ich habe zitiert.

(Heike Sudmann)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Frau Abgeordnete Sudmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, auch zitiert sind solche Ausdrücke nicht zulässig. – Bitte fahren Sie fort.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP)

Heike Sudmann (fortfahrend):

(Unruhe bei allen Fraktionen)

– Das kommentiere ich nicht.

Mir geht es jedenfalls darum, dass wir mit einem Maß messen und nicht mit zweierlei Maß, aber ich merke, dass ich jetzt Ihre volle Aufmerksamkeit habe und nun wunderbar zum FDP-Antrag übergehen kann.

Sie werden erstaunt sein, dass wir mit Ihnen einer Meinung sind. Wir wollen Klarheit haben darüber, was geplant ist, welche Behörden wo hinziehen sollen, welche Flächen angemietet sind und was das kostet. Aber warum müssen überhaupt Umzüge angedacht werden? Wir wissen, dass die bauliche Ausstattung im BSU-Gebäude nicht mehr die beste ist. Aber wir haben einen ganz gewaltigen Umzugsdruck, weil es seit Jahren – und daran war auch Rot-Grün beteiligt – den Ansatz gibt, alle städtischen Grundstücke und Gebäude zu verschern. Es hat einen großen Ausverkauf gegeben. Damit hat Rot-Grün angefangen, Schwarz und auch Schwarz-Grün hat es fortgesetzt.

Vielleicht ist es Ihrer Erinnerung entgangen, dass der ehemalige Finanzsenator Freytag das BSU-Gebäude quasi verschenken wollte – ich weiß nicht mehr, ob es 30 Millionen waren. Dann hat es wahnsinnigen Druck gegeben und auf einmal wurde mindestens die doppelte Summe oder noch mehr als Kaufpreis festgestellt. Sie haben komplett vergessen, dass es auch darum ging, Immobilien gut und teuer zu verkaufen und nicht darum, etwas Gutes für die BSU-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

– Na, ich bin gleich ganz irritiert.

Ich kann nicht beurteilen, wie es mit den Kosten steht – da fehlen uns noch die Aussagen des Senats – und wie viel Sinn es macht, dass die BSU jetzt noch umzieht oder wie sinnvoll es ist, das mit der Wissenschaftsbehörde zu machen; Sie werden es uns noch darlegen. Aber was ich beurteilen kann, ist, dass in diesem Gebäude eine Nutzung erfolgen muss, die für den Stadtteil wirklich etwas bringt, weil diese Synergieeffekte, die auch von den Grünen schon besprochen worden sind, wichtig für Wilhelmsburg sind. Es geht doch auch darum, dass Wilhelmsburg einmal andere Perspekti-

ven bekommt. Deswegen brauchen die Elbinsulanerinnen und auch die Mitarbeiterinnen endlich klare Ansagen und Perspektiven.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir zum Bereich Bezirksamt Hamburg-Mitte oder auch zum Umzug der Wirtschaftsbehörde. Da geht es nicht darum, dass es schlechte Gebäude sind, dass die Mitarbeiterinnen in Räumen arbeiten müssen, in denen es nicht nur stinkt, sondern in denen auch die Gesundheit gefährdet ist. Es geht darum – und das trifft wunderbar die FDP und auch die frühere Regierung –, dass Sie notleidende Investorinnen und Investoren unterstützen wollen.

(*Robert Bläsing FDP*: Das ist doch Unfug, Frau Sudmann!)

– Das höre ich gerne, vielleicht hat die CDU es schon vergessen. Im Jahr 2005 oder 2009

(Zurufe von der CDU – *Mehmet Yildiz DIE LINKE*: 2009 war das!)

– 2009, danke – haben Sie den Investoren in der Hafencity einen wunderbaren Vertrag angeboten: Liebe Leute, wenn ihr Büros baut und sie nicht vermietet bekommt, dann sind wir gar nicht so herzlich, wie wir es sind, wenn es um Hartz IV geht oder darum, andere Leute zu beschädigen. Wir garantieren euch, wenn ihr Leerstand habt, bis zu 50 000 Quadratmeter Bürofläche zu einem Preis von 15,84 Euro anzumieten.

Das ist eine Hilfsmaßnahme, die sich sehen lassen kann und das wollen Sie, liebe FDP, noch weiter fortsetzen. Die Zeche dafür zahlen die Bürger und Bürgerinnen, die dann an anderer Stelle das Geld nicht mehr bekommen. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte zahlt zurzeit 8,23 Euro Miete, zukünftig werden es 15,84 Euro sein, wenn es in die Hafencity umzieht.

(*Jörg Hamann CDU*: Das ist Unsinn, was Sie erzählen, Frau Sudmann!)

– Das ist kein Unsinn, das sind Zahlen, die Sie nachlesen können. Denken Sie daran, das Schwarze sind die Buchstaben, Herr Hamann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen hat Herr Duwe nämlich schon gesagt, es sei nicht unbedingt kostensparend. Da haben Sie total Recht, Herr Duwe. Wir sagen als Linke, dass wir endlich Klarheit für die betroffenen Stadtteile und für die Mitarbeiterinnen haben wollen. Es wird Umzüge geben müssen, aber bitte schön keine Umzüge, die nur zugunsten der Investorinnen erfolgen. Und wir sagen ganz eindeutig: Kein weiterer Verkauf von städtischen Gebäuden und Grundstücken.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Herr Hamann, an Sie geht der Hinweis, dass auch Ihre Wortwahl nicht parlamentsangemessen war.

Herr Senator Dr. Tschentscher hat jetzt das Wort.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Senator Dr. Peter Tschentscher: Ich wollte den Streit über die Wortwahl nicht fortsetzen, sondern nur noch zur Sache darauf hinweisen, dass die Prüfung zur wirtschaftlichen Nutzung des Neubaus in Wilhelmsburg in der Finanzbehörde erfolgt, und zwar deshalb, weil wir ein Problem haben. Die Stadt mietet so viele Büroflächen – was auch etwas damit zu tun hat, dass Bürogebäude verkauft worden sind –, dass wir jedes Jahr über 100 Millionen Euro dafür ausgeben.

(Dirk Kienscherf SPD: Unglaublich!)

Ich spreche jetzt nicht von den Ursachen, aber wir haben objektiv ein Problem. Wir haben große Anmietverpflichtungen in der HafenCity übernommen, das heißt, nicht wir, sondern der Vorgängersinat. Wir haben eine komplizierte Situation der Behördengebäude, aus denen die Behörden zum Teil heraus wollen und zum Teil heraus müssen. Wir haben auf der anderen Seite diesen Neubau, der so weit fortgeschritten und auch so verflochten mit stadtentwicklungspolitisch positiven Impulsen ist, dass es aus heutiger Sicht nicht verantwortungsvoll wäre, diesen Neubau zu stoppen, weil es nicht wirtschaftlich wäre, ein bereits gegossenes Fundament wieder auszugraben, und auch was die Zusagen gegenüber Dritten betrifft.

Deswegen gab es sehr früh eine klare Ansage der Finanzbehörde, den Neubau der BSU in Wilhelmsburg, so nennen wir ihn jetzt einmal, fertigzustellen. Und die Investoren, die im Umfeld ihre Zusagen haben, werden diese auch von der Stadt eingelöst bekommen; das ist eine ganz wichtige Vorentscheidung. Aber dennoch müssen wir prüfen, was die wirtschaftlichste Nutzung dieses Gebäudes ist, welche Behörde dort am besten hineinpasst und welche Nebennutzungen man sich noch vorstellen könnte, um dieses Projekt – das auch vom Vorgängersinat in einer späteren Phase wirtschaftlich sehr kritisch beurteilt worden ist, wenn ich das sagen darf – zu einem für die Stadt wirtschaftlich tragbaren Mietobjekt zu machen.

Diese Prüfungen sind aufwendig, weil wir in verschiedensten Varianten prüfen müssen, welche Umzugskosten an welcher Stelle entstehen, welche Behörden beteiligt wären und wie es in die Behörden- und Gebäudestruktur hineinpasst. Haben Sie Verständnis dafür, dass das nicht von einem Tag auf den anderen machbar ist. Wir haben alle Akten bei uns, prüfen die unterschiedlichen Varianten und werden dann einen Vorschlag machen, der jedenfalls aus wirtschaftlicher Sicht der klügste

ist, den man derzeit machen kann. Die Behörden und das Parlament müssten dann prüfen, ob das eine kluge Idee ist. Wir sind bemüht, den positiven Impuls für den Stadtteil zu erhalten, aber aus finanzieller und kaufmännischer Sicht der Stadt die richtige Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator.

Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Die CDU-Fraktion hat eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Zunächst zu Ziffer 1 des FDP-Antrags aus Drucksache 20/747.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer schließt sich der Ziffer 2 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 4 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 5 auch abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 6 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind alle sechs Ziffern des Antrags abgelehnt.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 37 und 10, den Drucksachen 20/732 und 20/434, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Gesetzliche Grundlage für die Bezirklichen Ordnungsdienste schaffen und Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bezirklicher Ordnungsdienst in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Gesetzliche Grundlage für die Bezirklichen
Ordnungsdienste schaffen
– Drs 20/732 –]**

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Bezirklicher Ordnungsdienst (BOD) in Hamburg
– Drs 20/434 –]**

Die GAL-Fraktion möchte die Drucksache 20/732 federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

(Christiane Schneider)

"Im Rahmen eines neuen Konzepts des Bezirklichen Ordnungsdienstes ist daher sicherzustellen, dass (...) die Zuständigkeit des Bezirklichen Ordnungsdienstes auf die ursprünglichen Aufgabenbereiche konzentriert wird. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass nicht originäre polizeiliche Aufgaben auf den hierfür nicht ausgebildeten Bezirklichen Ordnungsdienst verlagert werden und hierdurch die Mitarbeiter ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erfüllen können."

Zitatende.

Dies ist ein Zitat aus einem Beschluss des SPD-Landesparteitags vom 27. Februar 2010, den ich hiermit zustimmend zitiert habe. Es gibt offensichtlich ein Problembewusstsein in der SPD und ich bin sehr gespannt, Herr Münster, ob Sie gleich in Ihrem Beitrag zum Beispiel auf Grundzüge eines neuen Konzepts für den Bezirklichen Ordnungsdienst eingehen.

Auf jeden Fall möchte ich an dieser Stelle bereits sagen, dass es die Große Anfrage und meines Erachtens auch der Antrag wert sind, überwiesen zu werden, damit wir dann im Sinne Ihres Beschlusses auf dem Landesparteitag, vielleicht auch in den Ausschüssen, weiter beraten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Problematik möchte ich drei Punkte nennen.

Erstens: Es gibt viele gesetzliche Aufgaben, die in die Zuständigkeit des Bezirklichen Ordnungsdienstes fallen. Ich nenne beispielhaft einmal die Aufgaben nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Hundegesetz oder dem Wegegesetz. Es gibt eine Reihe weitere, das ist soweit auch in Ordnung. Das Problem ist, dass Zuständigkeiten des BOD auch durch das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, SOG, geregelt sind, und zwar auf rechtstaatlich problematische Weise. Das SOG enthält nämlich in Paragraph 3 die Generalklausel, die zu Maßnahmen der Gefahrenabwehr ermächtigt, und zwar nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch die Verwaltungsbehörden und damit durch die Bezirksämter und den Bezirklichen Ordnungsdienst. Das rechtstaatliche Problem dabei ist – darauf verweist zum Beispiel auch der vom Justiziar der Polizei, Herrn Ettemeyer, mitverfasste Kommentar zum SOG –, dass das Hamburger SOG anders als andere Polizeigesetze keine Trennung von Aufgabenzuweisung und Eingriffsbefugnissen vornimmt. Das heißt, dass Polizei und BOD in ihren Aufgaben und Befugnissen nicht klar voneinander getrennt sind, was bedeutet, dass die Eingriffsbefugnissen des BOD nicht einschränkend geregelt sind. Ihm stehen die polizeilichen Standardmaßnahmen zur Verfügung. Er kann eben nicht nur Personalien feststellen, was für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durchaus sinn-

voll ist, sondern in größerem Umfang in die Grundrechte, in die Freiheit der Person eingreifen: von der Durchsuchung über die Platzverweisung bis zur Ingewahrsamnahme und Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs, also fesseln und so weiter.

Leider werden diese Maßnahmen mit Ausnahme der Platzverweise nicht statistisch erfasst. Ich bin allerdings skeptisch, ob sie tatsächlich nicht statistisch erfasst und dokumentiert werden, oder ob uns die Zahlen nicht zum Beispiel verschwiegen werden. Auf Seite 4 in der Antwort auf die Große Anfrage heißt es nämlich – ich zitiere –:

"Es wird für jeden Bezirk ein Controlling entsprechend der Praxis der Polizei angewandt, in dem nach einheitlichen Kriterien die vom Außendienst getroffenen Feststellungen monatlich nach Aufgabenfeldern ausgewertet werden."

Da das für die Polizei dokumentiert wird, frage ich mich, ob es nicht auch für den BOD dokumentiert wird und man uns nur die Zahlen verschweigt. Es werden lediglich die Zahlen für Platzverweise genannt, die der BOD vornimmt. Diese haben sich von 2006 auf 2010 fast vervierfacht. Daran sehen Sie schon die Entgrenzung und Ausweitung.

Nach unserer Auffassung müssen diese klassischen polizeirechtlichen Befugnisse der Polizei und anderen Vollzugsbeamten vorbehalten bleiben. Es muss eindeutig festgelegt werden, welche Aufgaben und Befugnisse die Bezirklichen Ordnungsdienste in Abgrenzung zu den Aufgaben und Befugnissen der Polizei haben. Der bedenkliche Konstruktionsfehler des SOG – bedenklich, weil er das rechtstaatliche Gebot der Normenklarheit verletzt – muss mit der Novellierung des SOG beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens: Angesichts der in vieler Hinsicht verantwortlichen Tätigkeit, der umfangreichen Zuständigkeit und der beim jetzigen Zustand weitgehenden Eingriffsbefugnissen der BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sehen wir ein großes Problem in der völlig unzureichenden Ausbildung. Der Grundausbildungslehrgang dauert gerade einmal 35 Tage. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten unter anderem einen 14-tägigen Crashkurs in Rechtskunde und das angesichts der Tatsache, dass sie nicht nur viele Gesetze kennen und anwenden müssen, sondern auch in Grundrechte eingreifen.

Die Ausbildung für Polizeibeamte für den mittleren Dienst dauert mindestens zweieinhalb Jahre, die Ausbildung für eine Fachkraft für Schutz und Sicherheit im privaten Sicherheitsgewerbe drei Jahre. Diese Fachkraft hat aber keine hoheitlichen Aufgaben, sondern Jedermannrechte. Es kann doch nicht sein, dass die Standards im privaten Sicherheitsgewerbe höher sind als im BOD, wo 35 Tage lang ausgebildet wird.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens: Das Problem der miserablen Bezahlung der BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter hängt eng damit zusammen. Man bürdet ihnen viele und ständig mehr Aufgaben auf sowie weitreichende Befugnisse, bildet sie dafür nicht aus und bezahlt sie dann schlecht. Kein Wunder, dass der Krankenstand im BOD exorbitant ist, er reicht zum Teil bis an die 40 Prozent oder gar darüber. Besonders schäbig ist, dass die Stadt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lange und kostspielige arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen um ihre Höhergruppierung aufgezwungen hat. Nach wie vor ist eine Vielzahl arbeitsrechtlicher Klagen vor dem Bundesarbeitsgericht anhängig. Nachdem die klagenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht fast vollständig obsiegt haben, hat die Stadt Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt und dort hängt die Sache nun.

Herr Dressel, Sie und Frau Badde haben in der letzten Legislaturperiode mindestens zwei kritische Anfragen in diesem Zusammenhang gestellt. Sie sollten uns bei unserer Forderung unterstützen. Wir fordern nämlich die Bezirksämter und den Senat auf, sich dafür einzusetzen, die Revision zurückzuziehen, die Urteile des Landesarbeitsgerichts anzuerkennen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BOD so einzustufen, wie es ihrer Tätigkeit entspricht, das heißt konkret in die Entgeltgruppe 9 statt 8.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Herr Münster.

Arno Münster SPD:

(*Olaf Ohlsen CDU:* Dann können Sie sie gleich in den gehobenen Dienst einordnen!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schneider, es ist bei Ihnen manchmal ein bisschen schwierig zu antworten, weil ich immer das Gefühl habe, dass Sie ein leicht gestörtes Verhältnis zur staatlichen Gewalt haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Wie bitte, was soll das denn? – Beifall bei der SPD)

Die Anfragen, die Sie vorbringen, sind immer aus dem Zusammenhang gerissen und nicht fundiert. Der Antrag, den Sie jetzt wieder geschrieben haben, dient nicht dazu, die Situation des BOD zu verbessern, sondern ihn infrage zu stellen und das werden wir einfach nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Der BOD ist in der Bevölkerung akzeptiert und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Dann zahlen Sie doch wenigstens gut!)

Die gesetzlichen Grundlagen für den BOD sind vollständig und ausreichend; das muss man an dieser Stelle einmal erwähnen. Der BOD ist in der Bezirksverwaltungsreform 2006 installiert worden und leistet seitdem gute Arbeit. Er hat auch seine Anerkennung in der Bevölkerung erreicht, was man daran sieht, dass er immer öfter gerufen wird. Er ist dementsprechend nicht in Konkurrenz mit der Polizei, sondern akzeptiert und hat im Dezeranat für Management des öffentlichen Raumes seine Heimat gefunden. Die Bezirksverwaltung ist dafür verantwortlich, Straßen, Wege, öffentliche Plätze, Grünanlagen und Kinderspielplätze zu kontrollieren. Das ist das breite Aufgabenangebot des BOD und das erfüllt er sehr gut. Einheitliches Auftreten der Verwaltung gegenüber den Bürgern, Grundlage, Gesetz und Verordnung, deren Zuständigkeiten bei den Bezirksämtern liegen, sind geregelt.

Wer jetzt noch ein gesetzliches Konzept verlangt und über dieses vielfältige Aufgabenspektrum stülpen will, schränkt die erforderliche Flexibilität des Ordnungsdiensts und der Verwaltungshandlung unnötig ein. Deswegen werden wir dieses auch nicht mitmachen. Die Abgrenzung des BOD zur Polizei ist geregelt, Zuständigkeiten sind in den Anordnungen und Geschäftsordnungen der Bezirksämter ausreichend geregelt.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Münster, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

Arno Münster SPD: Gerne, Frau Sudmann.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Danke, Herr Münster. Können Sie mir erklären, wie die vielfältigen Aufgaben dazu passen, dass es nur 35 Tage Ausbildung und Einweisung gibt?

Arno Münster (fortfahrend): Das kann ich Ihnen sagen, weil es auch eine Unwahrheit ist, was Frau Schneider behauptet hat. Die Ausbildung ist natürlich vielfältiger. Sie wissen selbst, dass die ganze Ausbildung drei Jahre dauert. Insbesondere sind in der Fort- und Ausbildung die ZAF-Kurse zu nennen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Das ist keine Ausbildung!)

Da wird richtig inhaltlich gearbeitet, das wissen Sie auch. Frau Schneider, wenn Sie etwas anderes behaupten, sprechen Sie die Unwahrheit. Die Qualität der Ausbildung des BOD entspricht der der Polizeiausbildung, wenn man sich einmal anschaut, wer Anbieter dieser Kurse ist.

(Arno Münster)

(Heike Sudmann DIE LINKE: Dann zahlen Sie denen nicht genug!)

Damit ist auch das Thema der drei Jahre Anlernphase in der Großen Anfrage beantwortet, das haben Sie sicherlich gelesen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Haben Sie das gelesen?)

– Ich habe es gelesen, darin steht es auch.

Bei der Vergütung ist es natürlich schwierig. Da ist das Mittelmaß noch nicht gefunden und es gibt Arbeitsgerichtsverfahren. Aber es gibt auch eine Tarifautonomie und eine Schiefelage des Tarifgefüges wollen wir nicht herbeirufen, sondern warten erst einmal die gerichtliche Klärung ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja unfassbar und unglaublich!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Münster. – Das Wort hat Herr Gladiator.

Dennis Gladiator CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde schon darauf verwiesen, dass der Bezirkliche Ordnungsdienst im Jahr 2006 bei den sieben Bezirksämtern eingerichtet wurde, um die öffentliche Sicherheit in Hamburg zu verbessern. Der BOD wirkt dabei präventiv durch seine Aufklärungsarbeit und repressiv durch die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Zu Recht hat Herr Münster darauf verwiesen, dass der BOD mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Aufgabe mit großem Erfolg erfüllt und das unter teilweise sehr anspruchsvollen und auch belastenden Rahmenbedingungen. Hierfür verdienen die Mitarbeiter des BOD nicht nur unseren Dank, sondern vor allem auch die Fürsorge im Hinblick auf die notwendigen personellen und materiellen Ausstattungen.

(Beifall bei der CDU – Christiane Schneider DIE LINKE: Mehr Geld!)

In diesem Punkt scheinen sich auch die Fraktionen einig zu sein, aber die Frage nach der gesetzlichen Grundlage für die Arbeit des BOD beantworten wir anders als Sie, Frau Schneider. Hamburg hat ein einheitliches Sicherheits- und Ordnungsrecht, welches sowohl für die Polizei als auch für die Verwaltungsbehörden gilt. In Paragraph 3, Absatz 1 des SOG ist geregelt, dass die Bezirksämter für die Gefahrenabwehr in ihrem Aufgabenbereich zuständig sind, und in genau diesem Bereich werden die Bezirklichen Ordnungsdienste tätig und erfüllen diese Aufgaben für die Bezirke. Dabei übernimmt der BOD keine polizeilichen Aufgaben, wie es die LINKE vermutet, sondern bewegt sich in dem Rahmen, der ihm durch das SOG zur Seite gestellt wird. Der Paragraph 11 fortfolgende regelt, welche Befugnisse der BOD hat. Das sind zum einen – Sie

haben es erwähnt – die Personenfeststellung, der Platzverweis und die Ingewahrsamnahme. Der Polizei werden darüber hinaus weitergehende Befugnisse zugewiesen, die dem Bezirklichen Ordnungsdienst eben nicht zustehen. Diese ergeben sich sowohl aus dem SOG, aber auch aus anderen Gesetzen wie zum Beispiel dem Datenverarbeitungsgesetz der Polizei.

Frau Schneider, wenn Sie mit den Mitarbeitern des BOD sprechen, wenn Sie mit den Bürgern in den Bezirken vor Ort sprechen, dann erleben Sie, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei und BOD sehr gut funktioniert, dass es nicht zu Überschneidungen und Kabbeleien kommt, sondern dass sich beide sehr gut ergänzen. Das liegt auch daran, dass die Mitarbeiter des BOD ihre Aufgabe sehr verantwortungsvoll wahrnehmen, dass sie nicht – wie es bei Ihnen ein bisschen durchscheint – wie die wild gewordenen Rowdys das SOG und die Rechte nutzen, um die Bürger zu schikanieren, sondern sehr verantwortungsvoll vorgehen, um ihren Beitrag zu Sicherheit und Ordnung in Hamburg zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Anders als von der Linken vermutet, gibt es also diese gesetzliche Grundlage für den Bezirklichen Ordnungsdienst und sie differenziert auch zwischen den Befugnissen für Polizei und BOD.

Sie sprachen die Ausbildung der Mitarbeiter an. Auch da lohnt es sich, wenn Sie sich vor Ort ein Bild machen und die Mitarbeiter begleiten. Dann werden Sie nämlich feststellen, dass sogar einige dieser Mitarbeiter aus dem Polizeidienst kommen, Polizeiangestellte waren, Verwaltungsmitarbeiter, somit auch die entsprechende Vorbildung mitbringen und die Ausbildung zum BOD-Mitarbeiter ergänzend darauf ansetzen kann. Wenn Sie also behaupten, dass die Ausbildung der BOD-Mitarbeiter schlecht sei, dann kennen Sie deren Alltag tatsächlich in keiner Weise.

(Beifall bei der CDU)

Insofern hilft auch kein Gesetz, das die Ausbildung neu regelt. Viel entscheidender ist es, wenn Sie die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BOD verbessern wollen, nicht ein Gesetz anzuregen, sondern den Senat daran zu erinnern, dass er den Bezirken eine Stärkung versprochen hatte. Wenn der Senat es hier ernst meint, dass er die Bezirke stärken möchte, dann sollte er diese Ankündigungen umsetzen, indem er die Mittel für eine personelle Verstärkung des Bezirklichen Ordnungsdienstes bereitstellt. Das würde wirklich zu einer Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BOD beitragen.

Auch wenn wir Ihrem Antrag inhaltlich nicht zustimmen können, werden wir uns der inhaltlichen Debatte im Fachausschuss nicht verweigern und der

(Dennis Gladiator)

von der GAL beantragten Überweisung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Gladiator. – Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal wundert man sich, welche Kurven und Wendungen hier angemeldete Themen oder die Auswertungen von Großen Anfragen nehmen und je später der Abend, desto interessanter die Wendungen. Nachdem ich festgestellt habe, dass Herr Dressel hinausgegangen ist und Herr Münster auch nicht seine erste Rede hier gehalten hat, muss ich an der Stelle einmal sagen, dass Frau Schneider das, was sie zitiert hat, aus der Großen Anfrage zitiert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Darin steht, dass fünf BOD-Kräfte eine Ausbildung bei der Polizei haben, weil sie nämlich von der Polizei kommen. Wir reden insgesamt aber über rund 90 BOD-Kräfte. Weitere zehn waren vorher jeweils in Bezirksämtern tätig, ohne dass da steht, was sie in diesen Bezirksämtern gemacht haben. Der Rest erhält tatsächlich eine Ausbildung von 35 Tagen, die sich Grundlehrgang nennt und obligatorisch ist und in sechs Modulen abgeleistet wird. So viel zur Darstellung der Ausbildung, die uns vom Senat in der Großen Anfrage geliefert worden ist.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei *Cansu Özdemir, Christiane Schneider* und *Heike Sudmann, alle DIE LINKE*)

Eigentlich wollte ich anders einsteigen, nämlich mit der Beschreibung der Situation, die durch eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten über die Einstufung der BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bis hin zum Bundesarbeitsgericht – Frau Schneider hat es gesagt – gekennzeichnet ist. Wir haben in der letzten Legislaturperiode diese Verfahren leider nicht aufhalten und stoppen können. Das Personalamt ist weiterhin der Meinung, dass ihre Einstufung richtig ist, und deswegen muss man jetzt, wo schon eine Vielzahl der Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht gelandet ist, hier einfach durchhalten. Dieses muss zu Ende ausgefochten werden, weil der Streit sich in der Hamburger Verwaltung nicht lösen zu lassen scheint. Ich habe auch kein Signal vernommen, dass von der SDP entgegen dem, was Herr Dr. Dressel in der letzten Legislaturperiode immer sehr deutlich gesagt hat, hier eine Vorabentscheidung getroffen wird. Wenn Sie jetzt das Personalamt aufhalten wollen, dann würde ich das sehr begrüßen. Ich würde Ihnen sogar viel Erfolg dabei wünschen, aber das wäre richtig schwierig. Das ist eine schon über Jahre durchgezogene Verfahrensweise des Personalamts und sie werden das nicht mehr stoppen.

Weiterhin fand ich bisher in dieser Debatte äußerst interessant, dass es scheinbar so angekommen ist, als ginge es hier um die Debatte eines Konkurrenzverhältnisses zwischen Polizei und BOD. Wenn wir uns einmal die ursprüngliche Auseinandersetzung Anfang der 2000er Jahre um den damals noch Sicherheits- und Ordnungsdienst genannten Dienst vor Augen führen, dann ging es vor allem darum, dass die Aufgabenzuschreibung nicht klar ist. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger nicht klar, welche Aufgaben dieser Sicherheits- und Ordnungsdienst hat, und es ist für uns, die wir als Abgeordnete im Parlament einen gewissen Überwachungsauftrag, zumindest aber einen Prüfungsauftrag haben, nicht klar. Es ist das große Verdienst dieser Großen Anfrage der LINKEN, in deren Auswertung, die der Senat uns gegeben hat, sich deutlich nachlesen lässt, dass eben nicht klar ist, nach welchen gesetzlichen Vorgaben der BOD wann welche Maßnahmen verfügt. Das hilft bei der internen Auswertung und der Evaluation dieser Arbeit und drittens natürlich vor allem bei der politischen Bewertung, ob die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verhältnis zu den Aufgaben angemessen ist und die Aufgaben mit den Erträgen korrespondieren, die durch den BOD dann auch tatsächlich der hamburgischen Kasse zugutekommen. Diese Evaluierung bedarf einer gewissen Sorgfalt und einer sehr detaillierten Auseinandersetzung damit, was der BOD eigentlich macht. Ich zitiere einmal ein oder zwei Kennzahlen, weil die ganz hübsch sind. In der Anlage 2 steht unter der Kennzahl 4 "Grün- und Erholungsanlagen" und den Stichwörtern "Waldgesetz", "Deichverordnung" – es gibt Stichworte, das nur für diejenigen von Ihnen, die das nicht gelesen haben –

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist alles gelesen, das müssen Sie nicht vorlesen!)

– Herr Ohlsen, dass Sie es gelesen haben, glaube ich –, "Bestattungsverordnung und andere Berichte" – das habe ich jetzt wörtlich vorgelesen –, dass es eine Steigerung von 2100 auf 5100 Aktionen gegeben hat. Und niemand weiß, was sich dahinter verbirgt. Der Senat sagt, es werde sehr sorgfältig evaluiert und jedes Handeln werde dokumentiert, aber in der Großen Anfrage kann er es leider nicht präsentieren.

Bei der nächsten interessanten Zahl, der Kennzahl 5, "Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen" gab es bei der Zusammenarbeit mit Polizei eine Steigerung von 900 auf 2500 Einsätze. Aber damit wir Transparenz darüber haben, was denn der BOD genau macht, was seine Aufgaben sind und wie diese sich verändert haben, bräuchten wir ein bisschen mehr an dieser Stelle.

Ich könnte noch mehr interessante Zahlen vorlesen. Vielleicht ist der eine oder andere Kollege oder Kollegin doch noch auf den Geschmack gekommen und vielleicht kann sich die SPD doch

(Antje Möller)

entschließen, wenigstens die Große Anfrage zu überweisen. Wenn wir in die Novellierung des SOG einsteigen – anders als die LINKE es hier will brauchen wir keinen eigenen Gesetzentwurf für den BOD –, dann brauchen wir eine Überprüfung der Arbeit des BOD und des Zusammenspiels mit anderen Ordnungskräften in dieser Stadt. Und dafür könnten wir die Antworten auf diese Große Anfrage gut gebrauchen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Jarchow.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der Linkspartei, grundsätzlich haben Sie uns immer an Ihrer Seite, wenn Sie staatliches Handeln auf eine solide Rechtsgrundlage stellen möchten.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das Zitat brauchen wir noch!)

– Dieses Zitat können Sie jederzeit verwenden.

Was wir allerdings nicht wollen, ist, dass in diesem Staat mehr Gesetze gemacht werden als nötig und schon gar nicht dort, wo wir sie nicht für notwendig halten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Einen solchen Fall haben wir hier mit dem ersten Petitum Ihres Antrags vorliegen, den wir deshalb ablehnen werden. Dass die von Ihnen geforderte spezielle gesetzliche Regelung unnötig ist, hätten Sie bei gründlicher Lektüre unserer Meinung nach auch schon anhand Ihrer Großen Anfrage feststellen können. Dort ist schlüssig dargelegt, dass die bestehenden Rechtsgrundlagen für den BOD und seine Zuständigkeiten ausreichend und klar sind. Gerade in Hinsicht auf die Schwerpunktaufgabe des BOD, den Vollzug von Bezirksaufgaben, würde es wenig Sinn machen, den BOD in einem speziellen Gesetz mit anderen oder gegebenenfalls sogar weniger Zuständigkeiten auszustatten als die Bezirke. Die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen, wie sie in Ihrer Großen Anfrage dargelegt sind, begrenzen in sensiblen Bereichen die Befugnisse des BOD auch ausreichend gegenüber bestimmten Verwaltungsdienststellen oder der Polizei mit ihren besonderen Befugnissen.

Die einzigen wirklich kritischen Punkte, die aus unserer Sicht aus der Großen Anfrage erkennbar werden, sind die Fragen der indirekten Steuerung durch die Finanzbehörde und die stark ansteigenden Zahlen zu erfolgten Maßnahmen des BOD. Dieses bestätigt insgesamt den Eindruck, den uns auch unsere Bezirksfraktionen immer wieder berichten, nämlich dass die Schwerpunktsetzung des BOD oft nicht nur nach fachlichen Gesichtspunkten

erfolgt. Dass dem so ist, scheint uns angesichts des Drucks auf die Mitarbeiter hinsichtlich der Einnahmengenerierung zur Gegenfinanzierung ihrer Stellen verständlich. Diese mehr einnahmenorientierte statt ordnungsorientierte Ausrichtung scheint uns unbefriedigend. Dem würde eine von Ihnen beantragte neue gesetzliche Regelung an sich aber auch nicht abhelfen. Trotzdem stimmen wir schon deshalb dem Antrag der GAL auf Überweisung der Großen Anfrage an den Innenausschuss zu. Dort lässt sich dann auch diese Frage vertiefen.

Die Ausbildung des BOD scheint uns zwar nicht optimal, aber ausreichend. Die von Ihnen beantragten Verbesserungen wären zwar wünschenswert, aber mit Rücksicht auf den Haushalt der Freien und Hansestadt ist eben nicht alles Wünschenswerte auch finanzierbar. Einen Vorschlag für eine Gegenfinanzierung von Verbesserungen habe ich in Ihrem Antrag vergeblich gesucht. Zudem ist das Verhältnis zwischen Einarbeitungs- und Ausbildungszeit und anschließender Dauer der Tätigkeit beim BOD insgesamt eh schon schlecht genug. So können wir dem daher nicht zustimmen. Eine bessere Bezahlung beziehungsweise eine Höhereinstufung der Stellen beim BOD wäre auch "nice to have", aber ohne zusätzliche Mittel wäre dies nur durch eine Reduzierung der Stellen oder eine höhere Einnahmebringenschuld pro Stelle möglich. Beides würde die Belastung der Mitarbeiter deutlich erhöhen mit den entsprechenden Folgen für die Attraktivität dieses Dienstes und auch für den Krankenstand, der durch die belastende Tätigkeit sowieso schon viel zu hoch ist. Dies ginge also zulasten der Leistungsfähigkeit des BOD. Eine höhere Einnahmebringenschuld würde nicht nur zu höheren Haushaltsrisiken führen, sondern die in der Praxis schon vorhandene ungünstige Prioritätensetzung würde durch diese Lenkungswirkung noch mehr forciert. Dies wäre zuungunsten der Bürger und wird von uns daher abgelehnt. Wir hoffen auf eine interessante weitere Erörterung der Großen Anfrage im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Jarchow. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Ich hätte es wirklich gut gefunden, Herr Münster, wenn Sie wenigstens auf die Beschlusslage Ihrer Partei eingegangen wären, denn da besteht ein Problembewusstsein. Es muss nämlich eine Abgrenzung geben und der BOD – so hat der SPD-Parteitag beschlossen – darf nicht immer mehr Aufgaben der Polizei übernehmen, weil er seine eigentlichen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen kann. Darauf

(Christiane Schneider)

hätten Sie eingehen können, statt mit irgendwelchen abstrusen Unterstellungen zu arbeiten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Zur Frage der Ausbildung hat Frau Möller wirklich alles gesagt. Lesen Sie bitte Frage 14, dort haben wir gefragt, wie die Ausbildung sei. Lesen Sie die Antwort auf die Frage 14, dann ergibt sich das ganz eindeutig. Aber ich finde es ein ziemlich starkes Stück, dann gleich mit solchen Knüppeln zu kommen, ich hätte die Unwahrheit gesagt, nur weil Sie nicht lesen können. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN und Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Bemerkenswert finde ich auch, Herr Münster, dass Sie als Gewerkschafter und Betriebsrat nicht ein Wort zur Bezahlung verloren haben. Die Bezahlung ist niedrig und auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Entgeltgruppe 9 eingestuft werden, dann liegt das je nach Stufe zwischen 2290 und 3290 Euro und das ist nach wie vor wenig. Ich habe mich mit etlichen BODlern unterhalten, zum Beispiel mit einem, der ausnahmsweise in Entgeltgruppe 9 eingruppiert wurde und gerade einmal 3000 Euro brutto bekommt. Er ist in der Hundeangelegenheit tätig, also in einem gefährlichen Job unterwegs, und bekommt dafür 3000 Euro brutto. Das ist wirklich nicht viel und darüber hätten Sie ein Wort verlieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann hat sich auch niemand richtig damit befasst, dass die BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter tatsächlich Befugnisse haben, in die Grundrechte einzugreifen. Ich wäre gar nicht darauf gekommen, dass sie Leute in Gewahrsam nehmen können. Darauf bin ich erst durch die Große Anfrage und die Antworten gekommen und ich habe einmal eine Umfrage im Bekanntenkreis und auch bei Journalisten gemacht. Da sagen mir dann zum Beispiel Journalisten, sie würden sich doch von solchen Leuten nicht in Gewahrsam nehmen lassen. Das heißt, es ist unbekannt, aber es findet statt und das ist natürlich für die BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter auch nicht ungefährlich. Jetzt sind sie mit Waffen ausgestattet, zum Beispiel dem Teleskopstock, der gefährlich ist. Dazu sagt die Gewerkschaft der Polizei, was Sie vielleicht als Gewerkschafter wissen, damit könne man Kokosnüsse spalten. Es geht aber nicht um Kokosnüsse, es geht um Köpfe und für die Ausbildung in der Anwendung des Teleskopstocks ist nur ein Tag vorgesehen. Die BOD-Mitarbeiter sind auch mit Reizgas ausgestattet. Das ist sowieso ein Problem und dazu kommen wir vielleicht an anderer Stelle noch einmal. In anderen Kommunen sind sie auch mit Reizgas ausgestattet, das sie aber ausschließlich

gegen Hunde und nicht gegen Menschen einsetzen dürfen.

(Beifall bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Solch eine Beschränkung gibt es hier nicht und wir sprechen uns für solche Beschränkungen aus. Es ist notwendig, dass wir diese Eingriffe, die Bewaffnung, die Ausbildung und die Bezahlung der BOD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ausführlich diskutieren.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Ich möchte noch eines zur gesetzlichen Grundlage sagen. Ich bin bei der Erarbeitung dieser Rede darauf gestoßen, dass das Problem in Paragraph 3 SOG liegt. Deswegen glaube ich, dass die Trennung von Aufgabenzuweisung und Eingriffsbefugnissen normenklar geregelt werden muss und das Problem dann vielleicht eingrenzbar ist. Das Problem besteht darin, dass die Tätigkeit nicht einschränkend geregelt ist und deshalb dazu neigt auszuweifen. Es gibt immer mehr Platzverweise, immer mehr Ingewahrsamnahmen und so weiter.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Alles wird gut!)

Da sollten Sie sich dem Problem wirklich nicht verweigern. Deswegen plädiere ich an die SPD, wenigstens die Große Anfrage zu überweisen, damit wir Stoff für die Debatte haben. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Frau Möller, bitte.

Antje Möller GAL:* Es gibt einfach ein paar Aussagen, die hier noch im Raum stehen. Und deswegen möchte ich den Kollegen Münster daran erinnern, dass er eben hier gesagt hat, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BOD hätten eine Ausbildung bei der Polizei und es gebe eine dreijährige Ausbildung für sie. Das ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der LINKEN – *Dirk Kienschner SPD*: So hat er es auch nicht gemeint, Frau Möller!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Herr Münster, bitte.

Arno Münster SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, Frau Schneider, da bin ich jetzt falsch verstanden worden. Sie werden nicht drei Jahre ausgebildet, sondern drei Jahre gehen sie durch eine Ausbildung durch und machen ganz viele Kurse. Sie fangen natürlich mit dem Grundkurs an, der an den beschriebenen Tagen stattfindet, und dann gibt es im Nachhinein immer weitere Kurse und auch die Ausbildung am sogenannten Teleskopstock.

(Arno Münster)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ein Tag!)

Bevor sie überhaupt alleine losgehen, dauert es circa drei Jahre. Das sind die Informationen, die mir vorliegen, und die kommen auch aus der Behörde. Es ist also nicht so, dass das hier irgendwie herbeigezogen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank.

Ich sehe nun keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen damit zur Abstimmung, zunächst zur Drucksache 20/732.

Wer stimmt einer Überweisung federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/732 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/434 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 20/619, Antrag der CDU-Fraktion: Umwelthauptstadt 2011: Sicherung von Klimaschutzmaßnahmen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Umwelthauptstadt 2011: Sicherung von Klimaschutzmaßnahmen
– Drs 20/619 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Stöver bitte.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Abschluss des Tages kommen wir noch einmal zum Thema Umwelthauptstadt. Unser Antrag "Sicherung von Klimaschutzmaßnahmen" ist relativ schlicht und sollte eigentlich ein Selbstgänger sein.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist er auch!)

Ich hoffe nicht, dass der Teufel im Detail steckt oder dass es nicht "zum Zeitpunkt" passt. Es gilt, Hamburger Klimaschutzmaßnahmen fortzuführen. Wir beantragen, das erarbeitete und gut etablierte Klimaschutzprogramm über das kommende Jahr hinaus fortzusetzen. Das Klimaschutzprogramm wurde 2007 aufgesetzt und endet zunächst 2012. Das ist die ganz klare erste Forderung. Das Programm war im Doppelhaushalt 2009/2010 mit 25 Millionen Euro dotiert und auch im Laufe der Konsolidierungsmaßnahmen sind 2011 vom

schwarz-grünen Senat 23 Millionen Euro angesetzt worden. Daher bitten wir um ausreichende Dotierung dieses Klimaschutzprogramms und wir bitten die Hamburgische Bürgerschaft, diesem zuzustimmen.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode 14 Handlungsziele der Klimapolitik Hamburgs formuliert. Der Ansatz ist übergreifend und integrativ und die Handlungsfelder sind so breit gefächert, wie es für kein anderes Klimaschutzprogramm in Deutschland gilt. Der Ansatz des Klimaschutzprogramms bezieht viele Bereiche des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Handelns ein. Die Erfolge sind offensichtlich und lassen sich an der CO₂-Reduktion messen: 1990 emittierte die Freie und Hansestadt Hamburg noch 20,7 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr und 2008 waren es immerhin nur noch 17,3 Millionen Tonnen pro Jahr. Das Ziel für das Jahr 2020 lautet, eine Reduktion auf 12 Millionen Tonnen pro Jahr zu erreichen. Eine Zwischenbilanz soll noch 2012 gezogen werden, dort sollen es 16 Millionen Tonnen pro Jahr sein.

Ich fasse zusammen: Nur bei der Fortschreibung dieses ambitionierten Klimaschutzprogramms sind die Ziele zu erreichen und eine ausreichende Dotierung mit den notwendigen Mitteln ist notwendig, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

(Jens Kerstan GAL: Das ist auch eine Geißel der Menschheit, das stimmt schon!)

der Treibhausgase in dem von mir dargestellten Zeitraum und in der geplanten Höhe herbeizuführen. Daher bitten wir ganz schlicht um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Stöver. – Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es auch etwas kürzer machen. Frau Stöver, die SPD hat sich vorgenommen, das Klimaschutzkonzept fortzuführen, allerdings in veränderter Form. Wir wollen es auch etwas straffen, denn – Sie haben es angedeutet – das Klimaschutzkonzept ist von 2007 bis jetzt auf über 400 Maßnahmen angewachsen und wir können, wenn wir in das Konvolut hineinschauen, auch feststellen, dass nicht alle Maßnahmen mit Geld hinterlegt sind und viele Maßnahmen schon abgeschlossen sind oder sich aus anderen Gründen erledigt haben. Ich möchte da nicht ins Detail gehen. Wir haben aber auch festgestellt und das hier vielfach kritisiert, dass es zahlreiche Maßnahmen gibt, die nicht unmittelbar zur CO₂-Minderung und damit zum Klimaschutz beitragen. Wir haben uns aber vorgenommen, das Klimaschutz-

(Dr. Monika Schaal)

konzept dahingehend zu verändern, die Schwerpunkte vor allen Dingen dort zu setzen, wo fürs gleiche Geld am meisten CO₂ eingespart werden kann. Das ist in erster Linie natürlich die Gebäudesanierung, das ist die Effizienzsteigerung bei Produktionsprozessen und das ist die Hilfe in Form von Beratung und Aufklärung für die Menschen dieser Stadt – insbesondere auch für Menschen, die nicht so viel Geld haben – in Bezug auf die Frage, wie sie Energie sparen können.

Ich möchte die Diskussion nicht im Detail führen, will aber eines anmerken, das auch wichtig ist, weil es im Vorwege immer wieder zur Erörterung stand: Wir orientieren uns natürlich weiter an der Zielsetzung des Klimaschutzes, die die Bundesregierung für Deutschland vorgegeben hat, von 40 Prozent CO₂-Minderung bis 2020 und 80 Prozent bis 2050. Um zu sehen, wie man denn dahin kommt, haben wir uns gerade bei den langfristigen Zeiträumen vorgenommen, einen Masterplan Klimaschutz vorzulegen.

Uns ist Klimaschutz wichtig. Wir haben den ersten Umweltausschuss, der nach dem Plan der Bürgerschaftskanzlei möglich war, nicht erst einmal ausfallen lassen und wir haben auch kein halbes Jahr gewartet, bis wir gestartet sind, sondern haben gleich angefangen und uns als Erstes das Thema Klimaschutz vorgenommen, um eine Bilanz zu ziehen, wie weit wir gekommen sind. Wir haben uns auch in Selbstbefassung verabredet, dieses Thema nach den Sommerferien weiter zu behandeln, und zwar mit dem Schwerpunkt energetische Gebäudesanierung. Das war auch alles einvernehmlich und nun fordert die CDU, das Klimaschutzkonzept über 2012 hinaus weiterzuführen und mit 25 Millionen Euro auszustatten.

Wer dann aber in den Haushaltsplan schaut, der weitgehend durchgeschrieben wurde, stellt fest, dass Schwarz-Grün diesen Titel jetzt auch anders organisiert – das lassen wir einmal außen vor – und ihn auf circa 23,5 Millionen Euro abgesenkt hat. Ich habe so ein bisschen die Idee, dass Sie beim Schreiben Ihres Antrags vergessen haben, dass Sie es doch waren, die den Titel für 2011 und dann noch einmal um eine weitere Million für 2012 abgesenkt haben, und jetzt wollen Sie nach 2013 wieder voll einsteigen.

(Zuruf von *Birgit Stöver* CDU)

Frau Stöver, 2013 haben wir noch nicht. Wir beraten jetzt – damit haben wir heute vor fünf Stunden angefangen – den Haushalt 2011/2012. Was für 2013 notwendig ist, werden wir dann im nächsten Jahr beraten. Ich finde es doch ein bisschen unseriös, wenn Sie jetzt, wo Sie die Verantwortung für den Haushalt nicht mehr haben, hier schon für einen Zeitraum einsteigen, der noch gar nicht auf der Agenda steht, und auch den Ansatz wieder höher treiben. Ich wäre froh, wenn wir das, was Sie jetzt im Haushalt eingestellt haben, in Anbetracht

der Lage auch retten könnten. Man kann es vielleicht mit einer gewissen Effizienzsteigerung zur gleichen Wirkung bringen, aber über 2013, Frau Stöver, reden wir jetzt noch nicht. Wir lehnen deswegen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schaal. – Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns freut, dass die SPD an den Klimaschutzzielen des schwarz-grünen Senats festhält, bis zum Jahr 2020 40 Prozent CO₂ und bis zum Jahr 2050 80 Prozent CO₂ einzusparen. Dafür sind natürlich engagierte Maßnahmen und Konzepte notwendig und auch eine auskömmliche Finanzierung. Frau Dr. Schaal, natürlich ist es auch richtig, dieses Klimaschutzprogramm inhaltlich weiterzuentwickeln. Es gab eine lange Liste von Maßnahmen, die noch nicht strukturiert waren, als das Programm vom schwarzen Senat 2007 gestartet wurde. Als wir 2008 auch in die Regierung gekommen sind, haben wir dafür gesorgt, dass es evaluiert wird und dass es ein Monitoring und eine jährliche Berichtsdrucksache gibt, um zu sehen, wie effektiv dieses Programm ist. Insofern sind wir da ganz dicht bei Ihnen, wenn Sie sagen, Sie wollten es weiterentwickeln und einen Masterplan Klimaschutz vorlegen. Auch das hatten wir bereits vorbereitet und Sie kennen das Gutachten in der Behörde, das dort wichtige Maßnahmen und Schwerpunkte vorschlägt.

Es ist andererseits richtig, dass die CDU-Fraktion jetzt fordert, die Mittel in Höhe von 23 Millionen Euro – nicht 25 Millionen Euro, wenn Sie in den Antrag sehen, stehen dort die 23 Millionen Euro, die auch im Haushaltsplan-Entwurf festgelegt sind – auch dauerhaft fortzuführen, denn wenn Sie dieses Klimaschutzziel 2020 erreichen wollen, dann wird es nicht ausreichen, nur im Haushaltsplan 2011/2012 die Mittel bereitzustellen. Es gibt eine mittelfristige Finanzplanung des schwarz-grünen Senats, in der diese Summe natürlich weitergeschrieben wird. Wenn Sie das nicht tun, dann bleibt diese Verpflichtung ein frommer Wunsch. Da dieser Senat mit dem jetzigen Haushaltsplan-Entwurf keine mittelfristige Finanzplanung vorlegt, bekommen wir so langsam das schlechte Gefühl, dass wir jetzt die Katze im Sack kaufen sollen, und das möchten wir einfach nicht, Frau Dr. Schaal, denn es ist schon notwendig, diese Mittel auch fortzuschreiben. Wenn Sie jetzt, wie Sie sagen, mit dem Masterplan Klimaschutz bis zum Frühjahr 2012 warten wollen und es dann eigentlich auch eine Verordnung geben muss, dann ist das jetzt schon eine wichtige Festlegung dieses Senats oder der Bürgerschaft, auch sicherzustellen, dass die Mittel, die man dafür braucht, mittelfristig bereitgestellt werden. Da ist ein gewisses Mis-

(Jens Kerstan)

strauen gegenüber diesem Senat durchaus angebracht, denn ganz wichtige Punkte, die das Gutachten zum Masterplan Klimaschutz als zentrale Bereiche des Handlungsfeldes der Politik angesehen hat, haben der Bürgermeister und die zuständige Fachsenatorin bereits abgeräumt: Fernwärme durch Kohle ist für sie kein Problem.

Bundesweit vorbildliche und sehr hohe energetische Standards bei der Gebäudesanierung wollen Sie nicht mehr durchsetzen. Im Bereich Verkehr geben Sie die Pläne für die Stadtbahn, die Citymaut und auch die Parkraumbewirtschaftung auf. Das sind die drei großen Stellschrauben, zu denen das Ihnen vorliegende Gutachten zum Masterplan sagt, dass diese angepackt werden müssen, sonst könne man die Klimaschutzziele nicht erreichen.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Vor dem Hintergrund beruhigt es uns keineswegs, dass Sie jetzt im Haushalt 2011/2012 diese 23 Millionen Euro des schwarz-grünen Senats durchgeschrieben haben, denn es gibt gleichermaßen eine globale Minderausgabe im Plan 9.2 für die Umweltbehörde, wo bisher niemand weiß, wie das in diesem Einzelplan festgeschrieben wird.

Und bei den Erfahrungen der ersten hundert Tage, die wir mit Ihnen erleben mussten, dass alle Bereiche, in denen Klimaschutz wirksam werden kann und muss, um die Klimaschutzziele zu erreichen, die Sie nicht mehr machen wollen, wollen wir uns auf dieses fromme Bekenntnis und dahingesagte Versprechen, es werde schon eingehalten, nicht mehr verlassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Das ist aber Ihr Problem!)

Vor dem Hintergrund, dass sogar die EU-Kommission mittlerweile schaut, was die Umwelthauptstadt Europas unter SPD-Führung eigentlich bedeutet, wäre es ein wichtiges Signal dieser Bürgerschaft zu sagen, wir sind nicht bereit zu warten, bis die zuständige Senatorin irgendwann einmal in die Putschen kommt,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was heißt irgendwann mal?)

sondern wir beschließen heute – nicht nur für 2011 und 2012, sondern auch mittelfristig –, die notwendigen Maßnahmen für die Klimaschutzziele dieses Senats und Hamburgs zu ergreifen. Es würde uns freuen, wenn Sie dies tun würden. Dass Sie heute signalisiert haben, dies nicht zu tun, bestätigt alle falschen Entscheidungen dieses Senats

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir müssen erst einmal den Wust ordnen, den Sie hinterlassen haben!)

und lässt für die Zukunft und Einhaltung der Klimaschutzziele dieser Stadt Böses ahnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es verwundert manchmal schon, wie schnell man Geld ausgeben kann in diesem Haus, obwohl wir kein Geld haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es wird einfach in einem Antrag verlangt, 23 Millionen Euro festzuschreiben, dazu noch für weitere Jahre. Es gibt noch nicht einmal eine Prüfung und Evaluation über die Effizienz dieser Maßnahmen. Wir müssen erst einmal sehen, wie effizient die Maßnahmen sind, die in diesem Klimapaket enthalten sind. Wir dürfen wirklich nicht irgendwelche Persilscheine ausstellen und sagen, dass dieses Budget fest sei, man würde da nicht sparen, sondern eher woanders. Klimaschutz ist wichtig, aber wir sollten ihn nicht sakrosankt werden lassen. Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Klimapolitik ist wichtig und wird immer wichtiger werden. Wir vertrauen auf das, was jetzt im Haushaltsplan-Entwurf für den Bereich Umwelt der BSU steht, nämlich dass 23,5 Millionen Euro dort eingeplant sind, dass es dabei bleibt und fortgeschrieben wird, eventuell mit steigender Tendenz.

Ich komme zum CDU-Antrag. Sie verweisen darauf, dass Sie 2007 ein Klimaschutzprogramm aufgelegt haben und sagen, damit hätten Sie für die Hamburger Politik Klimaschutz zu einem Schwerpunkt gemacht. Das haben wir erlebt, als das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigt wurde. Ich kann nur sagen, dass das ein toller Schwerpunkt war.

Das Zweite ist, dass es mit diesem umfassenden Klimaschutzprogramm eine Fülle von Maßnahmen gibt, da haben Sie völlig recht. Aber es hat sowohl vom BUND als auch vom NABU den ganz klaren Hinweis gegeben, dass die inzwischen fast 400 Maßnahmen – Frau Dr. Schaal sagte es – in ihrer Summe ziemlich unwirksam seien und dass es überhaupt keinen Sinn mache, so viele verschiedene Maßnahmen ständig durch irgendwelche klei-

(Dora Heyenn)

nen Förderbeiträge zu unterstützen. Deswegen können wir diesem Antrag insofern auch überhaupt nicht beipflichten, weil wir das jetzt vorliegende Klimaschutzprogramm für wenig wirksam halten.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Es gibt von der BSU dieses berühmte Gutachten, von dem Herr Kerstan schon gesprochen hat. Wenn wir schon darüber sprechen, dass wir Klimaziele haben und CO₂ in einem gewissen Umfang reduzieren wollen, dann muss man darauf verweisen, was dieses Gutachten sagt. Es gibt nämlich drei Bereiche, bei denen man in Hamburg effektiv und messbar CO₂ einsparen kann.

Der erste Bereich ist die Möglichkeit, bei Fernwärme ohne den Einsatz von Steinkohle auszukommen. Der zweite Bereich ist eine Verkehrsreduzierung und der dritte Bereich die energetische Sanierung von Gebäuden. Hier ist der Senat gefragt. Wir gehen davon aus, dass es ein neues Klimaschutzgesetz gibt, das sich auf einige wenige, wirksame Bereiche konzentriert, und dass der Umfang nach wie vor mindestens 23 Millionen Euro haben wird. Wir gehen auch davon aus, dass der Masterplan Klimaschutz kommt.

Ich komme noch einmal zur CO₂-Reduzierung. Wir hatten das Thema neulich im Ausschuss. Da wird immer mit irgendwelchen großen Tonnenzahlen um sich geworfen. Wenn man dann fragt, wie das denn errechnet sei, dann hat man drei verschiedene Berechnungsmethoden, die sich auch noch widersprechen. Es ist völlig intransparent. Die neuesten Veröffentlichungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung sagen eindeutig, dass man sich mit unseren Berechnungen für CO₂-Ausstoß, insbesondere was die Reduktion anbetrifft, wirklich selbst etwas vormache. Ein großer Punkt, warum

die CO₂-Reduktion in den letzten Jahren heruntergegangen ist, ist die Wirtschafts- und Finanzkrise. Der andere Grund ist, dass wir jede Menge Produktionen, die sehr CO₂-emittierend sind, in Drittländer aussourcen. Insofern können wir uns das überhaupt nicht zugute rechnen. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung regt an, dieses neu zu berechnen und auch die Produkte, die wir reimportieren, weil wir sie woanders produzieren lassen, in unsere CO₂-Bilanz einzurechnen. Also warne ich davor, dass wir uns diese CO₂-Reduktion schönrechnen. Wir müssen einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz in Hamburg erreichen. Und ich vertraue darauf, dass es bei diesen 23 Millionen Euro bleibt. Ansonsten werden wir den CDU-Antrag ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Anne Kriechok SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte den CDU-Antrag aus Drucksache 20/619 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg und bis morgen.

Ende: 21.06 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Robert Heinemann, Ralf Niedmers und Dennis Thering

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Drucksache 20/264 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Christina Prasch	113	102	4	7	0

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 4

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl von elf Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung
– Drucksache 20/673 (Neufassung) –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Barbara Duden	113	111	1	1	0
Annkathrin Kammeyer	113	108	3	2	0
Gerhard Lein	113	109	3	1	0
Dr. Christel Oldenburg	113	109	3	1	0
Jan Quast	113	109	3	1	0
Dr. Sven Tode	113	108	3	2	0
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Kai Voet van Vormizeele	113	98	7	7	1
Andreas C. Wankum	113	93	9	10	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Dr. Stefanie von Berg	113	98	6	7	2
Vorschlag der FDP-Fraktion:					
Anna-Elisabeth von Treuenfels	113	98	9	6	0
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Christiane Schneider	113	87	21	5	0

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 5

**Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde
– Drucksache 20/738 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Arne Lauinger	113	99	6	8	0

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 5 a

Unterrichtung durch die Präsidentin:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung****– Drucksache 20/834 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Torsten Hönisch	112	106	6	0	0